Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 3 – 17. Januar 2009 — Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland — C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Die Marienburg: Nur 300 Meter von hier wurde Ende Oktober 2008 ein Massengrab aus dem Jahr 1945 gefunden. Bild: Anzenberger

Das bitterste Erbe

Massengräber stellen die deutsche Versöhnungspolitik auf die Probe

Erst mit monatelanger Verzögerung meldeten große deutsche Zeitungen den Fund eines riesigen Massengrabes mitten in der Stadt Marienburg. Der deutschen Außenpolitik ist diese bitterste Hinterlassenschaft der Vertreibung sichtlich unangenehm.

Seit Anfang November berichten polnische Zeitungen und lokale Sender über ein Massengrab, das nur 300 Meter von der berühmten Marienburg entfernt ist. Inzwischen wurden über 1800 unbekleidete Tote – meist in verfüllten Granattrichtern – bei der Erkundung eines Baugeländes gefunden. Während polnische Medien seit Dezember auch überregional über den grausigen Fund berichteten und Staatsanwälte aktiv wurden, nahmen sich deutsche Zeitungen erst in der vergangenen Woche des Themas an. Offenkundig ist der Fund aber auch der deutschen Politik unangenehm, sie versucht eine Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarländern ohne Wahrhaftigkeit. Nicht ehrliche Aufarbietung der *gesamten* Geschichte, sondern Verdrängung scheint dabei die Maxime zu sein.

Den Toten die Namen zurückzugeben wäre das Mindeste

Zwar gibt es keine Stellungnahme der Bundesregierung, in der explizit einer Politk der Verdrängung das Wort geredet würde, doch das Tun und Lassen spricht eine eindeutige Sprache: Während beispielsweise in Ludwigsburg bis heute eine Sonderstaatsanwaltschaft mit großem, in 50 Jahren angesammeltem Spezialwissen den letzten noch lebenden NS-Verbrechern nachspürt, gibt es in ganz Deutschland keine einzige Justizbehörde, die auf die strafrechtliche Aufarbeitung der unzähligen Verbrechen hinwirken würde, die bei der Vertreibung und beim Einmarsch der Roten Armee in Ost- und Mitteldeutschland verübt wurden.

Nach dem Wissen dieser Zeitung ist aktuell überhaupt nur ein einziges Ermittlungsverfahren wegen eines solchen Verbrechens anhängig (vgl. *PAZ* 49/2008). In den neunziger Jahren war es wohl noch ein knappes Dutzend, die jedoch in keinem einzigen Fall zu einer Anklageerhebung, einem Haftbefehl oder gar zu einer Verurteilung geführt haben.

Weit unterhalb der – völkerrechtlich strikt gebotenen – strafrechtlichen Aufarbeitung bleibt das rein humanitäre Anliegen, den aufgefundenen Toten wenigstens ihre Namen zurückzugeben und ihnen eine würdige letzte Ruhestätte zu schaffen. Wilhelm v. Gottberg, der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, drängt auf die Einhaltung dieses Gebotes der Menschlichkeit.

Doch nicht einmal das ist in Deutschland konsensfähig. Von entsprechenden Bemühungen Berlins ist nichts zu sehen – im Gegenteil: Im vergangenen November wurden 5500 Tote des Jahres 1945, darunter viele Frauen und Kinder, auf einem Soldatenfriedhof bei Eger in Sammelgräbern bestattet – die meisten ohne vorherige Identifizierung. Die Anwesenheit des deutschen Botschafters spricht dafür, daß dieses abstoßende Vorgehen mit Billigung Berlins geschah. Mehr dazu auf Seite 4. *Konrad Badenheuer*

KONRAD BADENHEUER:

Wahrheit

Was ist das schon, Wahrheit? Diese Frage stellte der römische Gouverneur Pontius Pilatus, bevor er Jesus Christus auslieferte. Daß Politiker es mit der Wahrheit oft nicht genau nehmen, ist als Erfahrung so alt wie die Menschheit. In der Demokratie fragt sich, inwieweit man das den Mächtigen überhaupt vorwerfen kann. Es gibt genug Beispiele, daß bei Wahlen derjenige Schiffbruch erleidet, der dem Wahlvolk zuviel Wahrheit zugemutet hatte. Wenn die Menschen ehrlichere Politiker wollten, könnten sie sie wählen.

Umso wichtiger sind gerade in der Demokratie Medien, die exakt zwischen Wahrheit, Halbwahrheit und Lüge unterscheiden und so im besten Sinne des Wortes „kritisch" sind. Gerade hier sieht es allerdings oft traurig aus. Vor wenigen Tagen verlor die Witwe des RAF-Opfers Jürgen Ponto einen Prozeß gegen die Produzenten des neuen RAF-Films. Das Gericht bestätigte sogar, daß der Film das Mordopfer und seine letzten Minuten falsch darstelle – das sei aber durch die Kunstfreiheit gedeckt. Schön und gut, nur kommt die vom früheren „Spiegel"-Chefredakteur Stefan Aust geschriebene Vorlage und der Film selbst mit einem sehr hohen dokumentarischen Anspruch daher. Hätte das Gericht nicht wenigstens anordnen können, daß im Nachspann des Films eingeblendet wird: „Das ist keine Dokumentation, sondern eine Mischung aus Dokumentation und Show"? Eben diese ungute Mixtur, die auf Quote und Kassenerfolg abzielende „Doku-Soap", macht sich in Fernsehen und Kino immer mehr breit – auf Kosten der Wahrheit. Eine publizistische Elite mit höherem Berufsethos würde anders handeln.

Banken bei Kreditvergabe vorsichtiger

Zwei Drittel aller Kreditinstitute agieren bei der Kreditvergabe vorsichtiger als vor der Zuspitzung der Finanzkrise. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage der Unternehmensberatung Ernst & Young bei 120 Instituten, darunter Sparkassen und Genossenschaftsbanken. „Das Risikobewußtsein der Banken ist weiter gestiegen, was sich in noch intensiveren Kreditwürdigkeitsprüfungen niederschlägt". Allerdings warnt Erbst & Young trotz verständlichen Sorgen der Banken diese, der Wirtschaft den Geldhahn zuzudrehen. Es sei von „volkswirtschaftlicher Bedeutung, die Realwirtschaft mit der nötigen Liquidität zu versorgen". Wer ihr diese entzöge, erhöhe das Ausfallrisiko sogar zusätzlich. *Bel*

Zuversicht für alle

SPD, Union umwerben mit dem Konjunkturpaket II ihre Wähler

Ganze 50 Milliarden Euro will die Regierung im Rahmen des Konjunkturpakets II auf die nächsten zwei Jahre verteilt in die Hand nehmen. Wenn Bundestag und Bundesrat das größte Konjunkturpaket aller Zeiten zügig akzeptieren, kann es zum 1. Juli in Kraft treten.

Wichtigste Komponente ist das 18 Milliarden Euro umfassende Investitionspaket für die Bereiche Bildung und Verkehr. Auch soll der Eingangssteuersatz von 15 auf 14 Prozent gesenkt werden. Der Grundfreibetrag soll von 7664 auf 8004 Euro angehoben werden. Insgesamt sollen diese steuerlichen Entlastungen den Bürgern und Unternehmen neun Milliarden Euro bis Ende 2010 mehr zur Verfügung stellen.

Auch die Senkung des Einheitsbeitrages zur gesetzlichen Krankenkasse um 0,6 Punkte auf 14,9 Prozent beläßt neun Milliarden Euro mehr bei den Versicherten.

Krankenkassen-Beitrag soll gesenkt werden

Während die Union stolz darauf ist, Steuersenkungen durchgesetzt zu haben, verweisen die Sozialdemokraten auf ihren Erfolg für sozial schwache Familien, die, da sie keine Steuern zahlen, von Steuersenkungen nicht profitieren können. So soll es einen einmaligen Kinderbonus in Höhe von 100 Euro je Kind geben. Außerdem sollen die Regelsätze für Kinder von Hartz-IV-Familien im Alter zwischen sechs und 13 Jahren auf 70 Prozent des Satzes für Erwachsene erhöht werden.

SPD-Fraktionschef Peter Struck stellte desweiteren die Abwrackprämie in Höhe von 2500 Euro in den Mittelpunkt des Interesses. Neuwagenkäufer, die ein mindestens neun Jahre altes Auto abmelden, würde diese Subvention vom Staat erhalten.

„Das Programm wird uns helfen, durch die Krise zu kommen", warb Unionsfraktionschef Volker Kauder für das Paket. „Es gibt den Menschen Zuversicht."

FDP-Chef Guido Westerwelle meint hingegen, es sei „albern zu glauben, mit so banalen Beträgen die Konjunktur stabilisieren zu können". *Bel*

Lage bleibt heikel

Gasstreit: Symptom einer instabilen Region

Der Gasstreit zwischen Rußland und der Ukraine wurde, soweit er mittel- und westeuropäischen Abnehmer in Mitleidenschaft zog, beigelegt. Abermals jedoch wurde allen Akteuren deutlich vor Augen geführt, wie krisenanfällig die politische Lage am Rande der ehemaligen Sowjetunion bleibt.

Schon die Bestrebungen, die Ukraine zusammen mit Georgien in die Nato aufzunehmen, hatten die politische Atmosphäre erst im vergangenen Sommer gefährlich aufgeladen. Aus Moskauer Kreisen war zu hören, daß eine solche Aufnahme vom Kreml ebenso ernstgenommen würde wie Anfang der 1960er Jahre die Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba durch das Weiße Haus. Damals befand sich die Welt am Rande eines Dritten Weltkrieges.

Die Verhältnisse am Süd-Ost-Rand Europas werden durch die Instabilität der Akteure zusätzlich belastet. Die Ukraine ist in einen prorussischen Osten und einen antirussischen Westen gespalten. Rußland sieht sich aufgrund der gefallenen Rohstoffpreise einer dramatischen Haushaltslage gegenüber. Zudem hat das Riesenreich seine innere Mitte nach dem Ende der UdSSR, der teils chaotischen Reformära unter Boris Jelzin und der rigiden Regentschaft Wladimir Putins noch lange nicht gefunden. Der Gasstreit hat vorgeführt, daß aus dieser Lage heraus jederzeit mit Überreaktionen zu rechnen ist. *Hans Heckel*

MELDUNGEN

Preußen war größer

Hamburg – Preußen war weit größer als Ostpreußen, und weil das so ist, weitet die *Preußische Allgemeine Zeitung* ihre Berichterstattung über die anderen ehemaligen Provinzen Preußens aus. Vor allem über diejenigen Regionen, deren Bewohner das Schicksal von Flucht und Vertreibung teilen mußten, und über andere Vertreibungs- und Aussiedlungsgebiete, vom Baltikum über die Heimatregionen der Rußlanddeutschen bis nach Siebenbürgen, wollen wir künftig mehr berichten.

Zu den treuesten und bewußtesten Lesern der *Preußischen Allgemeinen* gehören nämlich gerade diejenigen, die diese Zeitung nicht bereits in zweiter Generation als „waschechte Ostpreußen“ lesen, sondern Preußenfreunde und Wertkonservative jeglicher Herkunft, aber auch Vertriebene anderer Regionen, die sich bewußt für dieses Blatt entschieden haben. Ihnen wollen wir mit der neuen Rubrik „Aus den Heimatregionen“ (meist auf Seite 14) künftig mehr bieten. Den Anfang machen Beiträge über Niederschlesien und die Sudetendeutschen. *K.B.*

250 000 besuchen Stasi-Gefängnis

Berlin – Das ehemalige Stasi-Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen hat im vergangenen Jahr einen Besucherrekord verzeichnet. Knapp 250 000 Interessierte besichtigten die 1990 stillgelegte Haftanstalt, teilte Direktor Hubertus Knabe mit. Das waren etwa 17 Prozent mehr als 2007. In den vergangenen acht Jahren haben damit mehr als 1,25 Millionen Personen das ehemalige zentrale Untersuchungsgefängnis des DDR-Staatssicherheitsdienstes angeschaut. Der Historiker und Buchautor Knabe führt den Anstieg der Besucherzahlen auf ein wachsendes Interesse an der DDR-Vergangenheit zurück. Je länger die SED-Diktatur zurückliege, desto mehr wollten die Menschen wissen, was damals geschah. Großen Wert legt Knabe darauf, daß das ehemalige Gefängnis in Hohenschönhausen keine „Stasi-Gedenkstätte“, sondern eine Stasiopfer-Gedenkstätte ist. *idea/PAZ*

Crash der Staatsanleihen befürchtet

Niedriges Zinsniveau macht Schuldenpolitik für die Regierungen einfach – Neue »Blase« droht

In Zeiten der Unsicherheit sind Staatsanleihen begehrt, und so können die Regierungen problemlos Kredite bekommen. Vorausschauende Beobachter befürchten bereits die nächste Spekulationsblase.

Weitere zehn Milliarden Euro für die Commerzbank, 50 Milliarden Konjunkturpaket II für die Bürger, 100 Milliarden Schutzschirm für die Unternehmen ... Und das sind nur die staatlichen Antworten der letzten beiden Wochen auf die Weltwirtschaftskrise. Ende Januar will Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) einen Nachtragshaushalt mit einer Neuverschuldung von „nur“ 20 Milliarden Euro zu den bereits vorgesehenen 18,5 Milliarden vorlegen. Das benötigte Kapital erhält der Bund zunächst über die Banken, die unmittelbare Abnehmer von Bundeswertpapieren sind. Endanleger sollen jedoch wie seit jeher üblich institutionelle Investoren – Versicherungen und Investmentfonds – sowie Sparer sein, die bei den Banken Bundeswertpapiere ordern, um ihr Geld beim Bund sicher anzulegen.

Derzeit bleiben jedoch nicht wenige Staatsanleihen im Wertpapierbestand der Banken, die angesichts ihrer Verluste der letzten Monate und der Unsicherheit in der Wirtschaft ihr Geld zu beachtlichen Anteilen in sichere Staatsanleihen anlegen. Damit wird der Bund zum Konkurrenten der Unternehmen um das Geld der Banken, die nach dem Willen der Regierung eigentlich dringend ihre Mittel in Form von Krediten an die von der Krise bedrohten Unternehmen ausleihen sollten. Das Ganze ist insofern schizophren, als der Bund die Wertpapiere nur auflegt, um Geld zu bekommen, das er direkt den Unternehmen oder den Banken zur leichteren Vergabe von Krediten zur Verfügung stellt.

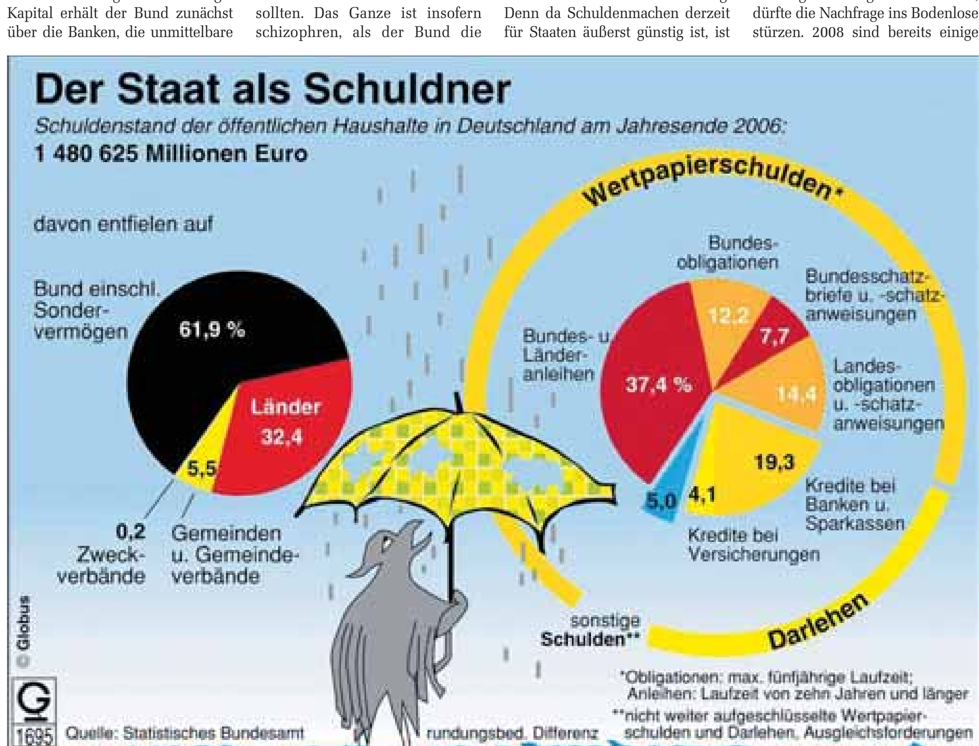
Gerade in der aktuellen Unsicherheit an den Kapitalmärkten ist das Interesse an Bundeswertpapieren hoch, so hoch, daß sich womöglich schon wieder eine neue Spekulationsblase anbahnt.

Hohes Risiko bei steigender Inflation

„Run auf Bonds: Die neue Blase kurz vor dem Knall?“, betitelte der Sender n-tv bereits einen Beitrag. Denn da Schuldenmachen derzeit für Staaten äußerst günstig ist, ist ihre Hemmschwelle, sich Geld zu leihen, gering. Deutschland plane für das Jahr 2009, Schuldpapiere von 323 Milliarden Euro am Kapitalmarkt zu plazieren, heißt es, die USA wollen sogar Anleihen in Höhe von umgerechnet 1500 Milliarden Euro anbieten. Und da private wie institutionelle Anleger derzeit Aktien, Unternehmensanleihen, Hedgefonds und Immobilien scheuen wie der Teufel das Weihwasser, ist die Nachfrage nach den vermeintlich risikolosen Staatspapieren enorm groß. Die Schweiz, Deutschland und die USA gelten als die sichersten Schuldner der Welt – noch. Aber ab dem Moment, in dem der Eindruck entsteht, daß die Staaten mit ihrer Verschuldungsorgie irgendwann in Zahlungsschwierigkeiten kommen, dürfte die Nachfrage ins Bodenlose stürzen. 2008 sind bereits einige kleinere Staaten nur knapp dem Bankrott entgangen. Sollten Island, Ungarn, Griechenland und andere im Jahr 2009 erneut in eine derartige Notlage geraten, könnten auch andere Staatsanleihen an Attraktivität verlieren.

Vermutlich bricht die Nachfrage aber schon vorher ein. Denn die Staatspapiere profitieren davon, daß die Risikofreude der Kapitalanleger nach den Milliarden vernichtenden Erlebnissen der letzten Monate sehr gering ist. Daher können die Staaten ihre Wertpapiere auch mit ganz niedrigen Zinssätzen absetzen. Skeptiker fragen sich, ob angesichts explodierender Staatsschulden – vor allem in den USA – die ängstlich gewordenen Investoren hier überhaupt eine wirksame Politik der Risikominimierung verfolgen, oder ob sie vom Regen in die Traufe wechseln. Ohnehin sind US-Anleihen mit Zinsen nahe Null Prozent nur in einem Umfeld niedriger (und weiter sinkender) Inflationsraten attraktiv. Experten befürchten indes, daß genau das nicht mehr lange der Fall sein könnte. Da die Zentralbanken die Kapitalmärkte durch niedrige Zinsen mit einer unglaublichen Liquidität fluten, sei es nur eine Frage der Zeit, bis diese Politik zur Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise zu Geldentwertung führt. Doch wenn die Teuerungsrate wieder steigt, sinkt auch das Interesse an niedrigverzinsten Wertpapieren. Die Anleger werden diese nicht mehr neu nachfragen und sogar versuchen, ihre Bundesschatzbriefe, -obligationen und ähnliches zu verkaufen. Spätestens wenn die Inflationsrate deutlich über dem Zinsniveau der Staatspapiere liegt, ist diese Reaktion geradezu unausweichlich, da ein weiteres Halten einen direkten Vermögensverlust bedeuten würde. Aber auch der Verkauf führt dann zum Verlust, da mit der abnehmenden Nachfrage die Kurse sinken, der Anleger also nicht mehr den vollen Anlagebetrag bekommt.

Sollte ein solcher „Anleihencrash“ eintreten, wäre fast jeder Bürger betroffen, denn da Staatsanleihen als sichere Anlage gelten, gehören neben konservativen Privatanlegern vor allem Pensionskassen und Lebensversicherungen zu den wichtigsten Käufern dieser Wertpapiere. *Rebecca Bellano*



Wie der Staat Schulden macht: Diese Grafik zeigt, auf welche Weise und in welcher Form Bund, Länder und Gemeinden Kredite aufnehmen und Wertpapiere am Kapitalmarkt plazieren. Bild: pa

Die Schulden-Uhr:

Der Bund zahlt

Der Bund hat im Rahmen seines Konjunkturpakets II entschieden, den Einheitsbeitrag zur Krankenversicherung im Wahljahr von 15,5 Prozent auf 14,9 Prozent zu senken. Die Differenz in Höhe von neun Milliarden Euro zu den für das Jahr 2009 voraussichtlich benötigten 167 Milliarden Euro zahlt der Bund. Doch mit steigenden Arbeitslosenzahlen steigt auch der vom Bund zu leistende Anteil bei der Gesundheitsversorgung der gesetzlich versicherten Bundesbürger. 100 000 Arbeitslose mehr bedeuten über 300 Millionen Euro Verlust durch Beitragsausfälle.

1.517.695.246.594 €

Vorwoche: 1.517.408.113.782 €
Verschuldung pro Kopf: 18 438 €
Vorwoche: 18 434 €

(Dienstag, 13. Januar 2008, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Ohnmächtige Appelle der UNO

Gaza-Konflikt schwächt moderate arabische Kräfte – Das Mandat von Abbas lief bereits am 9. Januar aus

Die letzten Tage waren gekennzeichnet durch hektische Reisetätigkeit westlicher Politiker, hohle Appelle an die Konfliktparteien und eine lahme – und nur deswegen nicht durch US-Veto verhinderte – UN-Sicherheitsrats-Resolution, die zur sofortigen Waffenruhe aufrief. In Gaza selbst gehen die Kampfhandlungen und die Leiden der Bevölkerung unvermindert weiter.

Aber was kann denn herauskommen, wenn man mit der einen Konfliktpartei nicht einmal reden will? Nur plaudert lieber mit „Palästinenserpräsident“ Mahmud Abbas, der keine Basis und nun auch kein Amt mehr hat. Denn sein Mandat ist am 9. Januar abgelaufen, und neue Wahlen erfordern einen Parlamentsbeschluß, aber das Parlament ist beschlußunfähig, weil zu viele Hamas-Abgeordnete von Israel verschleppt oder durch „gezielte Tötungen“ ausgeschaltet wurden.

Wie üblich kritisiert die Uno die „Unverhältnismäßigkeit“ der von Israel eingesetzten Mittel. Aber man weiß ohnehin, daß Israel keine Resolutionen respektiert, die nicht genehm sind: Israel hat seriösen Zählungen zufolge seit 1948 mehr solcher Papiertiger ignoriert oder nur verspätet erfüllt als alle anderen Staaten zusammen. Sich darüber „enttäuscht“ zu zeigen, gehört natürlich zu den Amtspflichten eines jeden UN-Generalsekretärs.

Daß auch die Hamas die UN-Resolution nicht akzeptiert, liegt auf der Hand. Denn das wäre erstens ein Eingeständnis der Niederlage, und zweitens würde sich am grundsätzlichen Problem in Gaza überhaupt nichts ändern: Die Abriegelung des 360 Quadratkilometer kleinen Areals für 1,5 Millionen Palästinensern bliebe bestehen – sogar mit europäischer „technischer“ Hilfe! Nur die Lebensmittelversorgung wäre gesichert, und die Leute könnten ungestört Ruinen betrachten, denn wegen der Weltwirtschaftskrise werden Spenden für den Wiederaufbau ziemlich rar bleiben.

Politiker verlegen sich aufs Plaudern

Die Zahl der Todesopfer ist längst schon vierstellig, weil beileibe nicht alle Toten geborgen sind oder von Hamas-Seite zugegeben werden. Von den Toten und Verletzten sind laut UN-Angaben etwa ein Drittel Kinder. Zyniker ergänzen, weil es dort so viele Kinder gibt, und tatsächlich sind 45 Prozent der Bevölkerung jünger als 14 Jahre. Ein anderer Vergleich: In Vietnam war die „killing ratio“, das Verhältnis der US-Toten zu denen der Einheimischen inklusive Zivilisten, „nur“ 1:50, während man im Irak nach seriösen Schätzungen bereits mehr als 1:100 erzielte. Das dürfte Israel auch in Gaza erreichen – beim Libanon-Feldzug 2006 kam man auf höchstens 1:20.

Ob die Hamas politisch geschwächt oder eher gestärkt worden ist, bleibt vorderhand reine Spekulation. Mit Sicherheit läßt sich aber sagen, daß die Fatah weiter abgewirtschaftet hat. Jordanien hat dem nun Rechnung getragen und Mahmud Abbas faktisch abgeschrieben, die Beziehungen zur Hamas aber aufgewertet. Verständlich, denn die Massenproteste in arabischen Ländern gehen zwar primär gegen Israel und die USA, richten sich zunehmend aber auch gegen die eigenen Politiker und drohen in Ländern mit prowestlichen Regierungen wie Jordanien sogar zu Unruhen zu führen. (Mehr dazu auf Seite 6.)

Massenproteste in arabischen Ländern

Der Krieg gegen Gaza ist in hohem Maß auch ein Propagandakrieg, nicht zuletzt an der Heimatfront in Israel. Die israelische Zensur und die Aussperrung der Berichterstatter werden international heftig kritisiert. Die gewiß nicht israelfeindliche Wiener Tageszeitung „Der Standard“ etwa brachte am Sonnabend einen Artikel betitelt „Willkommen im Wahrheitsministerium Jerusalem“ – in Anspielung auf Orwells Roman 1984. Eine vom israelischen „Think Tank“ IICC produzierte Statistik über den Hamas-Raketenbeschuß ist mittlerweile vom Internet verschwunden, denn daraus war zu entnehmen, daß die Waffenruhe eigentlich erst in die Brüche ging, nachdem eine israelische „Razzia“ im November sechs Tote hinterlassen hatte.

Als „human“ wird hingestellt, daß israelische Flugblätter jeweils kurz vor Bombenangriffen die Gaza-Bewohner zur Flucht auffordern. Doch für die ist das blanker Hohn, ja Psychoterror, denn im mittlerweile dreigeteilten Gaza-Streifen kann man sich nirgends in Sicherheit bringen.

Zugleich verdichten sich die Hinweise, daß Israel selbst in dicht verbautem Gebiet Phosphorgranaten einsetzt. Islamisten sind jedenfalls weltweit aller Rekrutierungsprobleme enthoben. *Richard G. Kerschhofer*

Verleidet

Von Harald Fourier

In diesem Jahr findet ein Jubiläum statt, nämlich der 300. Jahrestag der Gründung Berlins als echte Hauptstadt. 1709 wurden die fünf Gemeinden am Ufer der Spree zur preußischen Metropole zusammengeschlossen. Per Dekret vereinte König Friedrichs I. in Preußen Berlin, Cölln, Friedrichswerder, Dorotheenstadt und Friedrichstadt zur „Königlichen Haupt- und Residenzstadt Berlin“ (siehe auch Seite 11). Danach ging es rasant aufwärts mit Berlin. Schon bald wurden neue Vorstädte in Tempelhof, Schöneberg oder Moabit errichtet.

Eigentlich Grund genug für Berlin, dieses Jahr gebührend zu feiern. Aber nichts dergleichen geschieht. Wer nach Jahrestagen sucht, der findet zwar regelmäßige Erinnerungsveranstaltungen zu Ereignissen wie die Luftbrücke oder der Mauerbau – vor allem aber zu Verbrechen wie Kristallnacht, NS-Bücherverbrennung oder zum 70. Jahrestag des Entzuges der Approbation der jüdischen Ärztinnen und Ärzte.

Die Fixierung auf NS-Mahnveranstaltungen dominiert den Berliner Gedenkkalender mit Übermacht. Schon aus Termingründen ist da kaum noch für andere, hellere Gedenktage Platz. Ja es scheint sogar, als habe diese Negativfixierung den Berlinern die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte insgesamt verleidet.

Dahinter steckt zwar beileibe kein exklusives Berlin-Phänomen. In ganz Deutschland schiebt sich die Allgegenwart des NS „wie eine Betonplatte“ zwischen die Deutschen und ihre weitere Geschichte. Die Berliner trifft dies jedoch ungleich umfassender als die übrigen Deutschen. Andere Metropolen wie München, Hamburg oder Köln können ausweichen auf ihre Identität als königliche Residenz, als Hanse- oder Domstadt, um sich mit ihrer Vergangenheit in Beziehung zu setzen. Nicht so die Hauptstadt: Berlins Stadtgeschichte ist unauflöslich verwoben mit der Nationalgeschichte, womit die Wahrnehmung der eigenen Lokalhistorie mit der Betrachtungsweise der Nationalgeschichte praktisch in eins fällt. Das traurige Resultat ist ein ausgeprägtes Desinteresse der Berliner an der eigenen Historie überhaupt.

Damit bildet die Geschichtslosigkeit der Berliner die Folgen einer über das Ziel einer ausgewogen kritischen Selbstbetrachtung weit hinausgeschossenen Geschichtspolitik nur besonders drastisch ab. Die Berliner entziehen sich der Zumutung, indem sie sich nur mit dem Hier und Jetzt auseinandersetzen.

Wer will es ihnen verdenken?

Müde vom Flügelstreit

Brandenburg: CDU-Parteitag an diesem Sonnabend soll die Selbstzerfleischung beenden



Sie soll die verfeindeten Lager wieder einen: Nach der Schlappe bei den Kommunalwahlen in schweres Fahrwasser geraten, umwirbt auch Brandenburgs CDU-Chef Ulrich Junghanns die neue Hoffnungsträgerin Johanna Wanka. Bild: ddp

Zank, Streit, endlose Flügelkämpfe: Die Brandenburger CDU galt lange als Meisterin der Selbstzerfleischung. Für Außenstehende überraschend haben sich die märkischen Christdemokraten nun doch offenbar zusammengerauft.

Vor wenigen Monaten galt es noch als undenkbar, daß sich die Brandenburger CDU mit einem von der ganzen Partei unterstützten Kandidaten in die Landtagswahl geht. Doch jetzt sieht es so aus, als würden beide Flügel geschlossen hinter Kultur- und Wissenschaftsministerin Johanna Wanka stehen, die auf einem Landesparteitag am kommenden Sonnabend in Potsdam zur neuen Vorsitzenden und Spitzenkandidatin gekürt werden soll.

Johanna Wanka gilt schon seit einiger Zeit als die beliebteste CDU-Politikerin im Land. Manch einer sieht in der 57jährigen, die familiäre Wurzeln in Königsberg hat, sogar die stärkste Ministerin im Kabinett von Matthias Platzeck (SPD).

In ihrem Fachbereich verkündet sie Erfolgsmeldungen: Der Studienstandort Brandenburg ist bei Studenten beliebter denn je. Um 14,5 Prozent wuchs die Zahl der neueingeschriebenen Studenten im vergangenen Jahr, was natürlich auch daran liegt, daß das Land keine Studiengebühr verlangt. Zudem ist das Land stets bemüht, EU-Fördermittel für die neun Hoch- und Fachhochschulen aufzutreiben.

An diesem Sonnabend wird Wanka für den zurückgetretenen Ulrich Junghanns in die Bresche springen. Doch Wanka ist kein Lückenbüßer. Sie ist mehr, als es der glücklose Wirtschaftsminister Junghanns je sein konnte.

Zur Eröffnung des Parteitags wird CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla eine Rede halten, in der er die Basis zur Geschlossenheit aufruft. Dann will sich Wanka direkt an die Delegierten wenden. Die Parteitagsregie ist sehr zuversichtlich, daß ihr ein herzlicher Empfang bereitet wird.

> Johanna Wanka ist die Kandidatin beider Lager

Viele dürften sich indes fragen: War es wirklich so einfach? Haben tatsächlich beide Seiten das Kriegsbeil begraben? Manch einer in der märkischen Union reibt sich noch immer verwundert die Augen, weil er nicht glauben kann, daß die eben noch zutiefst zerstrittene Partei auf einmal keine Selbstzerfleischung mehr betreibt.

Vorangegangen war ein zermürbender Streit. Im Kern ging es um die Nachfolge von Jörg Schönbohm, der sich wahrscheinlich nach der Landtagswahl aus der aktiven Politik zurückziehen wird. Zehn Jahre lang war er der bestimmende Mann. Um die Nachfolge balgten sich Ulrich Junghanns und der Nachwuchspolitiker Sven Petke.

Der Diadochenkampf war hart. Die unterschiedlichen Lager zettelten Stellvertreterkriege bis hinunter zur Basis an. In der Geschäftsstelle wurden persönliche E-Mails von anderen gelesen – das Mißtrauen in der ganzen Partei war groß. Da die Medien genüßlich über diese Vorgänge berichteten, litt das Ansehen der märkischen Union beträchtlich.

Vor zwei Jahren kam es zur Entscheidungsschlacht. Auf dem Parteitag, der den neuen Vorsitzenden benennen sollte, setzte sich Junghanns mit einer einzigen Stimme Mehrheit gegen Petke durch. Danach beschimpfte er die enttäuschten Anhänger seines Rivalen. Damit war der Keim fortdauernder Zwistigkeiten gelegt. Petke setzte seinen Feldzug gegen Junghanns fort. Und der wurde immer unglaubwürdiger, je mehr Details über seine DDR-Vergangenheit bekannt wurden. Er hatte noch 1989 die Mauer gelobt.

Bei der Kommunalwahl im vergangenen September stürzte die CDU von 27,8 auf 19,5 Prozent ab und landete auf dem dritten Platz hinter SPD und Linkspartei. „CDU-Chef Ulrich Junghanns wird in schweres Fahrwasser kommen“, prognostizierte ihm der Chef der Linkspartei, Thomas Nord, nach der Wahlniederlage, und das entsprach der Wahrheit. Nach einigem Hin und Her trat Junghanns zurück und empfahl seiner Partei Johanna Wanka als Nachfolgerin.

Dabei war anzunehmen, daß die Petke-Fraktion in dieser Situation nach der Macht greifen würde. Doch das ist nicht geschehen. Auch die Petke-Anhänger kamen zu der Einsicht, daß sie der ständige innerparteiliche Streit nicht vorwärtsbringt: In Potsdam, wo Sven Petkes Frau Katherina Reiche den Ortsverband führt, war die Union schließlich auf beschämende elf Prozent abgesackt.

Das Signal der Petke-Faktion war eindeutig: Einstimmig wurde Johanna Wanka im Parteivorstand zur Kandidatin gekürt. Öffentlich erklärte der 41jährige Petke danach: „Wir haben mit der designierten Parteichefin und Wissenschaftsministerin Johanna Wanka eine kompetente und sympathische Spitzenkandidatin.“ Soviel Einigkeit war nie. *Markus Schleusener*

»Preußen setzt den Gegenakzent«

»Hohe Wertschätzung in der Welt«: Interview mit Volker Tschapke, Präsident der Preußischen Gesellschaft

Die zukunftsweisende Tradition Preußens wachzuhalten, hat sich die Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg zur Aufgabe gemacht. Am 18. Januar lädt die Gesellschaft zu ihrem traditionellen Neujahrsempfang in Berlin. Aus diesem Anlaß sprach Hinrich E. Bues mit dem Präsidenten der Gesellschaft Volker Tschapke.

PAZ: *Herr Tschapke, Sie sind der Gründungspräsident der Preußischen Gesellschaft und wollen das gute Erbe Preußens wieder in das Bewußtsein heben. Wie kommt es, daß der Name „Preußen“ heute jedenfalls von der politischen beziehungsweise geographischen Landkarte verschwunden ist?*

Tschapke: Das liegt an der Neuordnung nach dem Krieg. Mit dem unsäglichen Kontrollratsbeschluß Nr. 46 vom 25. Februar 1947 versuchten die Siegermächte, die bis heute bestehenden Fakten zu schaffen. Sie lösten Preußen auf, weil ihrer Meinung nach dieser Staat „seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen“ sei. Damit tun sie Preußen allerdings Unrecht, da es weit weniger Kriege geführt hat als andere Großmächte. Frei nach Cato sage ich immer wieder: Im Übrigen bin ich der Meinung, daß wir einen Freistaat Preußen errichten müssen.

PAZ: *Sie sprechen von Deutschland als einem „kränkelnden Vaterland“. Woran machen Sie das fest?*

Tschapke: Vor allem am Nationalgefühl. Gleich Bismarck bemerke ich, daß unser Nationalgefühl bestenfalls unter der Asche glimmt. Angesichts einer tausendjährigen Geschichte unseres Landes darf man sich nicht an zwölf unseligen Jahren festzurren wollen.

PAZ: *Viele Menschen sehen die deutsche Geschichte in einem negativen Licht auch wegen bestimmter militärischer Ereignisse. Eine falsche Sicht?*

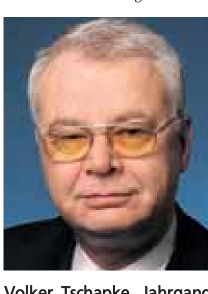
Tschapke: Man kann nicht von einzelnen verlorenen Kriegen auf das Ganze eines Landes schließen. Denken Sie nur einmal an berühmte Militärstrategen wie Clausewitz oder Scharnhorst, die in der ganzen Welt bis heute Achtung besitzen. Seit der Gründung Preußens 1701 hat es eine ganze Reihe von hervorragenden Königen, Generälen, Admirälen und Soldaten gegeben. Friedrich der Große ist hier in vielem ein bedeutendes Vorbild. Nicht nur militärisch, sondern auch moralisch.

PAZ: *Sie sprechen die sogenannten preußischen Tugenden an? Um welche geht es da?*

Tschapke: Abgeleitet von humanistischen Tugenden zähle ich dazu Tapferkeit, Ehrenhaftigkeit, Pflichtgefühl, Realitätssinn, Toleranz gegenüber anderen Religionen, Friedens- und Vaterlandsliebe.

PAZ: *Auch Sparsamkeit, die heute von Politikern in Mißkredit gebracht wird, weil sie angeblich der Konjunktur schadet?*

Tschapke: Sparsamkeit ist eine der Grundlagen der preußischen Staatsführung. Im Jahr 1776 hat Friedrich der Große gesagt: „Da Preußen arm ist und keine Hilfsquellen besitzt ... muß der König von Preußen sparsam sein und auf größte Ordnung in den Geschäften halten.“



Volker Tschapke, Jahrgang 1947, ist Präsident der 1996 gegründeten Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg e. V. mit heute 202 Mitgliedern. Tschapke ist auch Komtur des Bismarkkordens und Leiter der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmer. Bild: privat

PAZ: *Sie sagten einmal, daß „in Preußen Deutschlands Rettung“ liege. Beziehen sie Ihre steile Behauptung auf diese Tugenden?*

Tschapke: Nein, dazu gehört mehr. Ich denke an die grandiose Politik des von mir so geschätzten Urpreußen Bismarck. Dessen Sozialpolitik, seine Friedenspolitik im europäischen Rahmen, das alles wirkt bis heute positiv nach. Es war ein Kardinalfehler Kaiser Wilhelms II., diesen „Lotsen“ ohne Not von Bord gehen zu lassen. Doch ohne preußische Werte und Tugenden stellt sich die Frage nach dem Sinn des Ganzen. Den vermögen heute viele Menschen nicht mehr zu erkennen. Den Götzen Mammon anzubeten, empfinden immer mehr Menschen als Beleidigung des Geistes und ihres Daseins. Unser Motto „Pro Gloria et Patria“ mit dem eng damit verbundenen „Gott befohlen“ setzt da einen Gegenakzent.

PAZ: *Sie erwähnten Kaiser Wilhelm II., dessen 150. Geburtstag sich in diesem Januar jährt. Werden Sie dieses Jubiläum in der Preußischen Gesellschaft begehen oder wie viele andere einfach ignorieren?*

Tschapke: Das ist genau der Fehler vieler in unserem Land, solche wichtigen Jubiläen zu ignorieren. Ich habe in unserem letzten Rundbrief Friedrich Wilhelm Viktor Albert von Preußen in Bild und Text gewürdigt. Wir werden an dessen runden Geburtstag am 27. Januar einen Vortrag eines bekannten Historikers hören und auf diese Weise ein vielleicht gerechteres Bild seiner Persönlichkeit und seines Wirkens erhalten.

PAZ: *Sie veranstalten jedes Jahr im Berliner Hilton am Hohenzollern-Platz einen Neujahrsempfang, der eine große Resonanz findet. Sie konnten teilweise über 1000 Teilnehmer begrüßen.*

Tschapke: Wir freuen uns über die erstaunliche Resonanz. Wir wollen mit diesem Empfang auch an die Staatsgründung Preußens 1701 erinnern, daher der Termin Mitte Januar. Ich habe intensive Kontakte zum diplomatischen Corps und zu vielen Politikern. So hat sich dieser Empfang zu einem wichtigen Treffpunkt in der Hauptstadt entwickelt.

PAZ: *Warum nehmen so viele Diplomaten teil?*

Tschapke: Die Idee und die Geschichte Preußens findet in der ganzen Welt eine hohe Beachtung und Wertschätzung. Namen wie Hardenberg, Kant, die Humboldts und viele andere gehören dazu. Wir bekommen jedes Jahr zu Weihnachten und zum neuen Jahr Berge von Post aus allen Teilen der Welt. Ich zitiere in meinen monatlichen Rundbriefen, die man im Internet (www.preussen.org) lesen kann, immer wieder gerne daraus. Viele Menschen verbinden mit dem Wort „Preußen“ wichtige Werte für ihr persönliches Leben.



Zeitzeugen

Bodo Rückert – Muß als Kreisvertreter von Marienburg inzwischen viele Journalistenfragen beantworten. Er begrüßt die gute Zusammenarbeit mit der heute polnischen Stadt, die ihm auch den Abschlußbericht der Ermittlungen zugesagt habe. Der 1937 geborene Rückert wünscht sich die Bestattung der Toten in Marienburg und nicht auf einem Soldatenfriedhof bei Stettin.



Stefan Hein – Der Vorsitzende des Bundes Junges Ostpreußen (BJO) bedauert die Untätigkeit der deutschen Politik angesichts der Marienburger Funde. In einer Stellungnahme des BJO heißt es: „Wir fordern die Bundesregierung auf, sich auf der Grundlage der Völkerverständigung, aber in der Sache rückhaltlos, für die Aufklärung dieses Verbrechens einzusetzen. Wir danken den heutigen Bewohnern von Marienburg, die schon längst im europäischen Geist diese Aufklärung verlangen.“ Der von Hein geführte BJO hoffe, „daß wir schon bald vor einer würdigen Gedenkstätte für die Ermordeten von Marienburg stehen können, die in deutscher, polnischer und russischer Sprache über das Schicksal der Toten aufklärt.“

Pawel Cieslinski – Der Posener Unternehmer gehört zu den Verantwortlichen des Internetdienstes „Polskaweb“. Die auf dieser polnischen Internetseite in deutscher Sprache angebotenen Informationen sind ein eindrucksvolles Beispiel der Offenheit und Fairness. Beispielsweise fragen die Autoren, ob Marienburg „ein polnisches Katyn“ sei, fordern volle Aufklärung und dokumentieren weitere große Massengräber von deutschen Vertriebenen, beispielsweise bei Danzig und Züllichau. Es wird auch Kritik an der bundesdeutschen Politik laut, die wohl Millionen Deutschen aus dem Herzen spricht: “Die Ignoranz der deutschen Politik in Fragen um das Thema von unschuldigen, zivilen, deutschen Mordopfer, welche durch russische oder gar polnische Hände starben, ist für junge Polen erschreckend und gibt Anlaß zur Sorge.“



Alfred de Zayas – Der in Genf lebende Völkerrechtler und Historiker hat oft darauf hingewiesen, daß die Vertreibung der Deutschen den Tatbestand des Völkermordes erfüllt. „Man muß den selben Maßstab anlegen wie in Bosnien“, betont de Zayas. Er verlangt eine sorgfältige Identifizierung der Opfer und die exakte Aufklärung der Vorgänge in Marienburg. Die Ehrfurcht vor den Toten gebiete es, nach dem mutmaßlichen Willen der Ermordeten zu fragen. „Das schließt eine Beisetzung von Müttern und kleinen Kindern auf einem Soldatenfriedhof aus.“

Aufklärung ist möglich

Das Massengrab von Marienburg wirft viele Rätsel auf – Lauter »Mosaiksteinchen«

Mit über 1800 Toten gehört das seit dem 28. Oktober freigelegte Massengrab bei der Marienburg zu den größten in den Vertreibungsgebieten. Wer waren die Opfer, wer die Täter? Trotz aller Merkwürdigkeiten und Rätsel um den grauenvollen Fund scheint Aufklärung möglich.

Ein Vier-Sterne-Hotel und eine McDonalds-Filiale sollten (und sollen immer noch) nahe der Marienburg entstehen. Doch in den zurückliegenden Wochen wurden auf dem Baugelände an der Kleinen Geistlichkeit beim ehemaligen Hotel drei Kronen die sterblichen Überreste von über 1800 Menschen entdeckt. Alle waren unbekleidet, und offenbar stammt das Grab aus dem Jahre 1945. Schnell war klar, daß es sich bei den Toten um Deutsche handelt, denn NS-Opfer wären vor Kriegsende mit Sicherheit nicht in so zentraler Lage und nach Kriegsende nicht in so unwürdiger Form in Geschoßtrichtern beigesetzt worden.

Ebenso steht inzwischen fest, daß zumindest ein großer Teil dieser Toten Zivilisten waren, denn unter den ihnen waren viele Frauen, Kinder und Alte. Etwa jeder zehnte Schädel weist ein Einschußloch über der Nasenwurzel auf. Erkennungsmarken von Soldaten auch deutsche Soldaten oder Zahnersatz einschließlich Plomben fehlen ganz.

> Erst im Sommer 1945 kamen viele Polen nach Marienburg

Alles andere war zunächst unklar, und ist es überwiegend immer noch: Waren unter den Getöteten auch deutsche Soldaten oder bei Kämpfen getötete Zivilisten, oder handelt es sich um die Hinterlassenschaft eines oder mehrerer Massaker? Wurden die Toten am Beisetzungsort getötet? Stammten die Menschen überwiegend aus Marienburg oder waren auch ostpreußische Flüchtlinge darunter? Und soweit die Toten nicht bei Kämpfen ums Leben kamen, waren die Täter sowjetische Soldaten oder Polen?

Etliche Mosaiksteinchen erlauben heute zumindest Plausibilitätsüberlegungen zu allen diesen Fragen. Ein Motiv für die Entkleidung der Toten könnte theoretisch gewesen sein, die spätere Aufklärung zu verhindern. Genau für diese Sorge hatten aber weder Russen noch Polen im Jahre 1945 irgendeine Veranlassung: Unabhängige Aufklärung war Lichtjahre entfernt. Allerdings war es offenbar eine sowjetische Methode der Desinfektion, Tote zu entkleiden – ein Hinweis auf russische Täter, zumal erst im Sommer 1945 in größerer Zahl Polen nach Marienburg kamen. Der Umstand, daß auf dem Gelände ein Teil der Kleidung wiedergefunden wurde, ist wiederum ein Hinweis, daß die Opfer, soweit es Gewaltopfer waren, am oder nahe beim Ort der Bestattung getötet wurden.

Übrigens benennt das 1967 erschienene „Neue Marienburger Heimatbuch“ genau 1840 vermißte Bürger der Stadt. Nach Angaben des Heimatkreisvertreters Bodo Rückert handelt es sich dabei überwiegend um Zivilisten, aber auch einige Soldaten und Volkssturmleute. Die Übereinstimmung der Zahlen sollte aber nicht zu einem vorschnellen Schluß führen: Etliche vermißte Marienburger sind gewiß anderswo ums Leben gekommen, dagegen waren unter den in der Stadt umgekommenen Deutschen zweifellos auch Auswärtige, insbesondere ostpreußische Flüchtlinge.

Die Aufklärung steht erst am Anfang. *Konrad Badenheuer*



Neue Offenheit: Dieses Bild vom Massengrab verbreitet eine polnische Agentur, während deutsche Medien schweigen. Bild: eastway

Alle könnten identifiziert werden

Im Krieg der Zukunft gibt es keine unbekannten Soldaten mehr“ – diese Aussage eines Kriminologen beruht vor allem auf den Fortschritten der Gentechnik. Selbst kleinste Körperreste lassen sich heute anhand genetischer Spuren sicher zuordnen. Beispielsweise erlauben winzige Haar- und Blutreste des anno 1833 ermordeten Kaspar Hauser die Aussage, daß das geheimnisumwitterte Findelkind nicht wie lange vermutet mit dem Hause Baden verwandt ist.

Im übrigen ist die Gentechnik in den vergangenen Jahren nicht nur weitaus exakter, sondern auch kostengünstiger geworden. Wenn also der Wille bestehen würde, die Namen der Toten von Marienburg festzustellen, dann wäre das – wenn auch mit einigem Aufwand – in den weitaus meisten Fällen möglich.

> Die Namen der Vermißten sind erfaßt

Die Hauptschwierigkeit würde darin bestehen, daß „Gegenproben“ der Verstorbenen fehlen. Doch Nachkommen und andere Verwandte (und zwar auch entferntere) könnten nach und nach die zur Identifizierung der Toten notwendige Vergleichsproben zur Verfügung stellen.

Die Namen der in Frage kommenden Vermißten sind prinzipiell ganz überwiegend ebenfalls dokumentiert: Soweit es sich um Militärangehörige handelt, sind alle Namen bei der Deutschen Dienststelle in Berlin erfaßt. Soweit es sich um Zivilisten handelt, sind die weitaus meisten Namen im Zuge der „Gesamterhebung“ der Jahre 1958 bis 1964 ermittelt worden. Die damals erstellten Karteien für Ost- und Westpreußen werden heute beim Kirchlichen Suchdienst in Stuttgart aufbewahrt, bis 2001 wurden sie in Lübeck verwahrt. *K.B.*

Die Ereignisse 1945

Viele zivile Opfer in diesem Raum – Zwei neue Zeugenaussagen

Schon vier Wochen nach Beginn der sowjetischen Großoffensive am 12. Januar 1945 erreichte die Rote Armee bei Elbing, wenige Kilometer nordöstlich von Marienburg, die Ostsee. Nicht nur Ostpreußen war damit vom übrigen Reich abgeschnitten. Die frühe Anwesenheit der Roten Armee in Westpreußen führte dort zu besonders hohen Verlusten unter der Zivilbevölkerung. Hier lagen die Dinge ähnlich wie in Ostbrandenburg, das die sowjetischen Truppen ebenfalls früh erreichten und wo die höchsten Verluste sämtlicher Vertreibungsgebiete zu beklagen sind.

Während Elbing schon am 10. Februar fiel, wurde seit Ende Januar um Marienburg heftig gekämpft. Die Stadt wechselte mehrfach den Besitzer, in der Burg selbst, die schwer zerstört wurde, hielten sich die deutschen Verteidiger bis zum endgültigen Rückzug aus der Stadt am 9. März. Um Verluste unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden, war Marienburg evakuiert worden. Fast nur noch in den Außenbezirken waren deutsche Zivilisten anwesend. Unter ihnen kam es vermutlich auch im Zuge der Kämpfe zu Verlusten, aber nach Lage der Dinge sicher nicht in der Größenordnung von 1800 Personen – eben weil die Stadt evakuiert worden war.

Nach den Kämpfen kehrten offenbar noch manche Deutsche in die zerstörte Innenstadt zurück, bevor die Vertreibung begann. Von solche Rückkehrern sind nun

> Hat ein damals 10jähriger das frische Grab gesehen?

in den zurückliegenden Tagen zwei frappierende Zeugenaussagen gemacht worden, die helfen können, das Rätsel des Massengrabes zu lösen.

Die „Welt“ zitiert den damals zehnjährigen Gerhard M., der kurz nach dem Krieg seinen Onkel in Marienburg besuchte. „Damals hat man mir auch das Loch gezeigt. Es waren Panzer darüber gefahren, damit man nichts mehr sah. Es war schon zu.“ Vielleicht die Hälfte der Toten, so habe man ihm damals erzählt, seien Marienburger gewesen, die übrigen entkräftete Flüchtlinge aus Ostpreußen. „Die wurden von allen Seiten auf den Platz getrieben, dann ging die Schießerei los.“ Sowohl Deutsche als auch Polen hätten ihm gesagt, daß Russen die Täter waren.

Eine weitere, ganz neue Zeugenaussage verweist allerdings auf polnische Täter in Marienburg – aber ohne Bezug auf das nun gefundene Massengrab. Auf der Internetseite des Heimatkreises Marienburg ist zu lesen: „Im November 1945 hielt ich mich als 15jähriger in der unmittelbaren Nähe des Marienburger Bahnhofs auf. Mit großem Geschrei stürzten plötzlich unter massiver Gewaltanwendung (Knüppeleinsatz) durch die polnische Miliz etwa 200 bis 300 Personen, Frauen und Kinder, durch das Haupttor des Bahnhofs auf die Straße. Sie wurden wie Vieh in Richtung Innenstadt getrieben ... Ein auf die Straße gefallener Junge wurde dabei niedergetrampelt und unversorgt liegen gelassen ... Mit dieser Mitteilung, die ich auch beeiden würde, möchte ich zur Aufklärung dienen.“ Die Identität des Zeugen ist dem Heimatkreis bekannt. *K.B.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, EDV:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer, Jean-Paul Picaper.

Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg. **Verantwortlich für den Anzeigenteil:** Knut Bantow. Es gilt Preisliste Nr. 28.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1217**

Die Ausgangsstellungen bezogen

Partei-Klausuren: Die Konzepte für das Wahljahr 2009 unterscheiden sich inhaltlich und auch taktisch

Die Parteien haben sich auf ihren Klausurtagungen für das Superwahljahr 2009 in Stellung gebracht und gewissermaßen ihre Waffen für die anstehenden Wahlkämpfe durchgeladen. Gleichwohl beweist die Große Koalition mit dem größten Konjunkturpaket seit Kriegsende Handlungs- und Kompromißfähigkeit.

„Erfurter Erklärung“, „Steinmeier-Papier“, „Frankfurter Erklärung“, „Bürgerliche Politik für Deutschland“: Teils phantasielose, teils programmatische Namen tragen die Papiere, die die Spitzen der Parteien, Fraktionen oder Landesgruppen auf ihren Jahresanfangsklausuren verabschiedet haben. Ihnen allen ist eines gemeinsam: Sie sind die Blaupausen der Wahlprogramme für die Bundestagswahl am 27. September, teilweise auch für die Europawahl am 7. Juni.

Die CDU bleibt mit ihrer „Erfurter Erklärung“ inhaltlich am schwammigsten. Die Formulierungen hören sich schön an, sind aber flexibel und biegsam. Das entspricht dem Regierungsstil von Bundeskanzlerin Angela Merkel, der Programmatik ziemlich egal ist und die sich gern ein maximales Kompromißpotential erhält. Immerhin: Nach der CSU legt sich auch die CDU auf den Wunschpartner FDP nach der Bundestagswahl fest. Krankenkassen- und Pflegebeiträge sollen ab 2010 steuerlich abgesetzt werden können. Neben das Ehegattensplitting soll ein Familiensplitting treten, Streit mit der CSU ist da schon programmiert. Für die Bildung sollen zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausgegeben werden – ein gewaltiger Kraftakt wäre das. Ein Zugeständnis an den linken Parteiflügel ist das angestrebte Mindesteinkommen. Dekkungsgleich mit der CSU wiederum ist die Position zu Europa: Nach der rasanten Erweiterung ist eine Phase der Konsolidierung vorgesehen, die Türkei soll kein Vollmitglied der EU werden.

Von der Herangehensweise her liefert die CSU eine Art Gegenentwurf. Ihre Landesgruppe beschloß im Wildbad Kreuth eine detaillierte 31-Seiten-Erklärung „Bürgerliche Politik für Deutschland“, die keine Fragen mehr offen läßt. Von Wirtschaftsentwicklung über nachhaltige Haushaltskonsolidierung, Perspektiven für den ländlichen Raum, Familien, Entwicklungshilfe, Innere Sicherheit, Europa bis hin zu Umweltschutz und Ehrenamt werden genau umrissene Positionen definiert. Dieses Programm soll erklärtermaßen das Rückgrat des gemeinsamen Bundestags-Wahlprogramms von CSU und CDU sein – womit sich die CSU wieder in die Rolle des Antreibers innerhalb der Union bringt.

Die SPD kehrt im „Steinmeier-Papier“ ihre soziale Seite hervor, meidet aber wie die CDU allzu genauen Festlegungen, um am Ende nicht als Verlierer dazustehen, wenn man wieder nur einen Bruchteil durchsetzen kann. Rückgrat des Steinmeier-Papiers sind die Vorschläge fürs Konjunkturpaket, langfristige Perspektiven fehlen weitgehend. Die Positionen sind sämtlich Konsenspunkte aus dem vorhergehenden Koalitionsausschuß – mit einer Ausnahme: Um den linken SPD-Flügel ruhigzustellen, fordert Steinmeier zur Finanzierung des Konjunkturpakets eine Anhebung des Spitzensteuersatzes (der übrigens unter Rot-Grün deutlich gesenkt wurde). Daß dies in der Endverhandlung zum Konjunkturpaket an der Union scheitern würde, war zu diesem Zeitpunkt bereits klar – Steinmeier und Müntefering können sich jetzt aber auf Koalitionszwänge herausreden.

CDU und SPD haben Festlegungen vermieden

Die Grünen konzentrieren sich mit ihrer „Frankfurter Erklärung“ voll auf ihre Stammwählerschaft – Ökopaxe, Weltverbesserer und andere Bewohner des Wolkenkuckucksheims. Klimaschutz, Gerechtigkeit und ein Energiesparfonds wären die Ausgabenpunkte des Milliarden-Konjunkturpakets, wenn es nach den Grünen ginge.

Ebenfalls fest die Stammwählerschaft im Blick hat die FDP: Steuererleichterungen und richtige Regelung der Marktwirtschaft sind hier die Schlagworte angesichts der Finanzkrise. Mit dem Zitat „Schwach ist ein Staat, der jeden Rauchkringel vermessen will, aber bei der Bankenaufsicht trotz großer Behörde systematisch wegschaut“, hatte Guido Westerwelle beim Dreikönigstreffen in Stuttgart eines der Dilemmata der Finanzkrise auf den Punkt gebracht.

Derweil beweist die Große Koalition überraschende Handlungsfähigkeit, auch weil CDU und SPD zuvor bewußt inkonkret geblieben waren. Das Konjunkturpaket, mit 50 Milliarden Euro das größte der Nachkriegsgeschichte, trägt – man muß es so sagen – überraschenderweise auch die erkennbare Handschrift der CSU: Neben einem 18-Milliarden-Investitionspaket für längst überfällige Arbeiten der Kommunen an Straßen und maroden Schulgebäuden sowie der Absenkung der Krankenkassenbeiträge aus Bundesmitteln entlastet das Paket auch die Steuerzahler – anfangs allein eine Forderung der CSU, der wenig Chancen eingeräumt wurden. Nun werden die Leistungsträger im Land um neun Milliarden Euro entlastet: Polizisten, Krankenschwestern, Angestellte, Mittelständler mit kleinem und mittlerem Einkommen. Es ging hier um Menschen, die etwa bis zu 4000 Euro monatlich verdienen, die Marke, die dank der deutschen Steuerprogression mittlerweile schon nahe am Spitzensteuersatz liegt.

Das Erfolgsrezept der CSU dürften hier die getrennten Unions-Beratungen am 4. Januar, vor dem ersten Koalitionsausschuß, gewesen sein (wie schon bei der Erbschaftsteuer). Dabei nagelte die CSU Angela Merkel auf eine gemeinsame Position fest, so daß sie sich im Koalitionsgespräch nicht auf ihre geliebte Moderatorenposition zurückziehen und zuschauen konnte, wie sich die Streithähne den Kopf einschlagen. *Anton Heinrich*



Die Parteien rücken in Position: „Steinmeier-Papier“ heißt das Ergebnis der SPD-Neujahrsklausur. Bild: ddp



MELDUNGEN

Niedergang der Volksparteien

Berlin – Der Mitgliederschwund bei den beiden großen Volksparteien geht weiter. So hat sich die Hoffnung der SPD, daß mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Franz Müntefering der Mitgliederschwund nach dem Linksrutsch unter Kurt Beck zu stoppen sei, nicht erfüllt. 18 685 Mitglieder kehrten den Sozialdemokraten vom November 2007 bis November 2008 den Rücken oder starben. Auch die CDU hatte im selben Zeitraum einen herben Verlust hinnehmen müssen, doch im Vergleich zu der SPD nehmen sich die 8858 Mitglieder deutlich geringer aus. Und so standen im November 2008 530 1394 Christdemokraten insgesamt 522 668 Sozialdemokraten gegenüber. Bereits seit Juni 2008 hat die CDU trotz Mitgliederschwund mehr Mitglieder als die SPD. *Bel*

CSU will Bürger zur EU befragen

Wildbad Kreuth – Die CSU hat sich im Rahmen ihrer Klausurtagung mit der Frage beschäftigt, inwieweit die Bürger der Europäischen Union in Zukunft in direkten Volksentscheiden Stellungen zur Politik in Brüssel beziehen dürfen. Doch schon die Gedankenspiele der Schwesterpartei riefen Widerstand von der CDU hervor. „Ich halte eine Änderung der Regeln für einen Irrweg“, sagte Wirtschaftsstaatssekretär Peter Hintze, ein Vertrauter von Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Der als Kandidat für die Nachfolge des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen (SPD) gehandelt CDU-Politiker sieht zu viele Gefahren in Volksentscheiden zu EU-Fragen: „Die Erfahrungen in anderen europäischen Ländern zeigen, daß Volksabstimmungen über Europa sehr häufig an der eigentlich gestellten Frage vorbeigehen.“ *Bel*

Ost-Deutsch (100):

Auf Wiedersehen

Von Wolf Oschlies

Einhundert Mal „Ost-Deutsch“ in der *PAZ* – 100mal Freude des Sammlers, der seine Schätze ausbreitet und dafür Zuspruch und Ermunterung von Lesern einstreicht. Besonders gefreut habe ich mich im März 2008 über den Brief von Dieter Dziobaka aus Hamburg, der meine Reihe jedem als Denkanstoß empfahl, „der das massive Eindringen von Anglizismen bei uns beklagt“. Sprache (sagt die große Linguistin Ruth Römer) ist „eine zuverlässige Verräterin“, die auch viel über Kontakte von Völkern verrät (sage ich).

Daß unsere Sprachkontakte gen Osten seit Jahrhunderten bestehen und immer natürlich verliefen, hätte ich noch in weiteren Folgen „Ost-Deutsch“ bezeugen können. Meine Sammlung von Germanismen ist unerschöpflich, aber 100 Kostproben sind ein guter Moment, „Auf Wiedersehen“ zu sagen. Zumal dieser deutsche Gruß auch Slawen bekannt ist.

Wo bin ich ihm im Osten nicht überall begegnet – in den russischsprachigen Erinnerungen baltischer Juden an ihren Abschied auf deutsch „Aufviderzen, Litauen“, in serbischen Ratschlägen: „Gosti, preko 3 dana nepozeljni ste, aufvidersen“ (Gäste, nach drei Tagen seid ihr unerwünscht, Auf Wiedersehen), in bulgarischen Reiseerinnerungen an einen Duisburger Taxifahrer, der „usmichnat ni pozela aufviderzen“ (uns lächelnd Auf Wiedersehen wünschte), auf bosnischen Websites, in tschechischen Fotomontagen und vielfach mehr.

2006 gab's eine Fußball-Weltmeisterschaft, zwei Jahre später eine -Europameisterschaft, und bei beiden Anlässen ertönte immer „Auf Wiedersehen, Deutschland“ – höhnisch von siegesgewissen Polen, Kroaten und Serben gesungen, deren Mannschaften sich am Ende sieglos verabschiedeten. Das passierte so oft, daß sich die bulgarische Presse wunderte, wie oft sie den deutschen Gruß aus diversen Fanblocks hörte.

Sprachwissenschaftlich sind slawische Entsprechungen unseres Grußes Calquen, getreue Übertragungen des Wunsches „auf ein Wiedersehen“. Russisch kommt da „doswidanija“ heraus, eines von Hunderten russischen Wörtern, die alle Deutschen kennen. Diese Vertrautheit mit dem Russischen möchte ich in einer neuen Kolumne dokumentieren. „Doswidanija“ bei „Ruski-Deutsch“!

Kein Plan B?

CDU setzt vorerst weiter voll auf Althaus

Wir fahren Plan A und der heißt Althaus“, sagte seine Stellvertreterin, Finanzministerin Birgit Diezel noch kurz vor der Verlegung des verletzten thüringischen Ministerpräsidenten in seine Heimat. Schon diese Äußerung warf Fragen auf: Bedeutet das nicht, daß ein Plan B zumindest in der Schublade liegt? Genau das bestreiten CDU-Politiker entschieden. Man rechne fest mit der vollen Genesung der unumstrittenen Nr. 1 in Thüringen – rechtzeitig vor der Landtagswahl am 30. August. Momentan übernimmt Amtsvorgänger Bernhard Vogel seine Vorwahlkampf-Termine.

Jeder wird dem 50jährigen aus dem Eichsfeld rasche Genesung wünschen, doch große Sorgen treiben die CDU um. Zum einen klingen die Stellungnahmen der Ärzte mehr als gedämpft. Sein Zustand schwanke trotz der gesundheitlichen Fortschritte, immer wieder zeigten sich aber Gedächtnislücken und Orientierungsprobleme. Althaus könne zwar das Bett ohne Unterstützung verlassen, doch manchmal könne er sich „an Dinge nicht mehr erinnern, die ihm eine Viertelstunde vorher erzählt wurden“, berichtete der behandelnde Direktor des Jenaer Universitätsklinikums, was allerdings „ein völlig normaler Krankheits- und Genesungsverlauf“ sei. Weiterhin dürfen nur die engsten Angehörigen Althaus besuchen, Fernsehen und Radio sind aus seinem Zimmer verbannt. Althaus darf weder Zeitungen lesen noch Handy oder Laptop benutzen.

Gesundheitszustand ist instabil

Deswegen weiß er offenbar auch noch nicht, daß österreichische Staatsanwälte gegen ihn wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung ermitteln und er – selbst im Falle minimaler Schuld – nach österreichischem Recht kaum um einen Gerichtstermin herumkommen wird. Die Schadenersatzforderungen des Anwalts der Hinterbliebenen sind da wohl die kleinere Sorge. Hier könnten Versicherungen einspringen. Das Resümee der Ärzte klingt auch hier noch sehr gedämpft. Althaus sei sich nur in guten Phasen über seine eigenen Verletzungen im klaren. „Die volle Tragweite des Unfalls wird er erst mit Verlauf der Behandlung vollständig wahrnehmen.“ Für die CDU gilt womöglich dasselbe. *K.B.*

Linke Depression

Frustration und Austritte in Hessen

In Hessen könnte der bislang ungebremste Siegeszug der Linkspartei in Westdeutschland seinen ersten Dämpfer erleiden. Seit November hat die Partei eine Austrittswelle erfaßt. Dabei scheint weniger die absolute Zahl der Abgänge bedrohlich für die Linksradikalen. Bei einigen der Abtrünnigen handelt es sich aber um profilierte Parteikader.

So ist Anfang des Monats mit Pit Metz, der kurzzeitige Spitzenkandidat für die vergangenen Landtagswahlen, aus der Partei geschieden. Metz hatte seine Kandidatur vor der Wahl Anfang 2008 zurückgeben müssen, weil er den Bundeswehreinsatz in Afghanistan in die Nähe des kommunistischen Schießbefehls an der Mauer gerückt hatte.

Ebenso verließ der Kreisvorsitzende der Darmstädter Linken die Partei, neben ihm gingen weitere Kommunal- und Landespolitiker. Der Ortsverband Baunatal gilt nach einer Austrittswelle als praktisch aufgelöst, Kassel-Land verlor 40 Prozent seiner Genossen.

Die Begründungen für die Austritte sind unterschiedlich. Viel war zu hören von Überwachung der Parteimitglieder „nach Stasi-Art“, von Machtgier, Mobbing und „elitärer Kaderbildung“. Angeblich sei der Landesverband von der Berliner Machtzentrale um Gregor Gysi und Oskar Lafontaine auf undemokratische Weise ferngesteuert worden.

In linken Kreisen wird noch eine weitere Erklärung diskutiert. Danach habe das schließlich erfolglose, monatelange Gerangel um eine von der Linkspartei tolerierte rot-grüne Koalition unter Führung der SPD-Chefin Andrea Ypsilanti die Ultralinken zermürbt. So sähen sich die Dunkelroten als treuesten Unterstützer der Option einer solchen Minderheitsregierung.

Hat Ypsilantis Poker die Linke zermürbt?

Nachdem das Ziel jedoch aus der SPD heraus „verraten“ worden sei, fühlten sich die Links-Genossen nun um die Früchte ihrer Kooperationsbereitschaft betrogen, was zu allgemeinem Frust geführt habe.

Nach den letzten Umfragen muß die Linkspartei, die Anfang 2008 mit 5,1 Prozent knapp in den hessischen Landtag gelangte, um ihren Wiedereinzug bangen. Die Demoskopen sehen die Partei bei gerade fünf Prozent. *H.H.*

MELDUNGEN

Kurzlebige Atom-Pläne

Preßburg (Bratislava) – Zu einem Aufschrei der Entrüstung in Österreich führte der Plan der Slowakei, das gerade vom Netz genommene Atomkraftwerk Bohunice wieder in Betrieb zu nehmen. Wegen des Gas-Streites zwischen Rußland und der Ukraine kam es auch in der Slowakei zu Energieengpässen. Neben der Tatsache, daß die Slowakei offen bekannte, mit der Inbetriebnahme der Anlage EU-Recht zu verletzten – die Stillegung des Meilers war Voraussetzung für den EU-Beitritt 2005 – schockierte Wien das slowakische Desinteresse an österreichischen Gegenargumenten. Erst Protest aus Brüssel beendete das Vorhaben. *Bel*

Stabilität für Bangladesch?

Dhaka – Anfang Januar sind mit der Vereidigung der Ex-Regierungschefin Sheikh Hasina Wajed zur neuen Premierministerin die zwei Jahre der Notstandsregierung in Bangladesch vorbeigegangen. Das 150-Millionen-Einwohner-Land ist das am dichtesten besiedelte und zugleich eines der ärmsten der Welt. Indien baut einen mit Stacheldraht gesicherten Grenzwall, um illegale Elends-Migration aus Bangladesch zu verhindern. *Bel*

Chile gewinnt Sprit aus Algen

Santiago de Chile – Auf der Suche nach erneuerbaren Rohstoffen zur Gewinnung von Treibstoff geht Chile neue Wege: Ein Projekt zur Gewinnung von Sprit aus Meeresalgen ging an den Start. Algen bestehen zu 45 bis 75 Prozent aus Öl und anderen fetthaltigen Stoffen, daher dient es als Grundlage zur Erzeugung von Biodiesel und Ethanol. Der Rohstoff aus den Meeren kann verhindern, daß landwirtschaftlich nutzbare Flächen der Produktion von Nahrungsmitteln entzogen werden. Zudem würden die Regenwälder nicht so stark abgeholzt. *J. F.*

Der Niedergang als Erbe

Der neue US-Präsident wollte eigentlich die USA verändern, jetzt muß er sie retten

Für die meisten US-Bürger hat er den Nimbus eines Erlösers. Doch vor der Umsetzung jeglicher Visionen muß Barack Obama zunächst den freien Fall der US-Wirtschaft aufhalten.

Am 20. Januar werden dem neuen US-Präsidenten Barack Obama bis zu fünf Millionen Amerikaner vor Ort in Washington zujubeln. Wenn er nach seiner Antrittsrede und Vereidigung vor dem Westportal des Kongresses die 2,5 Kilometer zum Weißen Haus zurückgelegt, wandelt er auf den Spuren, die bereits 43 Mal von US-Präsidenten vor ihm beschritten wurden. Eine traditionelle Parade aus Militäreinheiten, Schulklassen, historischen Vereinen, Sozialverbänden, Feuerwehr und Polizei wird Barack Obama durch die Pennsylvania Avenue begleiten. Doch obwohl Obama also noch nicht offiziell im Amt ist, hat ihn der Washingtoner Alltag jedoch längst erreicht. Ähnlich gigantisch wie die Inszenierung seiner Amtseinführung sind die Staatsausgaben, die der neue US-Präsident für die Einlösung zumindest eines Teils seiner Wahlversprechen und die verschiedenen Programme zur Unterstützung der angeschlagenen US-Wirtschaft vorsieht. 1,2 Billionen US-Dollar wird voraussichtlich das Etatdefizit der größten Volkswirtschaft der Welt für das Haushaltsjahr 2008/09 betragen. Dieses Minus entspricht 8,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und ist dreimal so hoch wie das ebenfalls schon beachtliche Staatsdefizit des Vorjahres. Zum Vergleich: In Europa gelten drei Prozent als gerade noch akzeptabel.

Eigentlich war Barack Obama angetreten, um die Führung einer geschwächten Weltmacht zu übernehmen und das Land zu verändern. Jetzt allerdings hinterläßt George W. Bush seinem Nachfolger eine Weltmacht im freien Fall. Gestaltungsspielraum hat der Neue im Weißen Haus kaum, um seine so ambitionierten Pläne zur Modernisierung der US-Gesellschaft umzusetzen. Er muß jetzt all seine Kraft darauf verwenden, zu retten, was zu retten ist. Noch setzen die Menschen in den USA auf ihn: Nach einer CNN-Umfrage trauen 80 Prozent der Befragten dem 47jährigen zu, die tief in der Krise befindliche US-Wirtschaft zu kurieren.

Barack Obama steht also unter einem enormen Erfolgsdruck. Die

> Im Staatshaushalt fehlen 1,2 Billionen

selbstgerechten Aussagen seines Vorgängers bei dessen letzter Pressekonferenz werden bei dem Demokraten Obama erneut so manchen Groll freigesetzt haben. Groll, den er nicht immer verbergen kann. Bisher galt, daß der scheidende und der zukünftige Präsident einander nach den Wahlen Respekt und Achtung entgegenbringen. Dieses ungeschriebene Gesetz hat Barack Obama allerdings durchbrochen. So hat er angekündigt, juristische Schritte gegen die Regierung von George W. Bush wegen möglicher Menschenrechtsverletzungen nicht auszuschließen. „Niemand steht über dem Recht“, erklärte er in einem Interview. Bush unterstellte Obama jedoch gleich eine weltfremde Einstellung: Man „muß einen schonungslosen Blick auf die Realitäten in der Welt und die Instrumente werfen, die derzeit verwendet werden, um die USA vor weiteren Angriffen zu schützen“. Bush glaubt also immer noch, daß die größte Gefahr, die den USA droht, von außen kommt, dabei war er es, der zugelassen hat, daß sich eine gewaltige Spekulationsblase von der Wall Street aus über die ganze Welt ausgebreitet hat und nun überall die Volkswirtschaften ins Chaos versetzt. China, Japan, Europa, ja die ganze Welt, weiß, was sie der Bush-Regierung und ihrer allzu gierigen Finanzelite zu verdanken haben. Obama muß das Vertrauen jetzt zurückholen, doch ein Land, das einen Schuldenstaat mit noch mehr Schulden zu bekämpfen versucht, den Kapitalmarkt mit zinslosen Krediten überflutet und von Maßlosigkeit in noch größere Maßlosigkeit übergeht, hat eine schlechte Ausgangsposition, um Achtung in der Welt zu erlangen.

Drei Billionen US-Dollar soll der bereits fünf Jahre andauernde Irakkrieg die Amerikaner gekostet haben. Rechnet man den Verlust des Ansehens in der Welt und die traumatisierten Soldaten und ihre Familien im Land hinzu, tritt Obama allein in diesem Bereich ein abschreckendes Erbe an. Doch er kann es nicht ausschlagen, sprich schnell aus dem Irak abziehen. Derzeit sind 150000 US-Soldaten dort stationiert, ihr Abzug wird mindestens drei Jahre dauern. Ein Monat Irakkrieg kostet den US-Steuerzahler aber 20 Milliarden US-Dollar, die er derzeit für die Stabilisierung der Lage im eigenen Land bitter nötig hätte.

„Wir befinden uns in einer düsteren Wirtschaftslage“, stimmte Obama die Amerikaner bereits vor seinem Amtsantritt ein. Anstelle wie erhofft die langfristigen Probleme der USA zu lösen, muß Obama nun erst einmal Milliarden in die Hand nehmen, um kurzfristig die Wirtschaft und den Konsum zu stützen. Neben Steuerrückzahlungen für die Bürger verspricht er Steuererleichterungen für Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen. Insgesamt verspricht der Neue im Weißen Haus vier Millionen Jobs bis 2010 zu schaffen oder zu erhalten. 500000 neue Jobs sollen allein durch Investitionen in saubere Energie geschaffen werden. Weitere 400000 sollen in der Baubranche entstehen.

Während Obama vollmundig verspricht, den Konsum wiederzubeleben, nahm er ganz nebenbei das erste seiner Versprechen, nämlich das Gefangenenlager Guantánamo in den ersten 100 Tagen seiner Amtsübernahme zu schließen, zurück. Es gebe juristische Probleme und deswegen würde die Schließung sich verzögern. Doch nicht nur diese wird sich verzögern, auch der von Obama versprochene „Wechsel“ zu einem neuen Amerika wird nicht allzu bald eintreffen. Obama ist vorerst damit beschäftigt, den freien Fall abzubremsen.

Rebecca Bellano



„Wir befinden uns in einer düsteren Wirtschaftslage“: Barack Obama sieht viel Schatten und kaum Licht. Bild: Bilderberg

Sprachenstreit lebt auf

Estland: Gesetze werden nicht mehr auf Russisch publiziert

Seit Anfang der neunziger Jahre schwelt in Estland ein latenter Sprachenstreit zwischen der estnischen Mehrheit und der russischen Minderheit des Landes. Nun wurde die Ausstrahlung russischsprachiger Sendungen des Ersten Baltischen Kanals eingestellt. Weil der Betreiber die Tarife um 300 Prozent erhöht habe, berichtet die Vorsitzende des baltischen Autoren- und Rundfunkverbands, lange Verhandlungen hätten zu nichts geführt. Nun bleibt der russischsprachigen Bevölkerung in Reval (Tallinn) und einigen anderen Städten nur noch das Angebot des Kanals „Jagd und Fischfang“ in ihrer Muttersprache. Ansonsten müssen sie auf Programme in Estnisch ausweichen.

Dies soll künftig auch für andere Bereiche gelten. Wie das estnische Nachrichtenportal ERR Uudised berichtet, werden ebenfalls aus wirtschaftlichen Gründen Gesetzestexte künftig nicht mehr ins Russische übersetzt. Das Justizministerium gab bekannt, die Rechtsakte nur noch ins Englische übersetzen zu lassen. Wegen der Kürzung des Budgets 2009 seien Übersetzungen ins Russische nicht mehr finanzierbar.

Schon mehrfach wurde Estland wegen seiner Politik gegenüber der russischsprachigen Minderheit im Land von Menschenrechtsorganisationen und auch der Europäischen Union gerügt. Uno-Vertreter rieten Estland, Russisch

> Viele Russen in Estland fühlen sich diskriminiert

als zweite Amtssprache gelten zu lassen. Die estnische Regierung beteuert hingegen, eine gerechte Sprachenpolitik gegenüber allen Bürgern des Landes zu betreiben. In Estland leben zur Zeit etwa 400000 Russen, das sind knapp über 25 Prozent der Bevölkerung. Von diesen wird Integration in die estnische Gesellschaft erwartet sowie die Anerkennung der estnischen Sprache als Amtssprache. Doch hiermit tun sich viele Russen schwer. Es hat sich eine russische Parallelgesellschaft mit eigenen Kindergärten und Schulen gebildet. Auch dies versucht die Regierung in Reval zu ändern. Ab Herbst 2009 wird in russischen Kindergärten und Vorschulen ein Lehrprogramm eingeführt, bei dem die Kinder spielerisch auf den Gebrauch der estnischen Sprache vorbereitet werden sollen. Entsprechend wird bereits seit 2007 an allgemeinbildenden Schulen der Lehrplan stufenweise auf Unterricht in der Landessprache umgestellt.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion kam es immer wieder zu Spannungen zwischen Russen und Esten. Ethnische Russen fühlen sich im nun europäischen Estland benachteiligt. Ein Beispiel für den Konflikt ist die Verteidigung der sowjetischen Statue des „Bronzenen Soldaten“ im Zentrum Tallinns durch russischstämmige Jugendliche. Als das seit 1947 dort stehende Denkmal an einen anderen Ort verbracht werden sollte, kam es zu Krawallen. Erst jetzt wurden die Rädelsführer der Protestaktionen verurteilt.

Manuela Rosenthal-Kappi

Gaza-Konflikt spaltet Ägypten

In arabischen Ländern geraten Regierungen unter Druck

Der israelische Krieg gegen Gaza hat gefährliche Nebenwirkungen in arabischen Ländern, denn die ohnmächtige Wut, die in den Massenprotesten gegen Israel und die USA zum Ausdruck kommt, richtet sich zunehmend gegen die eigenen Regierungen – teils wegen deren „Untätigkeit“ in der Palästina-Frage, teils wegen wirtschaftlicher und sozialer Mißstände. Gefahr droht in Jordanien, dessen Bevölkerung zu 60 Prozent aus Palästinensern besteht, des weiteren beim Öl- und Gaslieferanten Algerien, wo die Islamisten 1991/92 durch einen blutigen Militäreinsatz um ihren Wahlsieg gebracht wurden, und mittelfristig sogar in Saudi-Arabien, wo Armut und Arbeitslosigkeit dramatisch ansteigen.

Besonders gefährdet ist aber Ägypten. Islamistische Bewegungen – primär die Muslim-Bruderschaft, aus der auch die Hamas hervorgegangen ist – sind dem Naturell der Bevölkerung entsprechend hier zwar relativ weniger militant als anderswo, werden aber immer dann zur Bedrohung für die Regierung, wenn soziale Probleme oder Demütigungen durch das Ausland überhandnehmen.

Die Regierung ist sich des Dilemmas bewußt. Doch man ist abhängig von Militärhilfe und Getreidelieferungen aus den USA und sieht sich zu Maßnahmen gezwungen, die alle irgendwie mit

> Alles was mit Israel zu tun hat, gilt als unpopulär

Israel zu tun haben und äußerst unpopulär sind. Das galt schon für den von Mubaraks Vorgänger Anwar Al-Sadat abgeschlossenen Friedensvertrag. Es gilt für diverse Auflagen bei Weltbankkrediten und Investitionen. Oder dafür, daß Ägypten Erdgas nach Israel liefert – unter dem Weltmarktpreis. Oder für die „Sonderwirtschaftszonen“, deren Produkte zollfrei in die USA geliefert werden dürfen – wenn mindestens 11,7 Prozent des Warenwerts aus Israel kommen. In Klartext: Die Produktion könnte jederzeit abgewürgt werden.

Die Mithilfe bei der Abriegelung des Gaza-Streifens wird der Regierung besonders schwer angelastet. Israel hat seit dem Friedensvertrag wiederholt versucht, Ägypten die Verwaltung des Gaza-Streifens aufzudrängen, so wie das von 1948 bis 1967 der Fall war. Aber während Präsident Gamal Abd-el-Nasser dieses Gebiet nicht annektierte, weil er ihn als Teil Palästinas sah, hat Präsident Hosni Mubarak prosaischere Gründe: Wer will sich schon ein Armenhaus aufhalsen?

Der 80jährige Hosni Mubarak scheint den Staatsapparat noch fest im Griff zu haben, und sein Sohn Gamal, der durchaus Fähigkeiten vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet anzubieten hat, wird seit Jahren als Nachfolger aufgebaut. Doch angesichts des durch die Innen- und Außenpolitik des Vaters provozierten Erstarkens der Islamisten dürfte der Plan kaum aufgehen – und dann droht das Chaos.

Richard G. Kerschhofer

Marsch in die Staatswirtschaft

Der 100-Milliarden-Euro-Schutzschirm für deutsche Unternehmen birgt erhebliche Gefahren

Noch ein Rettungsprogramm: Diesmal spannt die Große Koalition einen Schirm von 100 Milliarden Euro über den deutschen Unternehmen auf. Doch die Kritik wächst: Übereilte Geldverschwendung, planwirtschaftlicher Irrweg, öffentliche Finanzierung privatnütziger Übernahmen lauten nur einige der Vorwürfe.

Der Staatsgast konnte der Kanzlerin wenig Erfreuliches berichten. Britanniens Premier Gordon Brown, der diesen Mittwoch Angela Merkel in Berlin besuchte, hatte bereits einige der konjunkturstützenden Maßnahmen, an denen derzeit in allen großen Volkswirtschaften der Welt gebastelt wird, schon vor Monaten umgesetzt. Er kann erste Erfahrungen vorweisen. Und die sind ernüchternd.

So senkte er die Mehrwertsteuer befristet von 17,5 auf 15 Prozent. Britische Top-Manager bezeichnen die Maßnahme mittlerweile als Flop. Auch bei den Banken mischt London in großem Stil mit, ohne sichtbare Erfolge für den stockenden Kreditmarkt.

Doch offenbar schrecken die trostlosen Erfahrungen der Briten in Berlin nur wenige. Nach diversen Milliarden-Injektionen für die Banken soll der neue 100-Milliarden-Rettungsschirm nun auch Unternehmen der übrigen Branchen stützen.

Damit greift der Staat unmittelbar in das Wirtschaftsgeschehen ein, was angesichts der schlimmen Resultate staatlicher Wirtschaftsplanung in sozialistischen Ländern die Kritiker aufhorchen läßt.

Die Hilfen bewilligen soll ein Ausschuß aus Vertretern des Wirtschaftsministeriums, des Finanzministeriums und der staatlichen Bank KfW. Vertreter der Finanzwirtschaft sollen beratend hinzugezogen werden. Mit anderen Worten: Repräsentanten des Staatsapparats und der durch ihre eigenen gigantischen Fehlspekulationen von Anfang an im Zentrum der Finanzkrise stehenden KfW werden darüber befinden, ob ein Betrieb unterstützungswürdig ist oder nicht.

Für die Kritiker ist das bereits ein Schritt in Richtung einer staatlichen Plankommission. Zwar beteuert Berlin, die Ausschußmitglieder mischten sich doch gar nicht direkt in die Unternehmenspolitik ein. Wohl aber bestimmen sie nolens volens über das Vehikel staatlicher Unterstützungsgelder indirekt entscheidend mit. Noch bevor der erste Cent fließt, müssen sie schließlich beurteilen, ob die Vorhaben einer Firma zukunftsträchtig sind oder nicht. Andernfalls müßten sie die Steuergelder ja bewußt wahllos in die Runde werfen, was erst recht nicht vertretbar wäre.

Die FDP warnt vor »Systembruch«

Gegner solcher direkten Eingriffe stören sich nicht nur am planwirtschaftlichen Beigeschmack dieser konkreten Maßnahme, sondern überhaupt an der schnellen Abfolge immer neuer milliardenteurer Programme. Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) sieht in dem 100-Milliarden-Schirm für Unternehmen vor allem das Eingeständnis, daß der Bankenrettungsschirm vom vergangenen Herbst nicht funktioniert habe. Hätte er gegriffen, so Oettinger, könnten sich die Betriebe ihre Kredite ja wieder bei den Banken holen, statt daß der Staat nun für die Geldinstitute einspringen müsse. Daher solle man zunächst beim Bankenschirm nachsteuern. Oettingers niedersächsischer Amtskollege und Parteifreund Christian Wulff warnt zudem davor, daß der Staat sich mit seinen vielen Schutzzusagen verheben könnte.

Der stellvertretende FDP-Chef Andreas Pinkwart bemängelt den „massiven Systembruch“ weg von den Regeln der Marktwirtschaft und warnt, es könne zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen kommen, wenn Staatsgelder einige Betriebe retteten und so gegenüber Konkurrenten stärkten.



Gehört jetzt mit dem Bund: Die Zentrale der Commerzbank Bild: pa

Die Verteidiger des jüngsten wie aller anderen staatlichen Eingriffe räumen zwar ein, daß ihre Maßnahmen sich zumindest am Rande dessen bewegen, was marktwirtschaftlich zulässig ist. Sie wenden jedoch stets ein, daß wir uns in einer „besonderen Lage“ befänden, die außergewöhnliche Schritte erfordere. Das Schreckbild eines neuen „1929“ wird regelmäßig an die Wand gemalt.

Stefan Homburg, ein renommierter Finanzwissenschaftler, hält alle Vergleiche mit 1929 für „unverantwortlich“, weil völlig übertrieben. Homburg setzt in der „Frankfurter Allgemeinen“ zur Generalkritik an: Schon der Rettungsschirm für die Banken sei nichts als der Keim für die nächste Krise, denn: „Der Rettungsschirm setzt enorme Fehlanreize. Bankmanger wissen jetzt, daß letztlich der Steuerzahler haftet, und werden daher noch größere Risiken eingehen. Weder bei der Commerzbank noch bei der Dresdner Bank habe es Anzeichen für eine drohende Insolvenz gegeben.“ Per Milliardenhilfe habe der Steuerzahler bloß die Übernahme der Dresdner Bank finanziert.

Genauso werde es bei dem Rettungsschirm für Unternehmen laufen. Hier würden die Steuerzahler beispielsweise die Übernahme des Reifen-Herstellers Continental durch die Schaeffler-Gruppe finanzieren. „Der Steuerzahler steht jetzt ungewollt für die Finanzierung privatnütziger Übernahmen ein, die man einfach hätte absagen können“, meint Homberg.

Die allgemeine Hysterie stelle für jede unternehmerische Fehlentscheidung „eine Ausrede dar, nämlich die angeblich einmalige Finanz- und Wirtschaftskrise“, schimpft Homberg. Letztlich sei jede Krise an sich „einmalig“, der Vergleich der jetzigen mit der von 1929 führe nur dazu, daß öffentliche Gelder in übereilten Projekten vergeudet werden. *Hans Heckel*

MELDUNGEN

Deutsche Firmen rücken auf

Düsseldorf – Die deutschen Spitzenunternehmen haben ihre Stellung unter den Top-Konzernen der Welt trotz Finanzkrise 2008 ausbauen können. Laut einem Bericht der Wirtschaftsberatungsgesellschaft Ernst & Young in Düsseldorf sind numehr acht deutsche Firmen unter den 100 größten der Welt, 2007 waren es sieben, 2006 sogar nur vier. Spitzenreiter ist Volkswagen: Der Konzern konnte sich binnen Jahresfrist vom 94. auf den 26. Platz der Weltrangliste vorarbeiten. Zwar habe auch der Wert deutscher Unternehmen unter der Börsenkrise gelitten, so Ernst & Young. Doch besonders habe es Firmen der Finanzbranche getroffen, in der deutsche Unternehmen nicht in dem Maße vertreten sind wie etwa britische oder US-amerikanische. Neu unter den Top 100 seien 2008 Bayer und SAP, Daimler sei hingegen herausgefallen. *H.H.*

Krankenkassen zu teuer?

Essen – Die gesetzlichen Krankenkassenbeiträge von nunmehr einheitlich 15,5 bzw. 14,9 Prozent könnten um bis zu einen Prozentpunkt gesenkt werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen und der Uni Duisburg-Essen im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Die Einsparung sei zu erreichen, „ohne daß es zu Qualitätseinbußen im Gesundheitswesen kommt“, so die Forscher, die ein Sparpotential von 5,6 bis 9,8 Milliarden Euro errechnet haben. Dabei geht es unter anderem um überhöhte Preise und Fallzahlen der Krankenhäuser und Arztpraxen, um Überkapazitäten bei Hospitälern und überzogene Handelsmargen bei Arzneimitteln. *H.H.*

Ungeliebtes Korsett

Gemeinschaftswährung verschärft Wettbewerbsunterschiede

Es geht um die Stabilität des Euro.“ Noch während CDU-Finanzexperte Steffen Kampeter in Deutschland warnt, mehr Kredite aufzunehmen, als der Euro-Stabilitätspakt zuläßt, belasten sich andere Euro-Länder spätestens seit der Weltwirtschaftskrise nicht mehr mit dem Zwang der Einhaltung der Drei-Prozent-Grenze. Für sie wird die Gemeinschaftswährung mit ihren Stabilitätskriterien immer mehr zu einem ungeliebten Korsett.

Kritiker des Euros hatten bereits lange vor dessen Einführung gewarnt, daß es gefährlich sei, Länder mit derartig unterschiedlich starken Volkswirtschaften mit einer gemeinsamen Währung zu versehen. Währungspolitik sei schließlich eine Facette der nationalen Wirtschaftspolitik, doch über Auf- und Abwertung der Währung, Zinssätze und Geldmenge kann seit 2002 nur die Europäische Zentralbank entscheiden. In Brüssel und den Hauptstädten Europas tat man die Unkenrufer vielfach als Fortschrittsfeinde ab. Jetzt kommt jedoch aus Brüssel eine Studie, die belegt, inwieweit die Gemeinschaftswährung zu wirtschaftlichen Spannungen zwischen den Ländern der Euro-Zone führt.

„Ein Überblick über die Entwicklung bei der Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Raum“ lautet der nüchterne Titel der von Volkswirten der EU-Kommission erstellten Studie. Doch was so bürokratisch klingt, ist durchaus brisant. Die Studie belegt nämlich, daß Deutschland das einzige der 16 Euro-Länder sei, das trotz starker Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise kaum Probleme bei der Wettbewerbsfähigkeit aufweise. „Deutschland ... ist im Vergleich zu anderen Euro-Staaten heute wettbewerbsfähiger als in den frühen 90er Jahren.“ Außer Deutschland würden nur die Niederlande, Finnland, Luxemburg und Österreich über Leistungsbilanzüberschuß verfügen, sprich mehr exportieren als importieren. Zypern, Malta und Slowenien stünden neutral da, während Frankreich, Italien sowie Spanien, Portugal und Griechenland Leistungsbilanzdefizite und eine massive Verschlechterung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu verzeichnen hätten.

Warnungen der Euro-Kritiker bestätigt

Bereits in der Vergangenheit wurde aus diesen Ländern die Forderung laut, den Euro im Vergleich zum Dollar und anderen im globalen Handel dominanten Währungen abzuwerten. Die Weltwirtschaftskrise erhöht nun den Druck auf die betroffenen Länder. Eine künstliche Verbilligung der Exporte und Verteuerung von Importen fördert jedoch die Inflation und verstimmt die Handelspartner außerhalb des Euro-Raumes. Daher sind vor allem Deutschland, die Niederlande, Finnland, Luxemburg und Österreich nicht bereit, eine Abwertung des Euros zu akzeptieren. Sie wollen nicht die Konsequenzen dafür mit tragen, daß die anderen über Jahre unangenehme Reformen verschoben haben. So befindet sich beispielsweise Spanien in einem Teufelskreis aus geringer Konkurrenzfähigkeit aufgrund einer kaum gestiegenen Produktivität bei niedrigem Wachstum, den Folgen einer Immobilienblase und einer Arbeitslosigkeit von 12,8 Prozent, der höchsten in der Eurozone. Auf dem Papier haben die Spanier zwar in Europa die längsten Arbeitszeiten, doch die Realität sieht anders aus. Auch Qualifizierungsdefizite bei den Handwerkern und Dienstleistern machen der spanischen Wirtschaft genauso zu schaffen wie die international schlecht aufgestellten Mittelständler. Doch statt unpopuläre Strukturreformen durchzusetzen, schiebt Spanien die Schuld an der nationalen Misere dem Euro in die Schuhe. *Rebecca Bellano*

Kroatien bald in fremder Hand

Immer mehr Balkanstaaten leiden unter einem hohen Staatsdefizit

Mit (umgerechnet) nur 14,6 Milliarden Euro war Titos Jugoslawien im Ausland verschuldet, aber das reichte, es 1986 in die tiefste Wirtschaftskrise zu stürzen und 1991 zerbrechen zu lassen. Seine Nachfolgestaaten stehen derzeit mit über 74 Milliarden Euro in der Kreide, was weder sie noch ihre Gläubiger sonderlich aufregt.

Staatsschulden können Investitionen sein, die Zinsendienst und Tilgung versprechen, oder ein Faß ohne Boden, in welches das Ausland dennoch Geld füllt – aus oft unklaren politischen Motiven.

Das erschreckendste Beispiel ist Kroatien, ehedem durch Tourismus und Schiffbau vergleichsweise wohlhabend, später unter dem autoritär agierenden Präsidenten Franjo Tudjman wirtschaftlich zurückgefallen: stagnierender Export, hohe Arbeitslosigkeit, minimales Wirtschaftswachstum, das durch Verschuldung finanziert ist. 25,5 Milliarden Euro waren es Ende 2005, 36,5 Milliarden Ende 2008. Zeljko Rohantinski, Chef der kroatischen Nationalbank, befürchtet den Rückgang des Wirtschaftswachstums auf die für das Land viel zu geringe Rate von einem Prozent.

Demgegenüber sehen die Schulden anderer Länder beinahe erträglich aus (in Milliarden Euro): Serbien 20,5, Slowenien 8,5, Bosnien 5, Mazedonien 2,7 und Montenegro 0,5. Ein Sonderfall ist das Kosovo – nominell unabhängig, real aber weiterhin ein UN-Protektorat – mit 1,1 Milliarden Euro Schulden. Für diese muß Serbien geradestehen, was es zur Demonstration seines Besitzanspruchs auf das Kosovo auch tut und seit 1999 Zinsen in Höhe von 350 Millionen Euro zahlte.

Neben neueren Verbindlichkeiten sind Altschulden zu begleichen, von Bosnien zum Beispiel 82 Millionen Euro beim russischen Ölkonzern Gazprom für unbezahlte Lieferungen aus den Kriegsjahren 1992 bis 1995. Serbien fordert vom Kosovo 5,5 Milliarden Dollar, die es seit 1963 in den jugoslawischen Hilfsfonds Kosovo einzahlte. Kroatien und Slowenien könnten weitere zehn Milliarden fordern.

Schulden im Ausland nicht bei den Bürgern

Schulden müssen getilgt werden, nur der „Pariser Club“, die 1956 entstandene Vereinigung der Gläubigerstaaten, läßt mitunter über Schuldenerlaß mit sich reden. Das unterscheidet ihn vom „Londoner Club“, einer Vereinigung von rund 1000 Geberbanken, die selten einmal Uraltschulden streichen, nie aber auf Zinszahlungen verzichten. Deshalb mußte Kroatien 2007, so unlängst Gordi Susic, Chefökonom der Kroatischen Nationalbank, 7,2 Milliarden Euro "Schuldendienst" leisten. Mazedonien hingegen konnte seinen "Service" ohne Mühe aufbringen, selbst wenn der sich 2005/06 von 160 auf 340 Millionen Euro mehr als verdoppelte.

Schulden müssen nicht abträglich sein, wenn eine intakte Volkswirtschaft sie aufnimmt und wenn sie gemessen am Bruttoinlandsprodukt moderat bleiben. Mit Werten unter 50 Prozent ist Mazedonien in einer guten Position, die im engeren Balkanumkreis nur Bosnien (39) unterbietet, andere nicht: Ungarn und Kroatien liegen bei 90, Bulgarien und Slowenien bei 80, Serbien bei 60 Prozent.

Wachsende ausländische Direktinvestitionen und zunehmende heimische Devisenreserven lassen sich ebenfalls gut gegen Schulden „aufrechnen“, wie Serbien und Makedonien demonstrieren. Begründete Zukunftsangst muß Kroatien haben, findet dessen Chef-Banker Rohatinski: „‚Unsere schöne Heimat‘ (so die Nationalhymne) wird bald weder schön noch unser sein, wenn Kroatiens Verschuldung weiterhin um 16 Prozent im Jahr zunimmt.“ *Wolf Oschlies*

Der Staat darf alles

Von Hans Heckel

Der Staat darf mittlerweile alles, weil, so die gängige Parole, „der Markt versagt hat". Drum drängt sich die Regierung nun per „Rettungsschirm" sogar direkt in deutsche Unternehmen. Lehnt ein Betrieb seine „Rettung" durch den Staat ab, riskiert er Wettbewerbsnachteile gegenüber Konkurrenten, die sich die steuer- (heißt: schulden-) finanzierten Gelder abgeholt haben. Nimmt er die „Hilfe" an, bestimmen Bürokraten ab sofort bei ihm mit.

Vorbild wäre die sogenannte Bankenrettung: In den Aufsichtsrat der Commerzbank sollen zwei Staatssekretäre entsandt werden. Alles Gerede, die Politik wolle sich trotzdem nicht in die Unternehmensführung einmischen, ist da wenig glaubwürdig. Schließlich haben die Regierenden sogar die Pflicht, über Verbleib und Verwendung von Staatsgeldern zu wachen – immerhin über 18 Milliarden Commerzbank, die an der Börse nur rund 3,5 Milliarden Euro wert ist. Wie schlecht die Staatsaufsicht indes funktioniert, haben die Fälle der Landesbanken und der KfW abschreckend genug demonstriert.

Mit dem Rettungsschirm wird nicht allein die öffentliche Verschuldung weiter in ungekannte Höhen getrieben. Es werden selbst gesunde Wirtschaftszweige bürokratischer Subventionswillkür ausgesetzt. Die Lehren der DDR verblassen.

Wie im Basar

Von Rebecca Bellano

Guido Westerwelle bezeichnet das Konjunkturpaket II als banal, dabei ist das Paket alles andere als banal, denn es ist das größte Konjunkturprogramm der Nachkriegszeit. Doch die vielen kleinen Einzelmaßnahmen führen zu berechtigter Kritik. Da Schwarz-Rot sich geeinigt hat, allen ein wenig entgegenzukommen, fühlt sich keine Interessengruppe richtig bedient. Die wahltaktischen Motive sind zu eindeutig. Und nicht nur deswegen kommen Zweifel auf, ob ein so gestricktes Konjunkturprogramm auch seinen Zweck erfüllt.

Zudem wird der Frage, wer das alles bezahlen soll, erschreckend wenig Beachtung geschenkt. Die SPD hat zwar einen Vorschlag gemacht, doch dieser, die Einführung einer Reichensteuer, war nur zur Befriedigung des geschwächten linken Parteiflügels hervorgebracht worden, so daß er nicht als ernstgemeint gelten kann.

Also nochmal: Wer soll das bezahlen? Offensichtlich erkauft sich die Große Koalition einen, wenn überhaupt, kurzfristigen Erfolg, indem sie die bereits erkannten und zum Teil sogar zaghaft angegangenen Probleme der Zukunft noch verschärft. Doch glaubt die Regierung wirklich, der Bürger bekäme das nicht mit? Es ist bereits überall im Land angekommen, daß die alternde und schrumpfende Bevölkerung demnächst weit mehr Alte und Kranke zu versorgen sowie Schulden zu bezahlen hat, als es für eine Volkswirtschaft gut sein könnte. Und jetzt gibt es mit einem Schlag gleich 50 Milliarden Euro neue Schulden. Das wird den Menschen kaum die von Volker Kauder beschworene Zuversicht geben.

Blick nach innen

Von Konrad Badenheuer

Am Dienstag endet nach acht Jahren die Ära Bush. Mehr als kritisch fällt in den meisten deutschen und auch US-amerikanischen Medien die Bilanz seiner Amtszeit aus. Eine bekannte Historikerin prophezeite gar, Bush werde als „schlechtester Präsident" seit Bestehen der USA in die Geschichtsbücher eingehen.

Bush selbst hat in seiner letzten Pressekonferenz einen rhetorischen Kunstgriff angewandt, um die desaströse Bilanz heller erscheinen zu lassen: Er übte punktuelle Selbstkritik, um den Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Zwei Fehler sprach er an: Zum einen die zu frühe Verkündigung des „erfolgreichen" Abschlusses der Kämpfe im Irak sehr bald nach Beginn des Feldzuges im Frühjahr 2003 und zum anderen die mißlungene Hilfe für die Stadt New Orleans nach dem Wirbelsturm vom August 2005.

Der erste Hinweis ist bedrückend, denn jedes Kind weiß, daß nicht die zu frühe Verkündigung des Sieges das eigentliche Problem in Sachen Irak war, sondern der Feldzug selbst. Seine Auswirkungen sind katastrophal: Hunderttausende Tote, Stärkung des Irans, Stärkung des islamischen Fundamentalismus durch Exzesse wie die Folter im Gefängnis Abu Ghraib, Anstieg des Ölpreises, weitere Ruinierung der US-Finanzen, massive Schwächung der uralten christlichen Gemeinschaft im Zweistromland – die Aufzählung ist unvollständig. Keine Frage: Die USA haben im Irak und nicht nur dort Völkerrecht verletzt. Und sie tun einfach zuviel außerhalb ihrer eigenen Grenzen. Hier besteht ein direkter Zusammenhang mit der Not im wochenlang überfluteten New Orleans im Herbst 2005.

> Die USA müssen sich mehr um ihre eigenen Probleme kümmern

Auch hier ging Bushs Selbstkritik am Kern des Problems vorbei. Weit skandalöser als alle Fehler bei den Hilfsaktionen waren doch die haarsträubenden Versäumnisse beim Hochwasserschutz. Ein Ballungsraum mit 1,3 Millionen Menschen, der in Teilen unter dem Meeresspiegel liegt, und das in einer der am meisten von tropischen Wirbelstürmen heimgesuchten Regionen der Welt – da sollte man meinen, daß es exzellente Deiche gibt. Genau das war nicht der Fall. Der traditionelle Skeptizismus der US-Gesellschaft gegenüber dem starken, handlungsfähigen Staat, der sich auch in aus europäischer Sicht katastrophalen Mängeln im Gesundheits- und Bildungswesen niederschlägt, ist bei Fragen des Küstenschutzes besonders fatal.

Die beiden Fehler, die Bush eher umschrieben als eingeräumt hat, hängen also zusammen: Was die USA im Ausland zu viel tun, das tun sie im eigenen Land zu wenig. Sein Nachfolger Barack Obama muß angesichts der fatalen Lage um die Rolle der USA als Weltmacht kämpfen. Die wirtschaftlichen Fakten erzwingen eine Konzentration der USA auf die Probleme im Inneren. Sinnvoll wäre diese Änderung des Blickwinkels auch ohne diese Not.



Selbstzufrieden trotz desaströser Bilanz, die er jedoch selbst als „gut und stark" bezeichnet: „Wenn ich nach Texas zurückgehe und dort in den Spiegel schaue, bin ich stolz auf das, was ich sehe", sagte George W. Bush auf seiner letzten Pressekonferenz als US-Präsident.

Bild: pa

Moment mal!



Goebbels an jeder Tankstelle

Von Klaus Rainer Röhl

Die Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, ist besorgt. Nicht über die fortgesetzten Luftangriffe Israels auf Gaza, sondern wegen einer neuen Zeitung, die seit dem 8. Februar an allen deutschen Kiosken zu kaufen ist: „Zeitungszeugen". Auch der „Spiegel" regt sich auf: Pünktlich zum Jahrestag der Machtübergabe an Hitler komme eine neue Zeitschrift an die Kioske, die „Goebbels für alle" bringe: Originalgetreue Nachdrucke von Tageszeitungen von 1933, bürgerlichen wie dem „Deutschen Tagesanzeiger", stramm kommunistischen Parteiblättern, aber eben auch vom „Angriff", herausgegeben von Josef Goebbels (Schlagzeile: „Reinen Tisch machen!").

Goebbels für alle! Echt empört, liebe „Spiegel"-Redakteure? Oder kostenlose Werbung für McGee, den englischen Verleger und Geldgeber der Zeitschrift, die bald wöchentlich erscheinen will und an jedem Kiosk zu erhalten ist. Nur keinen Neid. Ausgerechnet der „Spiegel", dem wir schon mehrmals an dieser Stelle vorgehalten haben, auf jede (auch nur gefühlte) Absatzkrise sofort mit farbigen Fotoserien oder Hintergrundberichten vom „Führer" reagiert zu haben.

Hitler lebt, fast 64 Jahre nach seinem Selbstmord, ohnehin an allen Zeitungsständen, auf allen Fernsehkanälen. Am 20. Januar 2009 hat der ewig angekündigte Stauffenberg-Film mit Tom Cruise in Berlin seine Deutschland- und Europa-Premiere. Und was sendet das ZDF nahezu gleichzeitig? Einen eigenen Zweiteiler unter dem Titel „Stauffenberg – Die wahre Geschichte", moderiert von dem unvermeidlichen Guido Knopp. Alle Rechten lieben Knopp für seine tabubrechenden Filme, stöhnen aber über seine an jeden Tabubruch wie bei einer Zigarettenpackung angeklebte („Rauchen kann tödlich sein!") politisch korrekte Distanzierung von den Greueltaten des Hitler-Regimes. Klar. Das ändert nichts am Interesse des deutschen Publikums an der „schlimmen Zeit".

War alles wirklich so schlimm? Die Antwort: Es war noch viel schlimmer, aber anders. „Spiegel"-Leser, so hieß der Slogan, wissen mehr. „Spiegel"-Leser wußten mehr vom Führer, von Göring und Goebbels und all den anderen. Eine furchtbare Zeit, diese Nazi-Zeit. Schlimm. Aber wie war es genau, das Schlimme? Hatten wir nun doch Wunderwaffen? Nein. Eigentlich nicht, aber fast. Wer war schuld an den KZ-Greueln? Wer wußte davon? Bitte melden.

> »Zeitzeugen«-Reihe liefert Nachdrucke von Zeitungen des Jahres 1933

Zwei ganze Generationen sind seither dazugekommen, aber dieses seltsame Interesse an Bildern von damals, man muß schon sagen, die Faszination, hat sich erhalten, und selbst die Enkelkinder der ersten „Spiegel"-Leser haben dieses Interesse an den Führerbildern und Filmen und Aufmärschen und Klatschgeschichten anscheinend im Kopf und wollen die „furchtbare Zeit" immer nochmal sehen.

Also, liebe „Spiegel"-Redakteure, keinen Neid auf den jungen englischen Verleger McGee, der die Idee mit den Nachdrucken von Zeitungen aus der Zeit von 1933 hatte. In der ersten Ausgabe gibt es noch eine bürgerliche Zeitung (die „Deutsche Allgemeine Zeitung") und ein Kommunistenblatt aus dem Ruhrgebiet (Die „Rote Fahne" war am 30. Januar gerade mal – wieder – verboten). Die nächste Ausgabe behandelt den Reichstagsbrand. Dann ist Feierabend mit der freien Presse.

Der Verlag verspricht, als Ersatz Faksimiles von Tageszeitungen aus der Schweiz oder aus dem Exil zu veröffentlichen, als Ergänzung zu den NS-Zeitungen. Als nächstes kommt der „Völkische Beobachter".

Alle Experten fanden die Idee gut oder jedenfalls diskutabel, nur der Schriftsteller Ralf Giordano und die Vorsitzende des „Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, nicht. Die riechen den Braten. Da soll ein Bedürfnis befriedigt werden, das es in der großen Masse der Deutschen – aller Generationen! – gibt. Seit die Besatzungsmächte 1945 verboten haben, uneingeschränkt über die Vergangenheit zu reden. So, als könne man dadurch die Erinnerung auslöschen und übermalen – die Erinnerung an die ganze Wahrheit. Und die bestand nicht nur in den Verbrechen der Nazi-Zeit, sondern auch aus Schlagern und Kino und der Verliebtheit in die Nachbarstochter. Und es gab auch die Verbrechen der Besatzungsmächte. Schwere Kriegsverbrechen mit Millionen Opfern. Aber die Besatzungsmächte und später die 68er verboten den Deutschen die eigenen Erinnerungen. Das konnte nicht gutgehen. Weil es einseitig war. Und so bildete sich eine Art schwarzer Markt für die Nazi-Zeit heraus, mit einer ganz eigenen, verlogenen Sprache: „Ja, es war ein Verbrecher-Regime, aber wir wollen jetzt genau wissen, wie es war, natürlich aus rein wissenschaftlichen Gründen". Umzüge, Aufmärsche, Lieder, Filme, Ansprachen, Führerreden – alles natürlich mit Abscheu – aber ausführlich. Schon in den frühen sechziger Jahren brachte der Jahr-Verlag eine ganze Serie von Langspielschallplatten mit Nazi-Liedern und Hitlerreden heraus – streng wissenschaftlich natürlich und mit betontem Abscheu.

> Der »Spiegel« kritisiert die Zeitdokumente, die einen Eindruck vom Alltag bieten

Im Grunde ist das auch das Prinzip von McGee und seinen Leuten. Zeitungen als Zeitzeugen. Vergessen wir, wie die Leser, die wie eine Pflichtübung absolvierten Kommentare und die Nachdrucke eines bürgerlichen Blattes und einer kommunistischen Zeitung. Worauf es ankam, das waren in Wirklichkeit die Zeitungen der NSDAP. Da haben Frau Knobloch und Giordano schon den richtigen Riecher. In dem fotokopierten „Angriff" ist eben alles drin, was 1933 in einer Tageszeitung drin war: Vermischtes, Kochrezepte, Theaterkritiken, Sportberichte (Eishokkey, Skifahren), aber auch Artikel in der damals üblichen harten Sprache der Kampfzeit über die „jüdische Asphaltpresse", die zum Generalstreik aufrief! Es fehlt auch nicht eine kleine Karikatur über einen jüdischen Eierhändler, der den Leuten alte Eier als „Trinkeier" verkauft. Es ist nichts hinzugefügt, und daher fehlt auch nichts. Nichts ist hineinretuschiert oder gekürzt. Es ist ein Dokument der Zeitgeschichte, 76 Jahre alt, über dessen Veröffentlichung sich vielleicht ein paar uralte oder junge Rechtsextreme freuen. Sollten wir uns deshalb in Zukunft über die NS-Zeit nur noch durch Bücher und Filme informieren, die von Ralph Giordano oder Charlotte Knobloch gebilligt werden? Das geht im 21. Jahrhundert einfach nicht mehr. Soll das Zeitungsprojekt von McGee verboten oder zensiert werden, weil die Nazis-Skinheads Goebbels im Original lesen können? Wird man eines Tages auch „Mein Kampf" in Deutschland verkaufen und Propagandafilme wie „Kolberg" oder „Jud Süß" in jedem Kino zeigen dürfen? Denn das kommt vielleicht als nächstes, wenn dieses neue Projekt ein Erfolg wird. Vielleicht gibt es irgendwann einmal den, bisher nur als Phrase existierenden „mündigen Staatsbürger", der selber entscheiden darf, was Propaganda und was nur lächerlich ist. Oder dürfen weiterhin ausschließlich Wissenschaftler und Journalisten mit Ausweis oder Ralph Giordano und Charlotte Knobloch die heiße Ware sehen? Das ist die Frage, die McGee mit seinem neuen Zeitungsprojekt stellt.

Gibt das Lesen der pathetisch-aufgeregten Reden von Goebbels oder das Betrachten antijüdischer Karikaturen nach fast einem Jahrhundert den Skinheads neuen Auftrieb? Wird die NPD mehr Stimmen bei der nächsten Bundestagswahl kriegen wegen der „Zeitungszeugen"? Nach zwei Generationen angestrengter „antifaschistischer Erziehung" an Schulen und Universitäten durch vorwiegend gutmenschliche Lehrer und Dozenten? Sollte man also die „Zeitungszeugen" verbieten und die bisher vom Grundgesetz geschützte NPD gleich mit? Das wäre unzweckmäßig, also falsch.

Die Zeit kurz vor der Machtübergabe an Hitler beschreibt Klaus R. Röhl in seinem Buch „Die letzten Tage der Weimarer Republik", siehe www.Klausrainerroehl.de

Europa lag ihm zu Füßen

Hamburger Kunsthalle zeigt Landschaftsbilder von Johann Philipp Hackert – Schon von Goethe geschätzt

Der Maler Jakob Philipp Hackert (1737–1807) begriff Landschaften als Naturereignisse. Mit seinen präzisen Beobachtungen geologischer und atmosphärischer Phänomene markierte sein Schaffen einen Wendepunkt in der Landschaftsmalerei des 18. Jahrhunderts.

Erstmals präsentiert die Hamburger Kunsthalle in Kooperation mit der Klassik Stiftung Weimar eine umfassende Ausstellung mit Werken des Künstlers, die neue Einblicke in die Landschaftskunst vor Caspar David Friedrich bietet. Etwa 70 Gemälde und Gouachen sowie 70 Zeichnungen und Druckgraphiken von privaten und öffentlichen Leihgebern aus Deutschland, England, der Schweiz, Italien und Rußland geben einen repräsentativen Überblick über das Werk Hakkerts.

Zu Lebzeiten berühmt und von Goethe besonders geschätzt, gehörte der in Prenzlau geborene Hackert lange zu den vergessenen Künstlern. Nach seiner Ausbildung in Berlin und Aufenthalten in Schweden und Frankreich arbeitete Hackert fast 40 Jahre in Italien.

Dort etablierte er sich als international gefragter Künstler, der das Italienbild vor 1800 entscheidend prägte. 1768 war er zum erstenmal nach Italien gekommen, wo er Kontakt unter anderem zu dem aus Ragnit stammenden Kunstmäzen Johann Friedrich Reiffenstein (1719–1793) bekam.

Hackert schuf neben Veduten, Hafen- und Jagdszenen vor allem stimmungsvolle Landschaften aus der römischen Campagna, aus Süditalien mit Neapel und Sizilien sowie aus der Toskana. Zunächst ab 1769 in Rom tätig, arbeitete er ab 1786 als Hofmaler in Neapel, das er 1799 nach dem Einmarsch französischer Truppen verlassen mußte. Seine letzten Lebensjahre verbrachte Jakob Philipp Hackert in der Toskana, wo er in der Nähe von Florenz am 28. April 1807 starb.

„Hackerts Lebenswelt war noch vom feudalistischen Glanz des Ancien Régime geprägt, gleichzeitig verkörperte er aber bereits den Typus des äußerst effizienten, am Kunstmarkt orientierten Geschäftsmannes, der weitgehend unabhängig von den Hierarchien eines Hofes agieren konnte und damit moderne Positionen des 19. Jahrhunderts vorwegnahm“, erläutert der Kurator der Ausstellung Dr. Andreas Stolzenburg die Bedeutung des Malers. „Italienreisende aus ganz Europa, unter ihnen deutsche Künstler, englische Adlige und prominente fürstliche Auftraggeber wie das russische Thronfolgerpaar, steigerten seinen Bekanntheitsgrad und verbreiteten seine Werke auf dem ganzen Kontinent.“ Es sind ideal komponierte, mit historisierender Staffage oder antiken Stätten angereicherte Landschaften, die im Mittelpunkt seines Oeuvres stehen und Hackert zu einem wichtigen Wegbereiter und Repräsentanten der klassizistischen Kunstauffassung machen. Mit seinen topographisch exakten Versatzstücken und den präzisen Beschreibungen in der Natur beobachteter Details durchbrach er jedoch die Kriterien der zeitgenössischen, streng idealisierenden Kunstauffassung.

So faszinieren vor allem auch die Darstellungen von Bäumen und Pflanzen, die einer wissenschaftlichen Untersuchung zu entstammen scheinen und oftmals lebendiger wirken als die Darstellungen von Menschen und Tieren. Naturereignisse wie Wasserfälle, Vulkanausbrüche oder Gebirgsschluchten fanden Hackerts besonderes Interesse. Doch auch die „lieblichen Landschaften“, die weiten Ausblicke auf das Mittelmeer hat er meisterhaft dargestellt.

„So schön habe ich Italien noch nie gesehen!“ kann sich eine Besucherin denn auch nicht enthalten auszurufen, während eine andere verhalten seufzt: „Das nimmt ja gar kein Ende.“ Und in der Tat: Die Hamburger Ausstellung beeindruckt nicht zuletzt durch eine solche Fülle der Exponate, daß dem Besucher geradezu schwindelig werden könnte.

Silke Osman

Die Ausstellung „Jakob Philipp Hackert – Europas Landschaftsmaler der Goethezeit“ in der Hamburger Kunsthalle, Glockengießerwall, ist bis zum 15. Februar dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr zu sehen, Eintritt 8,50 / 5 Euro, Katalog aus dem Hatje Cantz Verlag, 368 Seiten, 267 farbige Abbildungen, geb., 49,80 Euro, im Museum 35 Euro.



Jakob Philipp Hackert: Blick auf den Ätna (Öl, 1783; in Münchner Privatbesitz) Bild: Kunsthalle

MELDUNGEN

Weimar feiert das Bauhaus

Weimar – Das Bauhaus feiert in diesem Jahr seinen 90. Geburtstag. Aus diesem Grund haben sich die Städte und Gebietskörperschaften der „ImPuls-Region Erfurt–Weimar–Jena“ zusammengeschlossen, um gemeinsam ein umfassendes, alle Orte der Region vernetzendes Ausstellungsprojekt zum Thema Bauhaus, der einflußreichen Kunst-, Design- und Architekturschule von 1919 bis 1933, zu zeigen. Zentrum dieses Projektes ist der Gründungsort des Bauhauses, die Stadt Weimar, mit ihren Bauhaus-Wirkungsstätten. Zusammen mit den Bauhaus-Gebäuden in Dessau wurden diese Stätten bereits 1996 in die Liste des Unesco-Weltkulturerbes aufgenommen.

Aus der Fülle der geplanten Ausstellungen hier eine Auswahl:

„Das Bauhaus kommt aus Weimar“, im Bauhaus-Museum, Neuen Museum, Schiller-Museum und im Goethe-Nationalmuseum, 1. April bis 5. Juli.

„Streit ums Bauhaus – Das Weimarer Bauhaus in den Kontroversen seiner Zeit“, Kunsthalle Erfurt, 7. Juni bis 2. August.

„Das Bauhaus in Jena – Bilder, Modelle, Objekte, Fotos und Dokumente“, Stadtmuseum Jena und Kunstsammlungen der Stadt Jena, 22. März bis 7. Juni.

„Kandinsky – Gemälde, Zeichnungen und Druckgraphik“, Stadtmuseum und Kunstsammlungen der Stadt Jena, 6. September bis 22. November.

„Adolf Hoelzel – Wegbereiter der Abstraktion“, Gemälde, Pastelle, Farb- und Tuschzeichnungen, Kunsthaus Apolda Avantgarde, 11. Januar bis 22. März.

„László Moholy-Nagy – Auf dem Weg nach Weimar 1917–1923“. Kunsthaus Apolda Avantgarde, 5. April bis 21. Juni.

„Feininger und das Bauhaus Weimar – Dessau – New York“, Kunsthaus Apolda, 13. September bis 20. Dezember *os*

»Mehr als Purpur und Krone umstralt sie Liebe«

Auf der Königin-Luise-Route durch den Naturpark Uckermärkische Seen nach Gransee

Auf dem heutigen Verlauf der B 96 führte schon zu Zeiten Königin Luises ein ziemlich direkter Weg von und nach Berlin. Nach kurzer Berührung in Fürstenberg an der Havel verläßt die Königin-Luise-Route die Bundesstraße jedoch schon wieder, um in großem Bogen in den 1997 eröffneten Naturpark Uckermärkische Seen einzutauchen. Das Fürstenberger Seenland hatte schon die Zisterziensermönche in Verzückung versetzt. Als sie 1299 nach einem geeigneten Ort zur Gründung eines Klosters suchten, soll einer der Mönche begeistert „Coeli porta“ – Himmelspforte ausgerufen haben. Himmelpfort (ohne „e“) entzückt noch immer, selbst wenn seit dem Dreißigjährigen Krieg nur noch wenig an die Anlage erinnert. Malerischer Blickfang ist die Klosterruine neben der auf den Chor verkürzten Klosterkirche und dem alten Brauhaus.

Über Bredereiche mit seiner alten Havel-Schleuse stößt die Königin-Luise-Route in Dannenwalde wieder auf die B 96. Zuvor jedoch macht man Bekanntschaft mit dem Wirken der Familie von Waldow, die als Gutsherr über 250 Jahre lang die Geschicke des Dorfes bestimmte. 1692 war das alte Lehngut erstmals an Friedrich von Waldow verpfändet worden, 15 Jahre später erhielt er es als Lehen. Als Letzter flüchtete Franz Hans August von Waldow (1894–1961) samt Familie am 20. April 1945 in den Westen. So ist es vor dem ehemaligen Familiensitz mit den reizenden Putten auf dem Mittelrisaliten zu lesen.

Als Königin Luise durch Dannenwalde gekommen war, sah sie das Schloß wohl gerade als Baustelle. Denn 1810 ließ Ferdinand von Waldow es im Empirestil umbauen. Heute wartet der Bau wieder auf die Handwerker. Ein Berliner Unternehmen hat ihn gekauft und will daraus ein Schulungszentrum machen.

Noch gar nicht vorhanden war zu Zeiten der Preußenkönigin die kleine Patronatskirche, die Thomas Ferdinand von Waldow vor dem Schloß errichten und 1821 weihen ließ. Nach 1945 war der achteckige Bau mit dem spitzen Türmchen dem Verfall preisgegeben. Erst 1998 hat man die Kirche am Weg wieder geweiht. Die Rad-Wander-Kirche, wie sich das kleine Gotteshaus auch nennt, wird jetzt – je nach Kassenlage – weiter saniert.

„Mehr als Purpur und Krone umstralt sie Liebe des Volkes“ ist auf dem Luisen-Denkmal am Orts-ende zu lesen. Es liegt in einem kleinen Park an der B 96 versteckt, so kann man leicht daran vorbeiradeln. Orientierungshilfe bietet das leuchtendgelbe Gasthaus Waldschlößchen gegenüber. 1810, im Sterbejahr der Königin, stand hier – an der damaligen Grenze zwischen Mekklenburg und Brandenburg / Preußen – noch eine Zoll- und Poststation. An dieser fand die feierliche Übergabe der „Hohen Leiche“ durch die Strelitzer Hof-Cavaliere an die Preußischen Hof-Cavaliere statt. Gleichzeitig wurden die Pferde des Leichenzuges gewechselt. Zum Andenken hat man die „Kleine Luise“, wie das Denkmal genannt wird, errichtet.



Von Karl Friedrich Schinkel entworfen: Das Luisen-Denkmal in Gransee Bild: Schnehagen

König Wilhelm III. hatte einen königlichen Trauerwagen von Berlin nach Hohenzieritz beordert, um von dort die Leiche seiner geliebten Frau nach Berlin zu bringen.

Am 25. Juli um 3 Uhr früh hatte der Trauerzug Hohenzieritz verlassen. Das Tagesziel war Gransee. Dazu die Hofdame Gräfin Voß in ihrem Tagebuch: „... Ich fuhr hinter dem Trauerzug her, Schritt vor Schritt, bis Gransee. Das Militär, die Strelitzer Minister und Hofdamen begleiteten den Sarg nur bis Dannenwalde, dort empfingen ihn 120 Mann Gardes du Corps. In Gransee war ein Haus aus Holz gebaut, in das der Sarg während der Nacht gestellt wurde, drei Offiziere hatten die Wache dabei ...“

Durch beschauliches Bauernland, vorbei an Feldern und Koppeln, führt der Weg schließlich nach Gransee. Auf königliche Ordre waren im 18. Jahrhundert vor den Toren der Stadt Blumen- und Gemüsegärten angelegt worden, die bis heute von den Granseern gehegt und gepflegt werden. Doch damit nicht genug. „Gransee war eine feste Stadt, vielleicht die festeste der Grafschaft Ruppin“, befand Theodor Fontane in seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“.

Die Granseer pflegen nicht nur ihre Gärten, sie hegen auch die ganze Stadt. Davon kündet bereits das Franziskanerkloster am nördlichen Stadtrand, vor dem die Königin-Luise-Route in die Altstadt einbiegt. Ende des 13. Jahrhunderts gegründet, während der Reformation 1561 aufgelöst, wurde das Kloster jetzt liebevoll saniert. Seine Räume geben Einblicke in die Stadtgeschichte.

Unübersehbar recken sich hinter dem Kloster die Turmspitzen der Westfassade der Marienkirche in die Höhe, die eine aus Backsteinen gemauert, die andere mit Schiefer bedeckt. Wohl nicht ohne Augenzwinkern mutmaßte Theodor Fontane, daß dadurch sowohl Maurer als auch Zimmerleute zufriedengestellt werden sollten.

Welch große Kirche für so eine kleine Stadt! Beim Blick in die Marienkirche verdienen die Chorfenster besondere Beachtung. Wilhelm II., Deutscher Kaiser und Urenkel der Königin Luise, hatte sie 1911 anläßlich des 100jährigen Bestehens des Luisen-Denkmals gestiftet. Denn 1811 war dort, wo die Königin für eine Nacht aufgebahrt war, das von Karl Friedrich Schinkel entworfene Eisenguß-Denkmal eingeweiht worden.

„Das Luisendenkmal hält das rechte Maß: Es spricht nur für sich und die Stadt und ist rein persönlich in dem Ausdruck seiner Trauer. Und deshalb rührt es.“ So empfand es der Schriftsteller Theodor Fontane.

Luisen-Apotheke, Luisen-Buchhandlung, Luisen-Schule, Café Luise: Gransee ist vorbereitet auf Touristen. Der Besucherstrom, der sich im Luisen-Salon des Heimatmuseums im ehemaligen Armenhaus über die Königin informiert, reißt nicht ab. *Helga Schnehagen*

Die Roten Khmer töteten ein Drittel ihres Volkes

Vor 30 Jahren beendeten die Vietnamesen die Schreckensherrschaft von Pol Pots Kommunisten in Kambodscha

Wohl kein anderes Regime hat einen derart großen Teil seines eigen Volkes getötet wie das der Roten Khmer Pol Pots. Ein verlorener Krieg gegen die Sozialistische Republik Vietnam beendete 1979 die vier Jahre zuvor begonnene Herrschaft von Kombadschas sogenannten Steinzeitkommunisten.



Die Erstürmung Phnom Penhs im Januar 1979: An ihr nahmen neben vietnamesischen Soldaten auch Angehörige der kambodschanischen Opposition teil.

Bild: pa

Als die Vorhut der vietnamesischen Armee im Januar 1979 Phnom Penh erreichte, traute sie ihren Augen nicht: Auf den großzügigen Boulevards der Stadt tummelten sich nur Hunde und Schweine, ihre Häuser waren geschlossen, verriegelt und verbarrikadiert – aber vor allem war es beängstigend still: Phnom Penh, die einstige Zwei-Millionen-Metropole des kambodschanischen Staatsvolkes der Khmer, war menschenleer. Viele ihrer früheren Bewohner waren „Angka“, der mörderischen Institution jenes Tugendstaates, den die kambodschanischen Kommunisten um Pol Pot, die Roten Khmer, zwischen 1975 und 1979 errichtet hatten, zum Opfer gefallen: in den landwirtschaftlichen Kooperativen, wo sie nach zwölf Stunden Arbeit, drei Stunden Umerziehung und sieben Stunden Schlaf an Hunger und Entkräftung starben, in den Gefängnissen, wo Folterknechte sie mit Elektroschocks zu Tode quälten, und schließlich auf den berüchtigten Killing Fields, auf denen man sie wegen Munitionsmangels zu Tausenden mit Schaufeln erschlug.

Die Geisterstadt Phnom Penh stand im Januar 1979 für die Tragödie des ganzen Landes. Vorsichtige Schätzungen besagen, daß etwa zwei Millionen Menschen in nur vier Jahren dem Terror der Roten Khmer zum Opfer fielen. Das war fast ein Drittel der gesamten Bevölkerung. Erst die Invasion des vietnamesischen Erzfeindes setzte dem barbarischen Treiben ein Ende. Aber auch nach 30 Jahren schockiert dieser blutige Revolutionsversuch, in dem man die Stadtbewohner zum Arbeitsdienst aufs Land „evakuierte“, in dem das Geld abgeschafft war und in dem vor allem Menschen erbarmungslos getötet wurden: bei unerfüllten Arbeitsleistungen, bei der leisesten Kritik an der Partei – ja selbst bei unerlaubtem Lachen, Weinen oder Jubeln. All das sahen die Roten Khmer als Reste kapitalistisch-individualistischer Mentalität an, die mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müßten. Die Roten Khmer versuchten so, mit einem Mal das kommunistische Paradies auf Erden zu errichten.

Die Gründe für diese beispiellose Radikalität wurzeln nicht zuletzt in ihrer Ideologie. Sie umfaßte neben dem Marxismus-Leninismus auch eine besondere anthropologische Vision: In einem jeden Mensch, so glaubten die Roten Khmer, schlummere eine egalitäre Haltung, die den Gedanken des Eigentums nicht kenne und mit der sich private Interessen sofort den öffentlichen beugten. Es waren die Ideen des französischen Philosophen Jean Jacques Rousseau (1712–1787), die sie dazu inspirierten. Einige der Führer der „Roten Khmer“ hatten sich mit ihnen vertraut gemacht, als sie in den 1950er Jahren in Frankreich, der einstigen Kolonialmacht studiert hatten – allen voran Pol Pot selbst, der, wenn auch erfolglos, einige Semester Radioelektronik belegt hatte. Um einen neuen Menschen zu „erziehen“, versuchten die Roten Khmer, das abzuschaffen, was nach ihnen für dessen alleinige Korruption verantwortlich war: die moderne Großstadt mit ihrem Bürgertum. Auch darin folgten sie Rousseau, denn dieser pries das ländliche Leben und sah die Stadt als Hort von Laster und Entfremdung an, in der man nicht mehr wagt, „als der zu erscheinen, der man ist“.

Dieser Gedanke war für die Roten Khmer um so bedeutender, als sie aus der französischen Geschichte wußten, daß die Pariser Kommune durch die einheimische Bourgeoisie zu Fall gebracht worden war. Vor allem Pol Pot bewunderte diese revolutionäre Bewegung von 1871. Für ihn stellte sie in der bisherigen Geschichte den einzigen historischen Versuch einer Machtergreifung durch die Armen dar.

Kurz nach seiner Machtergreifung am 17. April 1975 ließ Pol Pot daher die Einwohner von Phnom Penh und aller übrigen Provinzhauptstädte deportieren, um „die Netze der feindlichen Kräfte zu schwächen“ und sie „mit den Schwierigkeiten des ländlichen Lebens vertraut zu machen“ – für die Roten Khmer war das fast „eine Art Rache“ am städtischen Bürgertum. Aber auch später richtete sich ihr Terror vor allem gegen Ärzte, Lehrer oder Angehörige der technischen Intelligenz – selbst ein Brillenträger galt ihnen als potentieller Feind.

Gewiß, den Mördern um Pol Pot dürften auch nationale Besonderheiten entgegengekommen sein. Kambodscha ist stark buddhistisch geprägt. Der Glaube an die Wiedergeburt, die typisch asiatische Geringschätzung des Individuums und das gleichfalls eigentümliche Verhältnis zur Gewalt – all das mag für die Brutalität der Roten Khmer ein fruchtbarer Boden gewesen sein. Doch bleibt es eine Tatsache, daß das Blutvergießen des Kommunismus in Kambodscha eine besonders große Lache hinterlassen hat.

Michael Böhm

Getränkepionier

Vor 25 Jahren starb Ludwig Eckes

Nach der mittleren Reife und einer Banklehre trat der am 28. April 1913 im heute rheinland-pfälzischen Nieder-Olm geborene Ludwig Eckes 1931 in das seit 1857 bestehende Familienunternehmen Peter Eckes ein, das in bescheidenem Umfang Liköre, Traubensaft und Weinhefe produzierte. Kriegsdienst, US-amerikanische Kriegsgefangenschaft und vorübergehende französische Untersuchungshaft unterbrechen diese unternehmerische Tätigkeit.

Nach dem Tode des Vaters 1952 wurde er mit seinem Vetter Peter Eckes alleiniger Inhaber und persönlich haftender Gesellschafter. 1953 revolutionierte er den deutschen Weinbrandmarkt mit dem ersten „weichen“ Weinbrand. Er gibt dem neuartigen Getränk den Mädchennamen seiner von Hugenotten abstammenden Ehefrau Marianne geborene Chantré. Der „Weinbrand der weichen Welle“ mit seinem günstigen Endverbraucherpreis von unter zehn D-Mark wurde vom Markt sehr gut angenommen. Weitere alkoholische Markenartikel folgten, wie der Weinbrand „Mariacron“, der klare Schnaps „Zinn 40“, der Apfelwein „Knaddel-Daddel“ oder der Likör „Eckes Edelkirsch“.

Nach einer Spanienreise im Jahre 1954, auf der Eckes die Herstellung konzentrierten Orangensaftes kennenlernte, kaufte er in Florida große Mengen Orangensaftkonzentrats auf, die er in Deutschland wieder verdünnte und auf Flaschen zog. Das Getränk erhielt den Namen „Hohes C“ und wurde Deutschlands erster trinkfertiger Orangensaft aus der Flasche. Ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem promovierten Lebensmittelforscher Julius Koch entstand Deutschlands erster Multivitaminsaft „Dr. Koch's Trink 10“, der 1979 eingeführt wurde. 1981 überschritt der Gesamtumsatz der Eckes-Firmengruppe erstmals die Milliardengrenze.

Ludwig Eckes Bild: Ekkes

Ludwig Eckes hatte sich zwar bereits 1973 aus der Geschäftsführung zurückgezogen, übernahm dafür allerdings den Vorsitz in einem neugeschaffenen Beirat. Dieses Amt behielt der auch politisch aktive wertekonservative Unternehmer bis zu seinem Tode, der ihn vor 25 Jahren, am 14. Januar 1984 an jenem Ort ereilte, an dem fast 71 Jahre zuvor alles angefangen hatte.

Manuel Ruoff

Keim des Zweiten Weltkriegs

Vor 90 Jahren begann die Pariser Friedenskonferenz

Nachdem die Mittelmächte im November 1918 ihre Kriegsgegner um Waffenstillstand und Frieden gebeten hatten, trat am 18. Januar 1919 in Paris eine Friedenskonferenz zusammen. 32 Staaten, die sich als Sieger fühlten, kamen zusammen, um ihre Forderungen nach Reparationen und wohl auch Kriegsbeute gegen die unglücklichen Verlierer zu beraten. Die Verliererstaaten, Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, waren zu den Beratungen nicht zugelassen, weswegen man auch von einer Konferenz der Siegermächte statt von einer Friedenskonferenz sprechen könnte. Die Ergebnisse sollten den Verlierern später diktiert werden. Friedensdiktate sind für den Sieger immer etwas Schönes. Allerdings sind sie historisch betrachtet auch wieder unbequem, weil demaskierend. Sie decken nämlich für die Nachwelt ungeschminkt die Kriegsziele auf – auch solche, die politisch unklug oder gar völkerrechtswidrig waren. Die wichtigsten waren damals:

1. Die Zerschlagung Deutschlands als Wirtschaftsmacht. Von Spitzentechnologie über die Schwerindustrie bis zu den Kuckucksuhren sollten die ungeliebten deutschen Konkurrenten verschwinden.

2. Die Ausschaltung der deutschen Dominanz auf dem europäischen Festland.

3. Territoriale Veränderungen und Einlösung der Versprechen an die Vasallen und Helfer. Hierzu war die Zerschlagung der Türkei und Österreich-Ungarns vorgesehen.

4. Die Auslieferung von 859 angeblichen Kriegsverbrechern, darunter Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Kaiser Wilhelm II. höchstselbst.

5. Schließlich sollte das besiegte Deutschland auch noch seine alleinige Kriegsschuld anerkennen.

Daneben standen noch die Einzelinteressen der „Siegermächte“.

Eher eine Siegerals eine Friedenskonferenz

Großbritannien wollte die deutsche Handels- und Kriegsflotte liquidieren. Es wollte allerdings auch keinesfalls eine französische gegen die so mühsam beseitigte deutsche Festlandsdominanz eintauschen. Die britischen Kriegsschulden in den USA wollte man auf Deutschland abwälzen.

Frankreich stand hier im Gegensatz zu Großbritannien, weil es genau die 1814/1815 beziehungsweise 1871 verlorene Festlandsdominanz zurückerwerben wollte. Gleich England wollte man die französischen Kriegsschulden in den USA an Deutschland „weiterreichen“.

Japan war wegen der pazifischen Kolonialbesitzungen Deutschlands in den Krieg eingetreten, hierzu im Gegensatz forderte China für seine Kriegsbeteiligung Tsingtau. China bekam die geforderte Hafenstadt Tsingtau nicht, weil sie Japan zugeschlagen wurde.

Italien forderte Teile Österreich-Ungarns und der Türkei – weit über die Landstriche hinaus, in denen wenigstens eine italienische Minderheit in der Wohnbevölkerung anzutreffen war. Man hatte auch auf afrikanische Kolonien gehofft, aber die teilten sich Großbritannien und Frankreich auf. Italien sah sich getäuscht. Südtirol, das ehemalige österreichische Küstenland und ein Teil der Krain sowie Zadar in Dalmatien, das Kanaltal und einige Inseln in der Ägäis waren die ganze „Beute“. Die Versprechungen hatten weit mehr verheißen.

Einigkeit konnten die Alliierten bald über die finanziellen Forderungen erzielen. Die Summe der Forderungen wurde immer weiter angehoben, um alle zu befriedigen.

Nicht am Krieg teilnehmende Länder wie Polen und Dänemark wurden „gebeten“, ihre Forderungen zu formulieren. Dänemark wurde angeboten, ganz Schleswig zu annektieren, die Regierung war aber klug genug, sich nach einer Volksabstimmung mit dem überwiegend dänisch besiedelten Nordschleswig zu begnügen. Polen hingegen stellte – kaum daß es seine staatliche Unabhängigkeit wiedererlangt hatte – sehr weitreichende Forderungen und bekam letztlich Gebiete zugesprochen, in denen vor dem Krieg 2,4 Millionen Deutsche gelebt hatten.

Hans Lody

»Greueltat von Tottenham«

Das Scheitern der Revolution von 1905 hatte manchen Oppositionellen des Zarenreiches ins vergleichsweise liberale Großbritannien emigrieren lassen. Zu den Dissidenten, die sich in London niederließen, gehörte auch eine Gruppe lettischer Anarchisten. Um ihren Lebensunterhalt und ihre politische Arbeit finanzieren zu können, wurden sie zu Straftätern, wobei sie auch vor Raubüberfällen nicht zurückschreckten. Vor 100 Jahren begingen sie die erste dieser von ihnen als „Expropriationen“ bezeichneten Straftaten. In die Geschichte ging sie als „Tottenham Outrage“ (Greueltat von Tottenham) ein. Paul Hefeld und Jacob Lapidus überfielen einen Geldtransport mit Lohngeldern für eine örtliche Kautschukfabrik. Die Geldboten leisteten Widerstand, und es fielen Schüsse. Da der Überfall bei einer Polizeistation geschah, war die Polizei schnell zur Stelle. Die Täter flüchteten mit dem Geld, und die Polizisten in der Wache nahmen die Verfolgung auf. Über sechs Meilen erstreckte sich die Verfolgungsjagd. Bei der Flucht erschossen die bewaffneten Täter einen Polizisten und einen unbeteiligten Jungen. Doch auch den Verbrechern wurde ihre Tat zum Verhängnis. Der eine erschoß sich in aussichtsloser Lage selber, der andere wurde angeschossen überwältigt und erlag im Krankenhaus seinen Verletzungen. Heutzutage würde eine derartige Tat wohl weder als Greuel bezeichnet werden noch in die Geschichte eingehen, aber damals war die Gesellschaft noch nicht derart gegen Gewaltkriminalität abgestumpft.

M. R.

Berlin und Cölln werden eins

Vor 300 Jahren befahl König Friedrich I. die Vereinigung zur »Königlichen Haupt- und Residenzstadt«

Spätestens nach der Krönung in Königsberg im Jahre 1701 zeichnete des Soldatenkönigs Vater, der in Preußen als König Friedrich I. und in Brandenburg als Kurfürst Friedrich III. herrschte, ein ausgeprägtes Repräsentationsbedürfnis aus. Im Zuge dessen befahl er vor 300 Jahren die bis dahin umfassendste kommunalpolitische Maßnahme der Stadtgeschichte.

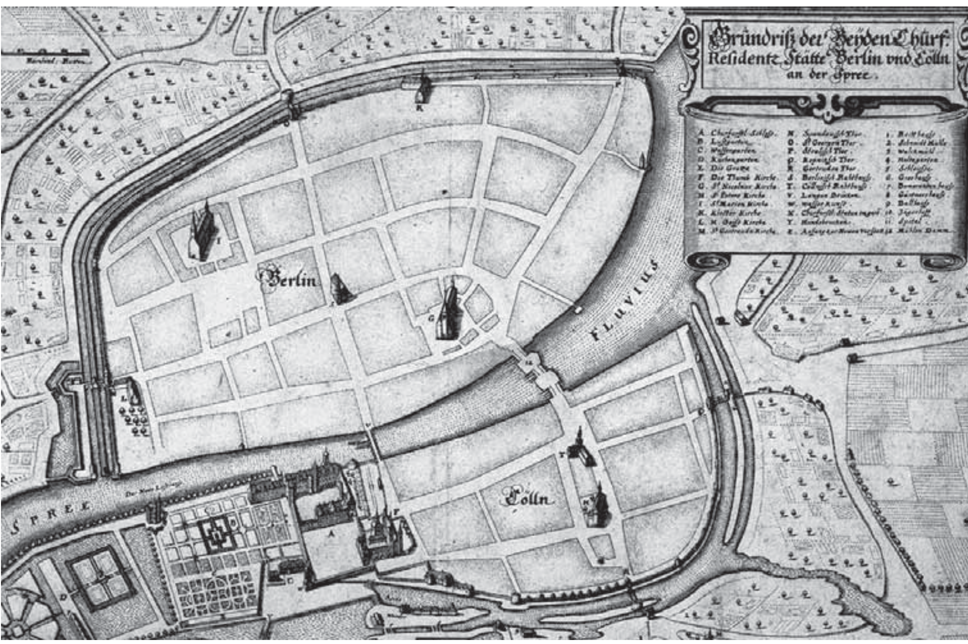
Nach der Krönung baute der erste König in Preußen Berlin zu einer der Metropole eines Königreiches angemessenen Residenzstadt aus. Überhaupt betrieb Friedrich einen sehr aufwendigen Lebensstil. Man mag darüber streiten, ob daraus Luxus- und Verschwendungssucht sprach oder die Überzeugung, wie ein König repräsentieren zu müssen, um innen und außen anerkannt und für voll genommen zu werden.

Jedenfalls drohte sich Friedrich als Herrscher eines vergleichsweise armen Landes mit seinen Repräsentationsaufwendungen zu übernehmen. Der Ausbau des Berliner Residenzschlosses und die Hofhaltung verschlangen Unsummen. Im Jahre 1706 beispielsweise waren für den Hofstaat 364758 Taler und für den Schloßbau 72000 Taler vorgesehen. Die Höhe dieser Ausgaben wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß dieses zusammen fast 22000 Taler mehr waren, als im selben Zeitraum im gesamten Land für die Besoldung aller zivilen Staatsbediensteten ausgegeben wurde.

So wurde auch schon vor dem Regierungsantritt des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. die Notwendigkeit zum Sparen offenkundig. Friedrichs Berater empfahlen ihm deshalb, nicht nur den Hofstaat zu verringern, sondern auch die Verwaltung zu vereinfachen. Neben dem Wunsche des Königs nach einer standesgemäßen Haupt- und Residenzstadt war wohl auch das ein Grund, warum Berlin, Cölln, Friedrichswerder, Dorotheenstadt und Friedrichstadt einschließlich ihrer Verwaltungen zur „Königlichen Haupt- und Residenzstadt Berlin“ mit einem Magistrat zusammengelegt wurden.

Die Pläne dieser angesichts des Zusammenwachsens der Städte auch volkswirtschaftlich sinnvollen Vereinigung reichen in das Jahr 1702 zurück. Die Durchführung stieß jedoch auf Widerstand, weil alle fünf Stadträte um ihre Privilegien fürchteten. So griff der König schließlich zum Mittel des Befehls. Am 18. Januar 1709 und damit am achten Jahrestag seiner Krönung in Königsberg befahl Friedrich die Schaffung einer Einheitsgemeinde Berlin. Zum Sitz der neuen Stadtregierung wurde das Rathaus Cöllns bestimmt, zumindest vorübergehend. Am 8. August 1710 wurde der Grundstein für ein neues Rathaus gelegt. Es wurde in der Breiten Straße nahe dem Cöllnischen Fischmarkt errichtet, am Platz des teilweise abgerissenen alten Cöllner Rathauses. Dieser Ort wurde vom König nicht nur gewählt, weil er „in der Mitte der übrigen Städte“, sondern auch „bey Unserem Residentzschloß gelegen“ ist. Die übrigen Rathäuser blieben als Amtslokale erhalten, um der Bevölkerung weite Wege zu ersparen.

Hatten die fünf Städte vor der Vereinigung 17 Bürgermeistern und 48 Ratsherren Pfründe und Privilegien gesichert, so hatte der neue Magistrat, der an die Stelle der bisherigen Stadtverwaltungen trat, nur 19 Mitglieder. Er bestand aus vier Bürgermeistern, zwei Syndici (Rechtsbeauftragten), drei Kämmerern und zehn Ratsherren.



Berlin und Cölln vor der Vereinigung: Die Karte zeigt die Situation im Jahre 1652. Bild: Bildarchiv preußischer Kulturbesitz

Friedrichs Befehl war nicht nur durch die Zusammenlegung der fünf Städte ein Akt des für den Absolutismus kennzeichnenden Zentralismus, sondern auch durch den starken Eingriff in die städtische Selbstverwaltung mit ihren ständischen Freiheiten. Der Magistrat wurde enger an Herrscher und Gesamtstaat gebunden, als dieses bei den fünf Stadtverwaltungen der Fall gewesen war. Die Magistratsmitglieder waren nämlich keine Ständevertreter mehr, sondern fest besoldete Beamte des Souveräns auf Lebenszeit. Sie sollten je zur Hälfte aus Lutheranern und Reformierten bestehen, so daß die Konfession des Monarchen genauso stark repräsentiert war wie jene der Mehrheitsbevölkerung. Zum Verantwortungsbereich des Magistrats gehörten mit dem Kirchenwesen, den Hospitälern, den städtischen Schulen, der Kämmereiverwaltung und einem Teil des Gerichtswesens nur einige der städtischen Angelegenheiten. Alle anderen Aufgaben fielen in die Zuständigkeit des Gesamtstaates.

Am 1. Januar 1710 trat Friedrichs Vereinigungsbefehl in Kraft. Am 6. Februar 1710 wurden dann die in den fünf Städten benutzten Siegel und Wappen für ungültig erklärt. Das neue große Wappen und Siegel zeigte einen in drei weiße Felder eingeteilten Schild mit dem königlich-preußischen und dem kürfürstlich-brandenburgischen Adler in den beiden oberen und dem Berliner Bär im unteren Feld. Das von Laubwerk umrankte Wappen bekrönt der „Souveraine Churhut“. Damit war die Schaffung der Haupt- und Residenzstadt Berlin nun auch heraldisch nachvollzogen und damit visualisiert. *Manuel Ruoff*

Wegbereiter des Barock

Der Baumeister Johann Arnold Nering wurde nur 36 Jahre alt

Heute findet sich in und um Berlin nur noch wenig vom Schaffen Johann Arnold Nerings. Doch seine Bedeutung für den Übergang zur späteren königlich-preußischen Barockbaukunst sollte nicht unterschätzt werden.

Johann Arnold Nering entstammte einer niederländischen Familie, die sich im 16. Jahrhundert aus konfessionellen Gründen in der kurbrandenburgischen Grafschaft Kleve niedergelassen hatte. In Wesel erwarb sie das Bürgerrecht. Bereits im 17. Jahrhundert stellte die Familie mit dem promovierten Juristen Laurens Nering den Bürgermeister. Dieser Nering heiratete Susanna Knobbe, die ihm am 13. Januar 1659 mit Johann Arnold Nehring einen Jungen gebar. Nering junior trat jedoch nicht in die Fußstapfen seines Vaters, sondern entschied sich für das Bauhandwerk. Nach der Schulausbildung studierte er zunächst in dem Land seiner Vorväter Festungsbaukunst. Mit einem Stipendium des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg vervollständigte er in Italien seine Fachkenntnisse in Technik und Ästhetik. Während dieses Italienaufenthaltes ließ er sich von den Werken des oberitalienischen Renaissancearchitekten Andrea Gondola Palladio (1508–1580) und dessen Landsmanns und Kollegen Francesco Borromini (1599–1667) inspirieren.

1678 erwarb er den Titel eines Ingenieurs. 1685 wurde er zum Baudirektor und Ingenieur-Oberst im Generalstab ernannt. 1688 trat er in die Baukommission zur Anlage der neuen Friedrichstadt für die aus Frankreich vertriebenen Hugenotten ein, in der ihm die Prüfung der Entwürfe für die Bürgerhäuser oblag. Auf dem Grundriß eines Rasterplans entstanden hier über 300 einfache zwei- bis dreigeschossige Wohnhäuser nach einheitlich festgelegter Bauvorschrift. Am 9. April 1691 schließlich erfolgte die Berufung Nerings zum Oberbaudirektor. In dieser Funktion unterstand ihm die Leitung des gesamten staatlichen Bauwesens in Brandenburg-Preußen. Da war Nering erst 32 Jahre alt. Trotzdem blieben ihm nur wenige Jahre: Bereits gut vier Jahre später starb er in Berlin.

König Friedrich I. schätzte ihn sehr

Nichtsdestotrotz schuf Nering in der wenigen ihm zur Verfügung stehenden Zeit manches. Erste Aufmerksamkeit erregte er bereits 1683 mit seinem Entwurf des Leipziger Tores in Berlin zur Glorifizierung des Großen Kurfürsten. Zuvor waren bereits nach seinen Plänen von 1679 bis 1681 die kurfürstlichen Appartements am Berliner Stadtschloß entstanden. Als weitere Werke folgten von 1681 bis 1685 der Alabastersaal sowie von 1685 bis 1690 ein mehrstöckiger Arkadenbau zur Verbindung der Appartements. Zwischendurch entstand von 1682 bis 1685 die heute noch existierende Schloßkapelle in Köpenick, für die Nering im Auftrag des Kurprinzen verantwortlich zeichnete. Am Potsdamer Schloß begann er 1683 mit dem Bau der Seitenflügel; und 1685 schuf er die heute noch erhaltene Orangerie. Das Oranienburger Schloß in der Mark Brandenburg, bei dem es sich ursprünglich um ein Gutshaus handelte, baute er 1688 bis 1691 in eine großzügige Dreiflügelanlage um.

Um die Infrastruktur Berlins machte sich Nering mit der Anlage des Mühlendamms im Jahre 1683 und der von 1692 bis 1694 gebauten Langen Brücke verdient. Letztere verband die alten Stadtkerne Berlin und Cölln mit der Spreeinsel, auf der sich die kurfürstliche Residenz befand, daher auch der spätere Name „Kurfürstenbrücke“ für die Steinkonstruktion.

Mit dem Berliner Zeughaus, dessen Bau er 1695 auf der Grundlage eines Planes des französischen Baumeisters und Architekturtheoretikers François Blondel (um 1618–1686) in die Wege leitete, eröffnete Nering die Bauphase der barocken Repräsentationsgebäude Berlins. 1695 ist auch noch aus einem anderen Grunde von Bedeutung für Nering, aber auch für Berlin. Aus jenem Jahr datiert Nerings Entwurf für das Schloß Lützenburg, mit dessen Bau noch im selben Jahre westlich Berlins begonnen wurde. Das für Kurfürstin Sophie Charlotte geschaffene und später nach ihr benannte Gebäude gehört heute unter der Bezeichnung „Schloß Charlottenburg“ zu den Sehenswürdigkeiten Berlins. Weitere Werke Nerings in Berlin sind die Parochialkirche und der Prunksarkophag des Großen Kurfürsten im Berliner Dom. *M. R.*

Erfolgreich in Ost wie West

Vor 25 Jahren starb der Regisseur Wolfgang Staudte

Der am 9. Oktober 1906 in Saarbrücken geborene Künstler Wolfgang Staudte war „erblich vorbelastet“. Beide Elternteile, sowohl Fritz Staudte als auch dessen Ehefrau Mathilde Firmans, waren Schauspieler. Und bereits als Kind wirkte er bei der Synchronisierung der ersten, US-amerikanischen Verfilmung von Erich Maria Remarques pazifistischem Roman „Im Westen nichts Neues“ mit, ein für ihn, wie es heißt, prägendes Erlebnis.

Trotzdem wollte er zuerst einen technischen Beruf ergreifen. Nach einer Lehre als Autoschlosser nahm er 1923 ein Ingenieurstudium auf, brach es aber noch im selben Jahre ab. Auch ihn zog es nun zu den Brettern, die die Welt bedeuten, genauer an die Wirkungsstätte seines Vaters, die Berliner Volksbühne. Hier engagierte er sich in politischen Stücken gegen den zunehmenden Rechtsextremismus.

Insofern kann es nicht verwundern, daß er sich nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten wie viele linke Künstler mit Gelegenheitsarbeiten durchschlug und zur vergleichsweise unpolitischen Werbung fand. Über letztere gelangte er schließlich zu seinem eigentlichen Metier, dem Film. Über 100 Werbe- und Kurzfilme drehte er, fand dann aber auch als Schauspieler vor die Kamera. Bemerkenswerterweise spielte er dabei auch in dem durchaus politischen Film „Der Choral von Leuthen“ (1933) und dem NS-Propagandafilm par excellence „Jud Süß“ (1940) mit. Für die Spielfilme „Akrobat Schö-ö-ö-n“ (1943) und „Ich habe von Dir geträumt“ (1944) wechselte er dann als Regisseur hinter die Kamera. Nachdem sein nächster Film „Der Mann, dem man den Namen stahl“, auf das Mißfallen der NS-Machthaber gestoßen war, sie ihn sogar verboten hatten, verlor Staudte die vor dem Dienst an der Front befreiende Einstufung als „unabkömmlich“. Daß er trotzdem


Wolfgang Staudte Bild: Staudte

weiter seinem Beruf nachgehen konnte, verdankte er Heinrich George, bei dessen Film „Frau über Bord“ er 1944/45 Regie führte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg schuf Staudte in der Sowjetischen Besatzungszone mit DEFA-Produktionen wie dem ersten deutschen Nachkriegsfilm „Die Mörder sind unter uns“ (1945), „Rotation“ (1948) oder „Der Untertan“ (1951) vielbeachtete hochpolitische Filme, die ganz im Sinne der damaligen Machthaber waren. Trotzdem war „Die Geschichte vom kleinen Muck“ 1953 seine letzte DEFA-Produktion. Staudte, mittlerweile Träger des Nationalpreises für Kunst und Literatur der DDR, scheiterte mit der Verfilmung von „Mutter Courage und ihre Kinder“ an den Einsprüchen Bertold Brechts, mit dem er sich überwarf.

Staudte verließ die DEFA und schließlich auch die DDR. 1956 übersiedelte er nach West-Berlin. Im Westen versuchte er an seine Arbeit in der DDR anzuknüpfen mit Filmen wie „Rosen für den Staatsanwalt“ (1959). Allerdings war das, was seine rechten Kritiker „Nestbeschmutzung“ nannten, damals, sprich vor 1968, in der Bundesrepublik noch nicht so angesagt wie in der DDR. Vor diesem Hintergrund wechselte Staudte in den 60er Jahren in das unpolitische Genre, was ihm wiederum linke Kritiker vorwarfen.

Ab 1970 arbeitete Staudte fast nur noch für das Fernsehen. Zu nennen sind hier die Weihnachtsmehrteiler „Der Seewolf“ (1971) und „Lockruf des Goldes“ (1975) sowie die Serien „MS Franziska“ (1976) und „Der eiserne Gustav“ (1979). Hinzu kamen etliche Folgen der Krimiserien „Der Kommissar“ und „Tatort“.

Der letztlich in Ost wie West erfolgreiche Filmregisseur starb sozusagen in den Sielen. Vor 25 Jahren, am 19. Januar 1984, erlag der DDR-Nationalpreis- und Bundesfilmpreisträger bei Dreharbeiten zu dem fünfteiligen Fernsehfilm „Der eiserne Weg“ in Slowenien einem Herzinfarkt. *M. R.*

Israel wird die Hamas mit Bomben nicht besiegen

Zu: „Die Vergeltung der Vergeltung“ (Nr. 2)

Die Schlagzeilen in den Zeitungen zum israelischen Militäreinsatz lösen weltweit große Besorgnis aus. Der Versuch, diesen Konflikt zu lösen, indem man Wohnviertel bombardiert und Hunderte von Frauen und Kindern ermordet, ist für mich und viele unglaublich.

Gerade heute berichtet ein Reporter aus einer Stadt in Gaza nach einem Bombenangriff: „Ich hörte die Schreie von Frauen und Kindern, es war furchtbar.“ Ausgerechnet die Juden, die unaussprechliches Leid durch die Nazis ertragen mußten, greifen zu solchen Mitteln.

Die Geschichte hat uns gezeigt, daß man mit Gewalt und Bomben Menschen nicht mundtot machen kann. Der Gazastreifen ist eine Enklave und ist von Israel eingeschlossen, wird von Israel kontrolliert und überwacht. Damit war dieser Konflikt voraussehbar, denn er ist nicht der einzige in der Welt. Sogar wir Deutschen hatten eine ähnliche Situation in Berlin, sie wurde mit der Wiedervereinigung gelöst.

Die israelische Armee hat vor zwei Jahren die Hisbollah nicht besiegt. Ich selber wage die Vorhersage, sie wird es auch diesmal mit der Hamas nicht schaffen. Sie werden sich die Verachtung der friedlichen Menschen zuziehen. Auch die Medien sollten den Mut haben, Israel zu kritisieren, denn für viele Menschen, die ich gehört habe, war diese Bombardierung von Frauen und Kindern Völkermord.

Gerhard Radons, Aitach

Nur ein Landstrich Polens

Zu: „Schlesien und Nordrhein-Westfalen kooperieren enger“ (Nr. 48)

Es ist ein Landstrich Polens, der mit NRW kooperiert, aber doch nicht das alte Schlesien. Gerade auch Rüttgers gehört zu denen, für die die Vertreibungen der Deutschen und ihre Leiden nur Beiwerk sind, zu dem sie kein inneres Verhältnis haben. Alles, was irgendwie mit der NS-Zeit und dem Zweiten Weltkrieg zusammenhängt und nicht dem Nievergessen dient, wird unter den Teppich gekehrt. Daß Schlesier, Ostpreußen und Sudetendeutsche wider Völker- und Menschenrecht aus ihrer Heimat vertrieben worden sind, bewegt diese Nachgeborenen nicht. (Es sind für mich „Auch-Deutsche“.)

Matthias Voss, Remscheid

Schuldige Hamas

Zu: „Mitgefühl“ (Nr. 1)

Natürlich Mitgefühl mit allen Opfern! Zum Mitgefühl gehört aber auch der unverstellte Blick auf die Schuld, die gegenwärtig wohl alleine bei der Hamas zu finden ist, die einen perfiden und mörderischen Krieg gegen Israel und letztendlich auch gegen Palästinenser führt, deren vielfache Tötung die Folge der feigen Kampfesführung der Hamas mitten aus der umgebenden Zivilgesellschaft heraus ist.

Stellen wir uns vor, die Alliierten hätten ihre Bombenangriffe auf deutsche Städte mit rechtzeitigen Hinweisen zu lindern gesucht, welche Ziele ihre Bomben finden sollen, und sie hätten dann wirklich auch nur diese ausgewählten militärischen Ziele angegriffen. Da sind die Israelis zu bewundern, die die Zivilisten auf der Gegenseite durch Informationen zu schützen suchen.

Jeder Staat wird zudem seine Bürger zu schützen suchen, so daß auch Israel gar keine andere Wahl hat, als die Vernichtung der Hamas anzustreben, die ihren Staat auslöschen will und mit Raketen beschießt.

Claudia Blätterbaur, Frankfurt / Main



Vorschnelles Urteil: Es ist völlig unklar, ob Passaus Polizeichef Mannichl das Opfer eines „rechten“ Messerstechers wurde. Bild: ddp

Ein Stück DDR

Zu: „Linke fühlt sich verladen“ (Nr. 1)

Die Linke wäre schön blöd, wenn sie aus dem weichen Bett der SPD in Berlin aussteigen würde. Wowereit gibt doch mit Berlin das Vorbild für weitere Koalitionen der SPD mit der Linken. Und es ist doch auch schon eine ganze Menge, was für die Linke erreicht ist, wenn in Berlin Hauptschule, Realschule und Gesamtschule zusammengepfercht werden, das erinnert doch schon reichlich an die DDR. Und es gibt ja auch interessierte Kreise, die Wowereit in der SPD noch weiter „voranbringen“ wollen. Dem wäre doch nicht gedient, wenn die Berliner Linkskoalition platzen würde. Also „verladen“ vielleicht, aber doch nur ein bißchen.

Horst Kivik, Wismar

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muß. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Israel in die EU?

Zu: „Israel bringt die Linke aus dem Konzept“ (Nr. 2)

Ich bin sicher, ich denke wie eine Mehrheit Ihrer Leser: Klaus Rainer Röhl spricht in seinem Artikel vom „zukünftigen EU-Mitglied Israel“: Wenn da jemand testen will, wieweit die Leser der *PAZ* schwarzen Humor verdauen können – mehr als hart an der Grenze! Sollte das aber tatsächlich ernst gemeint sein – liebe Redaktion, lieber Herr Röhl, sind Sie noch zu retten?

René Hoffmann, Essen

Vorverurteilung der Rechten schwächt Rechtsstaat

Zu: „Zunehmend obskur“ (Nr. 2)

Im Fall des Attentats auf den Polizeichef von Passau helfen Fragen zum Attentäter und Tathergang nicht weiter. Alles an der Sache ist kurios und unglaubwürdig. Man muß das Schlimmste befürchten, denn es wird sichtbar, daß im fanatischen Kampf gegen das „Lager der Rechten“ schlechthin die politische Klasse immer schriller manisch-depressive Züge zeigt.

Wie sonst ist es möglich, daß sich die selbsternannten Gutmenschen immer irrwitziger in der Vorverurteilung der Rechten gebärden, obgleich deren Täterschaft noch gar nicht feststeht? Wann wird diesen Bürgern endlich bewußt, daß sie mit solchem Verhalten den demokratischen Rechtsstaat ad absurdum führen und damit ungewollt zu dessen Totengräber werden?

Die Selbstverstümmelung einer Oberschülerin, die sich ein Hakenkreuz in die Wange ritzte, passiert in Halle, die kollektive Neo-Nazi-Beschuldigung der Bürger von Sebnitz, die falsche Schuldzuweisung nach dem Brandanschlag auf eine Synagoge in Köln, die Vorgänge von Grimma und Mittweida und was die Politik mit der Presse im Bunde an rufmörderischen Verleumdungsorgien daraus gemacht hat – das alles sind nicht mehr bestreitbare Zeugnisse einer zutiefst kranken Gesellschaft, die alles andere ist als demokratisch.

Sollte der Fall Mannichl nur annähernd in dieses Raster passen, dann wären die politischen Folgen schlimmer als eine neuerliche Zurückweisung des NPD-Verbotes durch das Bundesverfassungsgericht.

Dieter Bock, Burgstall

Verbrecher und nicht Offiziere

Zu: „Stauffenberg – glattgebürstet“ (Nr. 49)

Unter Claus Schenk Graf von Stauffenberg wird erwähnt, daß er nach seinem mißglückten Attentat von NS-treuen Offizieren gefaßt wurde. Überliefert ist, daß nachdem das Attentat mißglückt war, der Mitverschwörer und Vorgesetzte von Stauffenberg, Generaloberst Fromm, sofort die Seiten wechselte. Der Wehrmachtsleutnant (!) Schady erhielt den Befehl, die Vollstreckung durchzuführen. Seine Mitwisserschaft an der Verschwörung konnte Fromm hierdurch allerdings nicht verheimlichen. Er wurde 1945 nach einem Urteil des Volksgerichtshofs in Brandenburg erschossen.

Welchen Stellenwert die Verschwörer im Ausland hatten, zeigt die Aussage der „New York Times“ vom 9. August 1944, das Attentat vom 20. Juli erinnere mehr an die „Atmosphäre der finsteren Verbrecherwelt“ als an die, welche man „normalerweise vom Offizierskorps eines Kulturstaates“ erwarten könne.

Gebhard Knull, Buxtehude

Pfarrer wollte ein Zeichen setzen

Zu: „Gerechtigkeit für Hans Meiser“ (Nr. 45)

Ich freue mich, daß Sie diesen Beitrag bringen. Ich stimme Ihrer Sicht auf dieses traurige Kapitel zu. Wenn Sie allerdings bestimmte Mängel in der Arbeit des Buchautors beklagen, dann wünschte ich mir, daß Sie an ähnlichen Stellen gründlicher sind. Am Ende des Artikels schreiben Sie: „... die bayrische Landeskirche ... hat ... in diesem Jahr einen Saal nach ihm benannt.“

Nun, es war nicht die bayrische Landeskirche, die diese Benennung vorgenommen hat, sondern Pfarrer Ulrich Wagner von der Carolinenkirche, der dies im ausdrücklichen Widerspruch gegen die Haltung seiner Landeskirche und ihres Bischofs tat. Er hat es getan, um ein Zeichen zu setzen gegen diese unglaubliche Art, einen ehrbaren Menschen zu verunglimpfen. Dieser Umstand hätte eine deutlichere Akzentuierung in Ihrem Artikel verdient.

Kurt Beyer, Dresden

Verhöhnung des Eisernen Kreuzes

Zu: „Das Eiserne Kreuz ist das deutsche Nationalsymbol“ (Nr. 48)

Das Eiserne Kreuz ist in der Tat das Symbol für die Aufopferung für das Vaterland seit seiner Stiftung. Aber nicht für diese Republik, die es ablehnt, die Wehrmacht als Traditionsvorgänger der sogenannten Bundeswehr anzuerkennen.

Daher bin ich der Meinung, es wäre eine Verhöhnung der Ideale des Eisernen Kreuzes, es als Tapferkeitsauszeichnung für Söldnereinsätze zu vergeben, die nichts mit dem Vaterland zu tun haben. Das um so mehr, als eine Gedenkstätte für diese bedauernswerten politischen Opfer in einer Art Hinterhof in Berlin errichtet werden soll.

Mahnmale für meine gefallenen Kameraden sowie der in der Gefangenschaft Umgekommenen und für die Opfer des Bombenterrors, der Vertreibung und Zwangsarbeit und der Opfer der Nachkriegszeit, die sind tabu in dieser Republik. Nicht erwünscht.

Dr. H.-W. Wittmeier, Rösrath

Menschenrechte für Großeltern

Zu: „Menschenrechte“ (Nr. 50)

Ich habe mich oft gefragt, was ein Volk wie das unsere dazu bringen konnte, Menschenrechte für Fremde zu fordern, aber nicht auch für die eigenen Entrechteten. Das ist schon ein Phänomen, das nicht allein aus dem verlorenen Krieg und dem schrecklichen Teil der NS-Hinterlassenschaft zu erklären ist.

Natürlich hat der NS-Staat unverzeihliche Verbrechen begangen, aber das haben andere Staaten auch, und die Opfer des Kommunismus sind gar nicht zu überbieten. Und in jedem Land oder in jeder Ideologie gab es neben Verbrechern eine Vielzahl von Menschen, denen in ihrer Lebensführung nichts, aber auch gar nichts vorzuwerfen ist. Deutschland wurde zwischen 1933 und 1945 nicht von Mördern und Verbrechern bewohnt. Unsere Eltern und Großeltern waren keine anderen Menschen als wir heute. Und selbstverständlich stehen ihnen die gleichen Menschenrechte wie allen anderen zu.

Michael Zerr, Emden

Aus Protest alle Zeitungen abbestellt

Zu: „Signal unser aktivsten Leser“ (Nr. 1)

Seit mehr als zehn Jahren bin ich zufriedener Abonnent der *PAZ*. Obwohl ich keinen familiären Bezug zu den Ostgebieten habe, stand ich dem Anliegen der Heimatvertriebenen immer sehr positiv gegenüber.

Doch als ich die Nummer 1/2009 öffnete, hat mich der Schlag gerührt! Wie ist es möglich, daß eine so niveauvolle Zeitung wie die *PAZ* auch nur erwägt, auf die neue „Schlechtschreibung“ umzusatteln? Da bricht für mich eine Welt zusammen!

Als vor gut zehn Jahren die Medien auf Neuschreib umstellten, habe ich aus Protest alle Zeitungen und Nachrichtendienste abbestellt, die das Grauen mitmachten. Wenn sich die *PAZ* auch anpaßt, muß ich erwägen, das sehr geschätzte Druckerzeugnis ebenfalls abzubestellen. Es würde mir in der Seele wehtun, es gibt aber immer noch Alternativen, die nicht extremistisch sind.

Daß die Mehrzahl der Leserbriefe in Neuschreib verfaßt sein soll, kann ich nur schwer glauben. Ich kenne viele Menschen, die sich der Not gehorchend halbherzig angepaßt haben, aber eben nicht konsequent. Da wird dann ab und an das ß durch ss ersetzt und hier und da, wo es nicht zu stoßend ist, auseinandergeschrieben. Das ist aber nicht echt, weder alt noch neu, das ist eine eigene Hausrechtschreibung nach Gutsherrenart. Chacun à son goût.

Ich wünsche Ihnen viel Weisheit und Fingerspitzengefühl beim Umgang mit dieser Frage. Für die herausragende Qualität der *PAZ* der Vergangenheit möchte ich mich jedenfalls herzlich bedanken.

Andreas Klapproth, Meßkirch

Mit *PAZ* lernen

Zu: „Signal unser aktivsten Leser“ (Nr. 1)

Ich nehme es mit der neuen Rechtschreibung nicht so genau, wende aber an, was sich bei mir an Wissen verfestigt hat.

Ich fände es gut, auch die *Preußische Allgemeine Zeitung* in neuer Rechtschreibung lesen zu dürfen, damit sich meine „richtige“ Schreibweise noch etwas verbessert.

Ich werde aber die *PAZ* auch nicht abbestellen, wenn sie bei der alten Schreibweise bleibt.

Manfred Holzer, Minden

Wenn neue, dann konsequent

Zu: „Signal unser aktivsten Leser“ (Nr. 1)

Ich beziehe mich auf Ihren Artikel, den man auch als Frage auffassen kann. Den Vorschlag, sich der Leserschaft anpassen zu wollen, finde ich sehr gut, und so will ich auch gleich meinen Wunsch äußern: Bleiben Sie bitte bei der herkömmlichen Schreibweise, denn ich denke, daß dies doch von der Mehrzahl der Leser gewünscht wird.

Sollte dies allerdings nicht der Fall sein, dann bitte ich Sie, konsequent die neue Rechtschreibung anzuwenden, wo wir Leser wohl imstande sind, diese ohne einen Übergang aufzunehmen. Das Schlimmste wäre für mich, daß nun auch noch die *PAZ* damit anfinge nach Gutdünken zu schreiben. Also, wenn eine Entscheidung anstehen sollte, dann bitte „entweder oder“.

Ich lese auch als Nichtostpreuße die *PAZ* sehr gerne, die ja auch viele Nichtostpreußen als Abonnenten hat, und wünsche weiter, daß sie auch in Zukunft eine konsequent konservative Zeitung sein wird, die nicht meint, sich auch einen liberalen Anstrich geben zu müssen.

Manfred Weinhold, Hamburg

Das Ostpreußenblatt

Nr. 3 – 17. Januar 2009

MELDUNGEN

Fristende für Entschädigung

Allenstein – Die Antragsfrist bei der Woiwodschaft auf Auszahlung von Entschädigung für Vermögen im sogenannten Ostpolen ist abgelaufen. Es geht um Vermögen, das Personen, die in den Jahren 1944 bis 1952 von den vor dem Zweiten Weltkrieg zu Polen gehörenden Gebieten nach Polen umgesiedelt wurden, zurücklassen mußten. Personen, die es in dieser Zeit nicht geschafft haben, die für eine Entschädigung erforderlichen Dokumente zu besorgen, konnten dennoch den Antrag bei der Woiwodschaftsverwaltung einreichen, und zwar auch auf deren Internetseite. Das mußte bis zum 31. Dezember 2008 geschehen. Die Dokumente sollten so schnell wie möglich nachgereicht werden. Laut Gesetz steht den berechtigten Personen eine Entschädigung von 20 Prozent des Vermögenswertes zu. *PAZ*

Preiserhöhungen im neuen Jahr

Allenstein – In der Kreis- und Woiwodschaftshauptstadt stieg der Preis für einen Kubikmeter Abwasser um 18 Groschen und um gerade 60 Groschen für die Abfallbeseitigung – gab Helena Tomaszewska vom Wasserleitungs- und Kanalbetrieb in Allenstein bekannt. Um 17 Prozent stieg der Strompreis im Gewerbetarif für Firmen. Der Strompreis für Privatkunden ändert sich zur Zeit nicht. Eine Änderung des Gaspreises im ersten Quartal zeige sich bei dem Versorgungsunternehmen nicht, beruhigt die Pressesprecherin der Gesellschaft Joanna Zakrzewska. Stattdessen sollte das zweite Quartal nach Meinung von Frau Zakrzewska sogar die Verminderung des Gaspreises bringen. Die Verbrauchssteuer für Alkoholika und Zigaretten ist gestiegen. Ein halber Liter Schnaps soll einen Zloty (über einen viertel Euro) mehr kosten. Ebenfalls verteuern sich die Zigaretten. Erhöht wird auch die Kraftfahrzeugsteuer für Autos mit einem Hubraum von mehr als zwei Litern sowie die Steuer auf Wein und fermentierte Getränke, was zu einer Verteuerung von etwa 20 Groschen für eine Flasche führen kann. Schließlich müsse man ab März mit höheren Bierpreisen rechnen. *PAZ*

Feier am Rathaus

Allenstein – Etwa 10000 Personen begrüßten das neue Jahr 2009 am Allensteiner Rathaus. Die Teilnehmer der Veranstaltung tanzten. Vor Mitternacht richtete der amtierende Stadtpräsident Tomasz Glazewski Neujahrswünsche an die Allensteiner. Nicht alle in Allenstein begrüßten das Neue Jahr glücklich. Der Rettungsdienst wurde vom Abend bis 7 Uhr in der Frühe 50mal alarmiert. Der Ruf nach dem Rettungswagen betraf hauptsächlich Betrunkene mit Kopfverletzungen. *PAZ*

Memels Burg soll wiedererstehen

Litauens Wirtschaftsministerium bewilligt 20 Millionen Litas für die erste Baustufe des Nationalprojekts

Litauens Wirtschaftsministerium hat 20 Millionen Litas (rund 5,8 Millionen Euro) für die erste Wiederaufbaustufe der Memelburg bewilligt. Vorausgegangen war dem die Grundsatzentscheidung der litauischen Regierung für die Rekonstruktion der ehemalige Burganlage in Memel als einem Projekt von nationaler Bedeutung.



Memels Burg: So soll sich der Bau nach seiner Wiederherstellung in das Stadtbild einfügen. Bild (Fotomontage): privat

Der umfängliche Bauzustand aus dem 17. Jahrhundert gibt die Vorlage für die Rekonstruktion der Anlage. Aufgrund einer intelligenten Raumteilung soll ein multifunktionales Objekt zur vielfältigen Nutzung entstehen. So sollen in dem Gebäude unter anderem die Stadtgeschichte Memels betreffende Teile des „Museums für die Geschichte Kleinlitauens“, Räume für historische Bildung, ein Konferenzzentrum und Repräsentationsräume der Stadtverwaltung ein Touristeninformationszentrum, sowie ein Zentrum für historische Handwerkkünste und Verkaufstände für Erzeugnisse des Handwerks untergebracht werden.

Die Gesamtkosten des Wiederaufbaues belaufen sich nach einem ersten Kostenvoranschlag insgesamt auf 141416708 Litas (gut 41 Millionen Euro). Dieser Betrag setzt sich größtenteils zusammen aus 2818452 Litas (etwa 820000 Euro) für archäologische Forschungen, 70725095 Litas (zirka 21 Millionen Euro) für den Wiederaufbau des Burggebäudes, 21375621 Litas (rund sechs Millionen Euro) für den Wiederaufbau der Bastionen und Kasematten, 43444729 Litas (fast 13 Millionen Euro) für die Rekonstruktion des Burggrabens und 3052811 Litas (über 890000 Euro) für die Vorbereitung des Areals für öffentliche Veranstaltungen.

Als Ergebnis einer Machbarkeitsstudie in Verbindung mit einer Rentabilitätsprüfung wurde ein Vorentwurf der Ausführungsplanung erstellt, danach ist zuerst der Wiederaufbau ohne Rekonstruktion des Burggrabens vorgesehen. Der erste Bauabschnitt, der bereits kommendes Jahr beginnen soll, beinhaltet die Gestaltung zum einen der rekonstruierten Bastionen für die museale und öffentliche Nutzung und zum anderen der Burgräume als Konferenzzentrum mit einem Empfangssaal der Stadtverwaltung.

Geplant ist, diesen ersten Bauabschnitt bis zum Jahr 2013 abzuschließen, da gerade die repräsentativen Räumlichkeiten bereits für offizielle Veranstaltungen im Rahmen der litauischen EU-Präsidentschaft im Jahr 2013 vorgesehen sind.

Auf baufachliche Risiken in Verbindung mit der Erreichung des zeitlich sehr ambitionierten Ziels sowie auf die Sicherung und Erforschung von bau- und kunsthistorisch wertvollen Teilen des Areals wurde unter anderem von Archäologen und Historikern hingewiesen. Hier heißt es, möglichst wenig Kompromisse eingehen. Eine abgestimmte Vorgehensweise, die eine Erforschung auch noch in der Nutzungsphase zuläßt, erscheint akzeptabel. Ähnliche Projekte mit Überbauungen historischer Grabungen sind bereits aus Hamburg und Riga bekannt. Der Verzicht auf eine intensive und sicherlich langwierige Grabung und Sicherung vor dem Wiederaufbau ist aus Sicht der Bodendenkmalpflege ein gewisses Risiko und wird zur Zeit diskutiert und wohl bewußt in Kauf zu nehmen sein.

Aus Sicht aller Beteiligten gilt es nun zu versuchen, dem Projekt „Wiederaufbau der Memelburg“ Unterstützungen auf allen Ebenen zu verschaffen. Hierbei ist insbesondere eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den archäologischen Forschungen, der Projektierung des Bauvorhabens, dem technologischen Knowhow beim Wiederaufbau sowie der Sicherstellung der Finanzierung zu nennen.

Nicht nur in Memel hofft man, daß die älteste Stadt Ostpreußens auf ihrem Gründungsterrain wieder die ehemals stolze Memelburg als Wahrzeichen zurückerhält.

H.-J. Froese / Vladas Zulkus

Weitere Informationen beim Heimatkreisvertreter Memel-Stadt, Hans-Jörg Froese, Phoebener Chausseestraße 10, 14542 Werder-Phöben, E-Mail: hjfroese@web.de.

Die Geschichte der Memelburg

In der nur dünn besiedelten Region um die spätere Stadt Memel, bis etwa zum heutigen Heydekrug lebten ursprünglich livländische und kurische Stämme. Südlich davon befand sich das Siedlungsgebiet der Prußen. Östlich der Kuren und Schalauer waren litauische Stämme seßhaft. Diese Landschaften zu beiden Seiten der unteren Memel waren dann später der nordöstlichste Zipfel des Deutschen Reiches, ein Teil Ostpreußens.

Zu Beginn des 13. Jahrhunderts begann der Schwertbrüderorden mit der Eroberung von Livland. Erst drei Jahrzehnte später erschien der Deutsche Orden. Er begann seine Eroberung im späteren Westpreußen, im Kulmer Land, und eroberte bis 1283 das nur dünn besiedelte Prußenland bis zur Memel. Anfangs war ein gemeinsames abgestimmtes Vorgehen beider Orden wohl nicht geplant, doch ist es verständlich, daß beide schließlich eine Verbindung zwischen dem livländischen Gebiet und dem in Eroberung befindlichen Prußenland herstellen wollten. Der livländische Ordenszweig errichtete daher 1252 mitten in der Wildnis eine hölzerne Burg als Brücke zwischen den beiden Ordensländern. Die Burg stand am Haffufer, etwa am heutigen Festungsgraben, wo der Fluß Dange in mehreren Armen einmündete. Das Haff wurde als breite Mündung des Memelstromes angesehen und so nannte man die Burg „Mummelburgk“.

Bereits 1253 wurde die Holzdurch eine Steinburg ersetzt, die man wegen des schlechten Untergrundes etwas weiter landeinwärts setzte. In der Nähe der Burg entstand eine Siedlung, die „Memel“ genannt wurde. Diese Siedlung bekam als Stadt im Jahre 1257 lübisches, später kulmisches Recht. Ebenfalls 1253 bestimmte der Bischof von Kurland und der Orden die Grenzen des Memeler Stadtgebietes. Nach der Unterwerfung der Schalauer konnte über einen schmalen Küstenstreifen eine Landverbindung zwischen dem nördlichen und südlichen Ordensgebiet hergestellt werden. In den Folgejahren kam es immer wieder zu Angriffen. So belagerten die Samen 1255 die Burg erfolglos, und 1323 eroberte der litauische Fürst Gedmin die Stadt Memel, konnte aber die Burg nicht überwinden.

Im Jahre 1328 trat der Schwertbrüderorden die Stadt Memel samt Burg und umliegenden Ländereien an den Deutschen Orden ab. Es erfolgte nun auch hier eine neue Siedlungstätigkeit. Da aber nur wenige deutsche Bauern in das entlegene Gebiet kamen, wurden den Kuren herangezogen und germanisiert. Die wenigen Litauer, die im 13. und 14. Jahrhundert einwanderten, waren Flüchtlinge, die wegen ihres Übertritts zum christlichen Glauben aus dem damals noch heidnischen Litauen vertrieben wurden.

Stadt und Burg wurden 1379 durch litauische Stämme zerstört. Der Deutsche Orden verlor 1410 gegen eine Übermacht der seit 1386 vereinigten Polen und Litauer die Schlacht bei Tannenberg, nach einem weiteren Krieg wurde im Jahr 1422 der Frieden am Melno-See geschlossen. In diesem Friedensvertrag wurde die nördliche und östliche Grenze des Ordensstaates festgelegt, wie sie fortan bis zum Jahre 1919 Bestand hatte. 1459 eroberten wiederholt Polen, Litauer und auch Szameiten Memel, während gleichzeitig Danziger die Küste blockierten. Vereinigte Königsberger, Danziger und Elbinger plünderten 1464 die Stadt, nicht jedoch die Burg, von der Seeseite her.

Nach der Säkularisierung des Ordensstaates wurden die Hauptämter Memel, Tilsit und Ragnit eingerichtet, wobei die Stadt Memel zum Regierungsbezirk Königsberg gehörte. 1626, im schwedisch-polnischen Krieg wurde Memel Garnison des preußischen Herzogs, der als polnischer Lehnsmann gegen die Schweden kämpfen mußte. 1629 wurden die Stadt und nunmehrige Zitadelle, vormals als Burg bezeichnet, auf sechs Jahre den Schweden überantwortet. In Europa wütete zu dieser Zeit der Dreißigjährige Krieg. Im Nordischen Krieg 1678 griffen die Schweden Memel erneut an. Die Stadt wurde eingeäschert, die Zitadelle konnte sich behaupten. Im Siebenjährigen Krieg (1757) wurde die Festung Memel nach mutiger Gegenwehr von den Russen erobert und erst 1762 wieder preußisch.

Anschließend büßte die Burg mehr und mehr ihre strategische Bedeutung ein und verfiel zusehends. 1821 waren noch zwei der fünf Türme erhalten, am Ende des 19. Jahrhunderts wurden die letzten Mauerreste abgerissen, zumal man im Jahre 1865 mit dem Bau einer neuen Festung in Süderspitze auf der schräg gegenüberliegenden Kurischen Nehrung begonnen hatte. *H.-J. Froese*

Prominenter Ort

Sudeten-Ausstellung in Stuttgart

An einem besonders repräsentativen Ort wird derzeit die Ausstellung „Die Sudetendeutschen – eine Volksgruppe in Europa“ gezeigt. Im Foyer des Stuttgarter Rathauses ist die aus 104 Tafeln bestehende Dokumentation noch bis 23. Januar zu sehen. Bei der Eröffnung konnte Harald Wenig von der Egerländer Gmoi etliche Ehrengäste, darunter die Bürgermeisterin Gabriele Müller-Trimbusch, den Landtagsabgeordneten Reinhard Löffler und einen Vertreter des Innenministeriums begrüßen. Bürgermeisterin Müller-Trimbusch begrüßte die Entscheidung der Bundesregierung für ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin. BdV-Vizepräsident Albrecht Schläger betonte vor den knapp 200 Gästen die versöhnliche Gesamtaussage der Ausstellung, die aber nicht auf Kosten der historischen Wahrheit gehe. Albert Reich wünschte, daß möglichst viele Schulklassen die Ausstellung anschauen würden. Im Anschluß an die musikalisch umrahmte Eröffnung beantwortete der Autor der Ausstellung Fragen der Besucher und erläuterte besonders interessante, weil erstmalig dargestellt Aspekte. – Die Arbeit, die auch die Vertreibung der Deutschen aus den Oder-Neiße-Gebieten berührt, gibt es auch in Buchform. *PAZ*

»Schulklassen sollten sich das ansehen«

Der Katalog „Die Sudetendeutschen – eine Volksgruppe in Europa“ (146 S.) ist für 14,90 Euro zu bestellen beim Sudetendeutschen Rat in München, Hochstr. 8, 81669 München.

Erinnerung wird ausgelöscht

Im Zuge einer Kreisreform verschwand kürzlich »Niederschlesien« von der Landkarte

Sowohl in polnischen als auch in deutschen Darstellung wird die deutsche Geschichte Schlesiens oft unterschlagen. Während im heute polnischen Schlesien die Geschichte bei Stadt- und Bäderprospekten oft recht subtil verfälscht wird, ist nunmehr im bei Deutschland verbliebenen Rest-Schlesien mehr oder weniger lautlos ein regelrechte Geschichtslöschung über die Bühne gegangen. Die Gründe sind in mangelnder deutscher Souveränität und nationaler Würde zu suchen.

Zunächst aber ein Blick in die polnischen Prospekte ehemals deutscher Gemeinwesen. Jahrzehntelang sperrte man sich beim Gebrauch deutscher Namen für Orte, Flüsse, Berge, Sehenswürdigkeiten. Diese Kröte ist inzwischen polnischerseits geschluckt worden, feiert allerdings nun absurderweise bei deutschen Sendern fröhliche Urständ.

Die Vertreibung selbst wird aber weiterhin nur selten beim Namen genannt. Da heißt es einmal: „Nach der Befreiung erfolgte eine neue Besiedlung.“ An anderer Stelle wird ausgeführt: „1945/46 kehrten die Deutschen in ihr Vaterland zurück.“ Oder: „Die Geschichte der vergangenen Jahrhunderte brachte eine Vermischung der deutschen und polnischen Kulturen mit sich.“

Diese Beispiele verdeutlichen, daß wir immer noch am Anfang der deutsch-polnischen Beziehungen stehen. Aber welcher verantwortungsvolle deutsche Politiker wagt sich in diese für das deutsch-polnische Verhältnis so wichtigen „Niederungen“? Jahrzehntelang hat die deutsche Politik diese Geschichtsfälschungen mit bloßer Liebedienerei beantwortet. Erst wurde uns „Mitteldeutschland“ für „Ostdeutschland“ verkauft, und heute werden die Ostgebiete des Deutschen Reiches als Mittel- oder Osteuropa bezeichnet. In letzter Konsequenz würde das bedeuten, daß unsere Vertreibung „aus Polen“ erfolgte.

Nun aber zurück zu den skandalösen Vorgängen im deutschen Restschlesien. Ungeachtet massiver Proteste, unzähliger Resolutionen, Unterschriftsaktionen und Anhörungen am Ort usw. beschloß der sächsische Landtag im „Gesetz zur Neugliederung des Gebietes der Landkreise des Freistaates Sachsen“ mit 65 zu 59 Stimmen die Auslöschung des bisherigen „Niederschlesischen Oberlausitzkreises“: Die niederschlesische Region mit immerhin 2475 Quadratkilometern westlich der Görlitzer Neiße und identitätsstiftender Ausstrahlung für alle Schlesier, wurde, was den amtlichen Namen betrifft, am 1. August 2008 aus dem bundesdeutschen Gedächtnis gelöscht. Als neuer Name ziert jetzt der „Görlitzkreis“ die Ortsschilder. Amtlich abgeschmettert wurde auch der in diesem Zusammenhang von den Schlesiern, zumindest für die Stadt Görlitz, erbetene Zusatz „Görlitz/Niederschlesien“.

Hätte man sich hier nicht an den Verantwortlichen der Weimarer Republik ein Vorbild nehmen können? Diese richteten, vornehmlich zum Namenserhalt, nach dem Versailler Diktat und dem weitgehenden Verlust von Posen und Westpreußen die „Grenzmark Posen-Westpreußen“ ein. *Peter Großpietsch*

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist schon so, daß manche Steine erst nach Jahr und Tag ins Rollen kommen. Das ist vor allem dann der Fall, wenn Nichtleser unserer Zeitung im Internet auf die *PAZ* und damit auch auf unsere „Ostpreußische Familie“ stoßen und dort Berichte finden, die sie interessieren. Meistens geht es dabei um Familienforschung, und zum großen Erstaunen liest so mancher dann unverhofft seinen Sippennamen oder den des Heimatortes der ostdeutschen Vorfahren. Also wird nachgefragt, und dann – beginnen zumeist die Schwierigkeiten, jedenfalls für uns. Denn viele Veröffentlichungen liegen lange Jahre zurück, die betreffenden Unterlagen sind nicht mehr vorhanden, die damaligen Informanten nicht auffindbar. Viel Arbeit also, die durch den langen Zeitabstand nicht immer zum Erfolg führt. Da muß man dann neu ansetzen, und das werden wir in unserem ersten Fall, den wir in dieser Kolumne behandeln, auch tun.

Es geht um das am Kurischen Haff gelegene Dorf Haffwerder, früher Agilla, Kreis Labiau. Von dort stammt vermutlich der Großvater von Herrn **Michael Depkat-Jacob**, über den sein Enkel so gut wie nichts weiß. Nur soviel: Großvater **August Depkat** wurde am 24. Dezember 1918 wahrscheinlich in Agilla geboren. Bisher hat die Familie auch kaum Nachforschungen nach dem ostpreußischen Großvater betrieben, obgleich sie gerne etwas über Herkunft und frühe Lebensjahre von August Depkat wissen möchte. Man wußte wohl auch nicht, wie und wo man mit der Familienforschung beginnen sollte. Diese ist aber vor allem für seinen Enkel zu einer Herzensangelegenheit geworden, wie Herr Depkat-Jacob schreibt, der wenigstens eine vage Vorstellung von der Zeit bekommen möchte, die August Depkat als Kind und junger Mensch in seiner Heimat am Kurischen Haff verbrachte. Nun stieß er im Internet auf die Folge 2 der *PAZ / Das Ostpreußenblatt* vom 15. Januar 2005. Genau vor vier Jahren also hatte ich in unserer „Ostpreußischen Familie“ über die Erfolge berichtet, die unser Leser **Hans-Georg Leber** aufgrund einer einzigen Suchfrage zu verzeichnen hatte. Der ehemalige Forstlehrling des bekannten Oberforstmeisters **Hans Kramer** im Staatsjagdgebiet Elchwald hatte nach ehemaligen Freunden und Bekannten aus Haffwerder gesucht und sehr viele Zuschriften und Anrufe erhalten. Der Höhepunkt war dann der überraschende Besuch eines ehemaligen Kollegen, der wie Herr Leber ebenfalls Forstlehrling bei Kramer gewesen war.

Das nur noch einmal zur Erinnerung. Was Herrn Depkat-Jacob aber nun am meisten interessierte, war die Erwähnung einer Plankarte von Haffwerder, in der alle 110 Wohnhäuser mit den Namen ihrer Besitzer eingetragen waren. Diese Karte hatte Herr Leber von einer Leserin bekommen. Vielleicht war auf diesem Lageplan auch das Haus der Familie Depkat verzeichnet, wenn diese aus Haffwerder stammen sollte? Mit dieser Frage wandte sich nun Herr Depkat-Jacob an mich und bat um eine Kopie der Karte, die ich aber leider nicht habe. So kann ich nur hoffen, daß Herr Hans-Georg Leber sie noch besitzt oder die – mir unbekannt gebliebene – Leserin, die damals den Plan an Herrn Leber sandte. Sicherlich wird die Karte sich einfinden, aber es bleibt die Frage, ob der Name „Depkat“ auf ihr verzeichnet ist. Deshalb müssen wir den möglichen Informantenkreis erweitern auf die ehemaligen Bewohner von Haffwerder / Agilla. Immerhin hatte der Ort 900 Einwohner, da dürfte sich wohl noch jemand finden, der die Familie Depkat oder sogar den Vater des Suchenden kannte. Auch die Bewohner der in der Umgebung von Hindenburg liegenden Ortschaften sind gefragt. Dem Namen nach stammt die Familie mit großer Wahrscheinlichkeit aus dieser Gegend. Ich würde mich freuen, wenn der Enkel etwas über die Herkunft seines Großvaters und das Stammland der Familie erfahren könnte, zumal seine Anfrage sehr bescheiden und fast zögerlich war. Er kennt eben unsere Ostpreußische Familie nicht – das dürfte sich jetzt ändern. (Michael Depkat-Jakob, Drachenseestraße 8 in 81373 München, E-Mail: michael.depkat-jakob@adac.de.)

Ich bemühe mich ja, – fast –jeden Wunsch zu erfüllen, aber bei manchem muß ich passen, weil er sich beim besten Willen nicht realisieren läßt. So ergeht es mir leider mit den schönen, alten Aufnahmen, die uns Herr **Karl Weiß** aus Freiberg zusandte mit der Bitte, sie zu veröffentlichen. Herr Weiß sammelt alles über Drengfurt, denn er ist ein Sohn der kleinen Stadt, 1944 dort geboren. Es ist eine Sammlung von den Drengfurtern für die Drengfurter, wie er schreibt, Teile sind im Internet unter www.drengfurt.de zu sehen. Nun besitzt Herr Weiß einige alte Atelieraufnahmen, die er nicht einordnen kann, weil die darauf abgebildeten Personen unbekannt sind. Diese müßten in Drengfurt oder Umgebung gewohnt haben, leider sind die Vorbesitzer der Fotos unbekannt. Herr Weiß bittet uns nun, alle fünf übersandten Aufnahmen zu veröffentlichen, damit er die Fotos zuordnen kann – falls jemand eine Verwandte darauf erkennen will, denn es handelt sich ausschließlich um Frauenbildnisse. Die Damen sind zumeist blütenweiß gekleidet, die Haare onduliert – man riecht direkt die Brennschere. Nun kann ich hier an meinem streng bemessenen Platz nicht fünf Aufnahmen von einem Einsender veröffentlichen, außerdem sind die meisten Fotos unscharf, die Gesichter verschwommen. Und auf die kommt es ja schließlich an, obgleich ich bezweifle, daß es überhaupt möglich ist, nach fast 100 Jahren irgendwelche Verwandten, die man nie gesehen hat, auf diesen schwachen Aufnahmen zu erkennen. Ein Bild wollen wir heute und hier bringen, das einer älteren Frau mit strengem Scheitel, das für ein Leben in Pflicht und Sorge spricht – Sinnbild für unsere hart arbeitenden Großmütter. Die Aufnahmen wurden nur zum Teil in Drengfurt (**Antonie Biedritzki**) gemacht, die anderen stammen aus Insterburger oder Königsberger Ateliers. Ein zweites Bild habe ich noch zurück behalten, weil es interessante Details bietet, doch darüber dann später. Wer sich für die Drengfurter Sammlung und die alten Fotos interessiert, wende sich bitte an Herrn Karl Weiß, Mendelejewstraße 26 in 09599 Freiburg, Telefon (03731) 72516, E-Mail: belkawodgor@gmx.de.



Wer kennt diese Frau? Wer etwas zu diesem im Drengfurter Atelier Biedritzki gemachten Foto zu sagen weiß, wende sich an Karl Weiß, Mendelejewstraße 26 in 09599 Freiburg, Telefon (03731) 72516, E-Mail: belkawodgor@gmx.de. Bild: privat

Wie unsere Familie mitdenkt, mitmacht, dafür bekam ich jetzt wieder einmal ein schönes Beispiel. Es ging um den Friedhof in Rauschen, auf dem sich das Grab des Arztes Dr. **Paul Otto Ehlert** befinden soll. Inzwischen hat sich ja herausgestellt, daß es sich um den Friedhof in dem nahen Sankt Lorenz (Salskoe) handelt. Jedenfalls bat Frau **Ilse Meier** aus Bad Salzuflen ihre Königsberger Freundin, den Friedhof in Rauschen aufzusuchen. Was diese auch tat, aber sie hat ihn nicht gefunden, meint, er sei nicht mehr vorhanden. Diese Freundin wohnt jetzt mit ihren Großeltern in Königsberg-Maraunenhof. Der Name der beiderseits vom ehemaligen Bismarckplatz gelegenen Straße war Ernst-Wichert-Straße – jetzt Gogolja Straße 1-2. Das Eckhaus, eine alte Villa, ist sehr schön, im Flur gibt es Fresken. Wer kennt die Villa und kann etwas über den früheren Besitzer sagen? (Ilse Meier, Bergstraße 82 in 32108 Bad Salzuflen.)

„Die Liste der zeitnahen Ansprechpartner wird immer dünner!“ So bilanziert unser Landsmann **Manfred Ferkau** aus Burgdorf seine bisher vergebliche Suche nach möglichen Informanten über seine väterliche Linie, was meine Erfahrungen nur bestätigt. Seine Kinder fordern von ihm eine „Aufschreibung seines Lebens“ und damit auch die seiner Herkunft. Er bittet uns, ihm dabei zu helfen. Als bisheriger Nichtleser unserer Zeitung erhielt er den Rat, sich an uns zu wenden, vom Standesamt in Burgdorf. Sicherlich hat sich Herr Ferkau das auch einfacher vorgestellt, und ihm wird der Weg neu sein, den wir mit unserer Ostpreußischen Familie beschreiten. Aber es dürfte der einzig richtige sein, damit die weißen Flecken in seiner Biografie ausgefüllt werden können. Geboren wurde Manfred Fritz Ferkau am 24. März 1942 in Sandlack, Kreis Bartenstein, als Sohn von **Elsabeth** Ferkau, * 7. Mai 1922 in Kaydann-Lindenau, Kreis Gerdauen. Über seinen leiblichen Vater ist kaum etwas bekannt, selbst sein vermutlicher Name **Fritz Meier** (**Maier**, **Meyer**) ist nicht belegt. Er soll angeblich im ebenfalls im Kreis Bartenstein gelegenen Landskron gelebt und noch vor der Geburt seines Sohnes gefallen sein. Die Mutter hat am 5. Dezember 1944 auf dem Standesamt Bartenstein **Max Kullak** geheiratet. Die junge Frau verstarb allerdings schon im Frühjahr 1945 in Marienburg, wohl auf der Flucht. Vor ihrem Tode soll sie ihrer Schwester den Namen des Vaters ihres Sohnes mitgeteilt haben, den sie bisher wohl verschwiegen hatte. Manfreds Großmutter **Anna** will auch eine Todesanzeige des vermutlichen Vaters in einem Gesangbuch (ihrer Tochter?) gesehen haben. Das ist alles, was Herr Ferkau weiß. Das ist mager, aber doch nicht so dünn, wie es scheint. Denn anhand der Ortsnamen kann man nach alten Bekannten und Nachbarn suchen, allerdings handelt es sich um einen begrenzten Personenkreis. Denn Sandlack war ein Gut, und es ist anzunehmen, daß Elisabeth Ferkau dort beruflich tätig war. Eine Schwangerschaft wird nicht unbemerkt geblieben sein, zumal das Kind auch dort geboren wurde. Es dürfte sich auch nicht um eine flüchtige Verbindung gehandelt haben, denn das Kind bekam ja als zweiten Vornamen den seines Vaters Fritz. Wenn dieser aus Landskron stammte, so dürften ehemalige Bewohner des nahe Bartenstein gelegenen Dorfes – falls sie diese Zeilen lesen – erinnern, ob es dort eine Familie Meier gegeben hat. Vielleicht sogar an den so früh Gefallenen, dessen Soldatentod ja durch eine Anzeige bekannt gemacht wurde. Herr Ferkau möchte so gerne etwas über seinen Vater und die Familie erfahren, vielleicht hatte dieser Geschwister oder andere Verwandte? Ein Rentner, der so spät nach seiner Herkunft sucht – helfen wir ihm, wenn wir es können. (Manfred Fritz Ferkau, Husarenweg 15 in 31303 Burgdof, Telefon 05085/981963.)

Ruth Geede Bild: Pawlik

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren ...

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kriszun, Gertrud, geb. **Pommerenke**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schulstraße 28, 98669 Veilsdorf, am 21. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Ipach, Frieda, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, jetzt Potsdamer Straße 49, 33719 Bielefeld, am 24. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dohrmann, Elisabeth, geb. **Laatsch**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Ezzilostraße 1, DRK-Altenheim, 91315 Höchstädt a. d. Aisch, am 25. Januar

Korinth, Hildegard, geb. **Hagen**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Kalkbrennerstraße 46, 23562 Lübeck, am 23. Januar

Mast, Otti, geb. **Klenzan**, aus Skottau, Kreis Neidenburg, jetzt Mölleney-Straße 28, 45289 Essen, am 21. Januar

Raschpichler, Christel, geb. **Grönert**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Ezzilostraße 1, DRK-Altenheim, 91315 Höchstadt / Aisch, am 23. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Döring, Edith, geb. **Stattaus**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, jetzt Essener Weg 1, 35428 Langgöns, am 19. Januar

Janowski, Erika, geb. **Bahr**, aus Lyck, jetzt Eiderstedter Straße 8, Paul-Gerhardt-Haus, 25832 Tönning, am 20. Januar

Rimasch, Erna, geb. **Quade**, aus Brandenburg am Frischen Haff, jetzt Birkenweg 8, bei Büchler, 27721 Ritterhude, am 28. Dezember

Steppuhn, Helene, geb. **Senftleben**, aus Liekeim, Kreis Bartenstein, jetzt Auf der Heide 5, 31303 Burgdorf, am 25. Januar

Westphal, Hildegard, geb. **Dolenga**, aus Lyck, und Kleschen, Kreis Treuburg, jetzt Warburghof 3, 30627 Hannover, am 20. Januar

Zink, Maria, geb. **Potreck**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Siebenbürgenweg 51, 40591 Düsseldorf, am 20. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gyzas, Gisela, geb. **Trojan**, aus Jürgenau, Kreis Lyck, jetzt Lavener Straße 65, 27619 Schiffdorf, am 22. Januar

Marx, Lina, geb. **Böhnke**, aus Tapiau, Uferstraße, Kreis Wehlau, jetzt Fritz-Remy-Straße 11, 63071 Offenbach, am 21. Januar

Siepe, Karl, aus Wehlau, Neustadt, jetzt In der Helle 9, 58553 Halver, am 25. Januar

Tregel, Herta, geb. **Joswig**, aus Königswalde, Kreis Lyck, jetzt An der Schwärz 12, 97447 Gerolzhofen, am 21. Januar

Wackermann, Anna, aus Bobern, Kreis Lyck, jetzt Am Fahrenstück 2, 58791 Werdohl, am 23. Januar

Weinand, Elfriede, geb. **Druskat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Am Kapellchen 15, 56283 Nötershausen, am 21. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Damm, Ottilie, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Carl-Maria-von-Weber-Straße 45, 24768 Rendsburg, am 22. Januar

Erbskorn, Hildegard, geb. **Arlart**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Martin-Luther-Anl. 8, 63450 Hanau, am 21. Januar

Pißowotzki, Martha, geb. **Roslan**, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, jetzt Ringstraße 46, 42929 Wermelskirchen, am 22. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Arndt, Mathilde, geb. **Berger**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Turmstraße 58 E, 58099 Hagen, am 13. Januar

Brosch, Bruno, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Muthesiusweg 10, 60488 Frankfurt/M., am 21. Januar

Funk, Paul, aus Sorthenen, Kreis Samland, jetzt Dorfstraße 9, 23812 Wahlstedt, am 10. Januar

Hümmeke, Auguste Charlotte, geb. **Heinrich**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Mühlenweg 5, 35108 Allendorf / Eder, am 21. Januar

Ohnesorge, Erwin Georg, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Tilsiter Straße 63 c III, 22047 Hamburg, am 22. Januar

Scharnowski, Friedrich, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Gravensteiner Platz 3, 60435 Frankfurt, am 23. Januar

Schlüter, Irmgard, geb. **Schmidt**, aus Rehbusch, Kreis Ebenrode, jetzt Baselerstraße 19, 12205 Berlin, am 12. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Panne, Annemarie, geb. **Pruess**, aus Ebenrode, jetzt Karpendeller Weg 17, 40822 Mettmann, am 25. Januar

Zander, Auguste, geb. **Hochleitmer**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Henschelstraße 21, 34127 Kassel, am 19. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Borowsky, Gertrud, geb. **Jonath**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Rimbachstraße 28, Seniorenheim, Zimmer 230, 98527 Suhl, am 24. Januar

Ehlers, Anna-Maria, geb. **Höpfner**, aus Neukuhren, Kreis Samland, jetzt Märkische Straße 44, 58239 Schwerte, am 19. Januar

Fürst, Heinz, aus Wehlau, Nadolnystraße, jetzt Am Swatten Diek 9, 27476 Cuxhaven, am 24. Januar

Hoffmann, Konrad, aus Koppershagen, Kreis Wehlau, jetzt Hamelstraße 19, 61350 Bad Homburg, am 25. Januar

Hübner, Lottlore, geb. **Muth**, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, jetzt Langenbusch 12, 24306 Plön, am 20. Januar

Wedlewski, Artur, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Am Altnekkar 34, 71691 Freiberg, am 24. Januar

Zywietz, Ella, geb. **Roschkowski**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt Gerhart-Hauptmann-Weg 30, 30659 Hannover, am 19. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ahrens, Rosemarie, geb. **Pannewitz**, aus Wehlau, Neustadt, jetzt Hochgrat 8, 87493 Lauben, am 21. Januar

Artmeier, Margret, geb. **Lindenblatt**, aus Eichenstein, Kreis Wehlau, jetzt Goldmarkstraße 29, 80937 München, am 24. Januar

Bendig, Helmut, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Gartenstraße 4, 28832 Achim, am 20. Januar

Bethlehem, Gertrud, geb. **Brosda**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Birkenpfad 4, 59821 Arnsberg, am 22. Januar

Boskamp, Annelore, geb. **Job**, aus Lyck, R-Bahnhof, jetzt Bücherweg 14, 63477 Maintal, am 21. Januar

Bullerdiek, Elisabeth, geb. **Orzessek**, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, jetzt Am Hallacker 24 a, 28327 Bremen, am 22. Januar

Dickschas, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Karlsruher Straße 2 E, 23568 Lübeck, am 22. Januar

Dinse, Luise, aus Lyck, jetzt Holtenauer Straße 16/I., 24105 Kiel, am 23. Januar

Fleischauer, Liesbeth, geb. **Kempka**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Leipziger Straße 7, 31515 Wunstorf, am 20. Januar

Freiheit, Ilse, geb. **Möller**, Wehlau, Essener Straße, jetzt Dr.-Schwendtner-Straße 31, 17235 Neustrelitz, am 22. Januar

Freund, Erna, geb. **Schulz**, aus Kalaushöfen, Kreis Samland, jetzt Holstenweg 2, 23879 Mölln, am 1. Januar

Guth, Elisabeth, geb. **Fröhlian**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, jetzt Bülsenstraße 16, 53757 Sankt Augustin, am 20. Januar

Jurkschat, Rudolf, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Gutengermendorf 70, 16775 Löwenberger Land, am 19. Januar

Kalinowski, Hedwig, geb. **Steckel**, aus Logdau, Kreis Neidenburg, jetzt Bahnhofstraße 1, 06420 Könnern, am 23. Januar

Leowsky, Adelheid, geb. **Kabick**, aus Moterau, Kreis Wehlau, jetzt Hessenring 84, 65428 Rüsselsheim, am 25. Januar

Lepartz, Lucie, geb. **Ringlau**, aus Wehlau, Große Vorstadt, jetzt August-Bebel-Allee 10 b, 28329 Bremen, am 24. Januar

Nobis, Erna, geb. **Bergmann**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Johannes-Dick-Straße 95, 09123 Chemnitz, am 20. Januar

Plew, Günther, aus Tapiau, Königsberger Straße, Kreis Wehlau, jetzt Heinrichstraße 45, 49080 Osnabrück, am 21. Januar

Reichert, Erwin, aus Gerhardswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Alter Dortmunder Weg 14, 58239 Schwerte, am 19. Januar

Reichert, Walter, aus Gerhardswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Wiesenstraße 78, 58642 Iserlohn, am 19. Januar

Riemann, Kurt, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, jetzt Duttenstedter Straße 32, 31224 Peine, am 25. Januar

Rzewintzki, Gertrud, geb. **Wiwianka**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Höhenhauser Straße 4, 27211 Bassum, am 22. Januar

Sonntag, Benno, aus Lyck, jetzt Schöneberger Weg 13, 71065 Sindelfingen, am 21. Januar

Schlobinski, Horst, aus Follendorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Backebergmühle 9, 29320 Hermannsburg, am 22. Januar

Scholz, Erika, geb. **Broschk**, aus Neidenburg, jetzt Leo-Fall-Straße 11 c, 84478 Waldkraiburg, am 19. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Anderson, Erika, geb. **Grigull**, aus Pregelswalde, Pregelswalde Abbau, Kreis Wehlau, jetzt Schubertstraße 2, 25524 Itzehoe, am 21. Januar

Blask, Helmut, aus Keipern, Kreis Lyck, jetzt Ermbrachtstraße 51, 44379 Dortmund, am 24. Januar

Bolze, Helene-Lilli, geb. **Bernatzki**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Jahnstraße 58, 26725 Emden, am 23. Januar

Conrad, Heinz, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Walsroder Straße 92, 30853 Langenhagen, am 22. Januar

Enkelmann, Christel, geb. **Laaser**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Frielinghausweg 5, 44339 Dortmund, am 25. Januar

Gutzeit, Kurt, aus Schmodehnen, Kreis Gerdauen, jetzt Danziger Straße 13, 38690 Vienenburg,am 4. Januar

Harder, Helga, geb. **Unruh**, aus Kahlholz, Kreis Heiligenbeil, jetzt Richard-Köhn-Straße 33, 25421 Pinneberg, am 5. Januar

Hoffmann, Gertraud, geb. **Wenzel**, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, jetzt Karlstraße 3, 45527 Hattingen, am 22. Januar

Käding, Eva, geb. **Gohl**, aus Wehlau, Pogegener Straße, jetzt Dorfstraße 31, 17237 Warbende, am 23. Januar

Kehring, Hildegard, geb. **Kompa**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Norbert-Schmidt-Platz 12, 22399 Hamburg, am 19. Januar

Kullik, Alfred, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, jetzt Albert-Haushofer-Straße 2, 51377 Leverkusen, am 22. Januar

Kutz, Walter, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, jetzt Westfalenstraße 12, 37671 Höxter, am 20. Januar

Lange, Elisabeth, geb. **Emke**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, jetzt Strueckenstraße 2 A, 31311 Uetze, am 21. Januar

Lange, Hildegard, geb. **Harder**, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, jetzt Waldstraße 51, 18356 Barth, am 5. Januar

Lasogga, Irmgard, aus Lötzen, jetzt Krebsbachweg 20, 63452 Hanau, am 23. Januar

Lojewski, Gerhard, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Asternstraße 22, 47800 Krefeld, am 22. Januar

Matzkowski, Erika, geb. **Matheike**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Jasminweg 1, 59425 Unna, am 19. Januar

Meier, Herbert, aus Tapiau, Danziger Straße, Kreis Wehlau, jetzt Köhnestraße 7, 30823 Garbsen, am 19. Januar

Meinecke, Sigrid, geb. **Katzmarzik**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, jetzt 38271 Baddekenstadt, am 20. Januar

Müller, Erich, aus Mallwen, Kreis Schloßberg, jetzt Weserstraße 1 F, 27572 Bremerhaven, am 7. Januar

Nagel, Horst, aus Wehlau, Nadolnystraße, jetzt Mittelstraße 5, 29379 Wittingen, am 25. Januar

Niendorf, Adelheid, geb. **Türmer**, aus Großschmieden, Kreis Lyck, jetzt Alt Friedrichsfeld 73, 10315 Berlin, am 24. Januar

Nierenberger, Otto, aus Hansbruch, Kreis Lyck, jetzt Ketteler Straße 4, 46325 Borken, am 19. Januar

Nimcke, Egon, aus Bieberswalde, Forsthaus, Kreis Wehlau, jetzt Elsterstraße 76, 65933 Frankfurt, am 24. Januar

Paton, Waltraud, geb. **Duddek**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Anderson Drive 75, Aberdeen AB1 1XD, Großbritannien, am 20. Januar

Redner, Siegfried, aus Strobjehnen, Kreis Samland, jetzt Drosselstraße 16, 47487 Wesel, am 8. Januar

Richter, Elfriede, geb. **Kussin**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Gorch-Fock-Straße 15, 25541 Brunsbüttel, am 22. Januar

Rothkamm, Hans, aus Hohenwalde, jetzt Ahornstraße 15, 52531 Übach-Palenberg, am 28. Dezember 08

Salinski, Erwin, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, jetzt Fröbelweg 7, 40882 Ratingen, am 24. Januar

Siepmann, Elfriede, geb. **Riehl**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Heideweg 148, 40470 Düsseldorf, am 19. Januar

Suhrau, Lothar, aus Tapiau, Neustraße, Kreis Wehlau, jetzt Roonstraße 37, 24534 Neumünster, am 23. Januar

Schulz, Werner, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, jetzt Schicks Kamp 28, 48317 Drensteinfurt, am 24. Januar

Stark, Ursula, geb. **Selent**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, jetzt Basselweg 67 B, 22527 Hamburg, am 22. Januar

Wagener, Elfriede, geb. **Okuniek**, aus Talussen, Kreis Lyck, jetzt Grüner Weg 46, 48268 Greven, am 25. Januar



Naujoks, Karlheinz Franz, aus Klein Lissen, Kreis Angerburg und Schwirgstein, Kreis Ortelsburg, und Frau Margrit, geb. **Kaschel**, aus Jüterborg / Brandenburg, jetzt Langewerther Landstraße 20 B, 26389 Wilhelmshaven, am 23. Dezember



Tebben, Heinrich, aus Köln, und Frau Edith, geb. **Neumann**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Werner-Erkens-Straße 4, 50226 Frechen, am 22. Januar

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2009

7. / 8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24. bis 26. April: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont

16. / 17. Mai: Arbeitstagung Deutsche Vereine südliches Ostpreußen und Memelland.

25. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine in Hohenstein

25. bis 27. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

25. bis 27. September: 7. Kommunalpolitischer Kongreß.

12. bis 18. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

7. / 8. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

Auskünfte erteilt die Landsmannschaft Ostpreußen, Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg, Telefon (040) 414008-0. Auf einzelne Veranstaltungen wird im Ostpreußenblatt *gesondert hingewiesen. Änderungen vorbehalten.*

Ausstellung in der litauischen Botschaft

Berlin – Die Ausstellung mit dem Titel: „Das vergessene Kurische Haff" wird noch bis zum 28. Januar 2009 in der Botschaft der Republik Litauen, Charitéstraße 9, 10117 Berlin, gezeigt. Öffnungszeiten sind jeweils Dienstag und Donnerstag von 14 bis 16 Uhr. Es werden unter anderem historische Fotos, Zeichnungen, Malerei, Schiffsmodelle und Kurenwimpel ausgestellt. Ziel der Ausstellung ist es, die historischen Entwicklungen und geographischen Besonderheiten der Ostseeanrainer aufzuzeigen und an den gemeinsamen regionalen Charakter und die Verbindungen untereinander, so bereits in der Bronzezeit und der Wikinger-Zeit, zu erinnern. Die gemeinsame Geschichte und der gemeinsame Charakter werden zudem in einer rückblickenden Ausstellung mit Fotos, Zeichnungen und Gemälden aus dem beginnenden 20. Jahrhundert in Erinnerung gebracht.
Ein weiterer Teil der Ausstellung beinhaltet neuere, vom Geist des Kurischen Haffs inspirierte Zeichnungen, Aquarelle und Gemälde von Albertas Krajinskas und Jūratė Bučmytė als wichtiges Merkmal der Ethnokultur und Natur der Gegenwart in dieser wunderschönen Region.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 17. Januar, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Franzosen im Revier – Der Ruhrkampf 1923.

Sonnabend, 17. Januar, 21.10 Uhr, n-tv: Hitlers Psyche.

Sonnabend, 17. Januar, 22.10 Uhr, n-tv: Spitfire – Luftkrieg über England.

Sonnabend, 17. Januar, 22.30 Uhr, Vox: Amerikas Kriege – Die Feldzüge einer Supermacht.

Sonntag, 18. Januar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 18. Januar, 21.45 Uhr, 3sat: Auschwitz war auch meine Stadt.

Sonntag, 18. Januar, 23.15 Uhr, BR: Die Todesreiter von Darfur.

Montag, 19. Januar, 22.45 Uhr, WDR: Verschwörung gegen die Republik.

Dienstag, 20. Januar, 20.15 Uhr, ZDF: Stauffenberg – Die wahre Geschichte (2/2).

Dienstag, 20. Januar, 22.05 Uhr, N24: Berlin – Hitlers letzter Kampf.

Mittwoch, 21. Januar, 21 Uhr, Arte: Die Wehrmacht – Kampf bis zum Untergang.

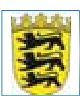
Mittwoch, 21. Januar, 21.45 Uhr, Arte: Verbotene Rettung – Die Flüchtlingsfahrt von U 3505.

Mittwoch, 21. Januar, 23.45 Uhr, Vox: Spezialeinheiten im Einsatz.

Freitag, 23. Januar, 20.15 Uhr, 3sat: Die Odyssee der Kinder.

Freitag, 23. Januar, 23.25 Uhr, ARD: Stauffenberg – 20. Juli 1944.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Montag, 26. Januar, 15 Uhr, Stammtisch der Gruppe in den „Kronenstuben“, Kronenstraße 2.

Reutlingen – Mittwoch, 21. Januar, Treffen der Frauengruppe zu einem gemütlichen Kaffeenachmittag mit Heimatstunde im Café Sommer, Wilhelmstraße, Reutlingen. Die Leitung hat Frau Orthmann.

Ulm / Neu-Ulm – Sonnabend, 17. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 31. Januar, 17 Uhr, Treffen der Gruppe zum Grützwurstessen im „Augustiner“, kleiner Saal. Bitte gute Laune mitbringen, lustige Beiträge erwünscht.

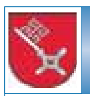
Bamberg – Mittwoch, 21. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade, Bamberg.

Landshut – Dienstag, 20. Januar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Zur Insel.

Memmingen – Mittwoch, 21. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Weißes Roß. Auf dem Programm steht die Jahreshauptversammlung mit Rückblick und Kassenprüfung.

München Nord/Süd – Freitag, 16. Januar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Rosenheim – Auch nach über 63 Jahren Flucht, Vertreibung und Deportation steht die Heimatverbundenheit an erster Stelle. Dies brachten die Damen Sabine Kink und Irene Kuhnigk zum Ausdruck. Ebenso Alfred Eckert, der Heiteres in ostpreußischer Mundart erzählte. Zwischendurch unterhielt Horst Lexuth musikalisch am Klavier. Vorstand Einhard August erinnerte in seinem Jahresrückblick an die zahlreichen Aktivitäten und Busreise nach Ostpreußen: über Danzig – Königsberg – Kurische Nehrung bis Masuren. Diese elftägige Reise wird nochmals in diesem Jahr vom 4. bis 14. Juli angeboten. Für 60 Jahre Mitgliedschaft zeichnete der Vorstand R. August, Sabine Kink mit der Ehrennadel – Kreuz mit Elchschaufel – in Treue und Bekenntnis zur Heimat und mit der Verdienstnadel – Elchschaufel mit Silberkranz – in Anerkennung für unermüdliche Arbeit für die Heimat aus. Sabine Kink hat heute noch viele Kontakte in Memel und veranstaltet regelmäßig Reisen und Treffen mit den Landsleuten. Weitere Ehrungen und Treueurkunden wurden verteilt: Jutta Schmeil (40 Jahre); Gerda Bayer, Manfred Karpinski, Edith Kuck, Horst und Hella Schmolin (30 Jahre). Mit dem Verdienstabzeichen für 14 Jahre als Kassiererin dankte der Vorstand Irene Kuhnigk, für elf Jahre Kulturwart Horst Lexuth und für 15 Jahre als Leiterin der Frauengruppe Hella Schmolin. Die Oberbürgermeisterin Rosenheims, Gabriele Bauer, überreichte diese vielen Auszeichnungen. Sie würdigte die Rührigkeit der Gruppe im Vereinsleben und in der Kommune. Prof. Roderich Müller, der krankheitsbedingt verhindert war, sollte ebenfalls mit der Verdienstnadel ausgezeichnet werden. Er war von 1990 bis 1997 Erster Vorsitzender der Gruppe. Für seine Verdienste erhielt er dieses Jahr das Verdienstzeichen vom BdV. Die Geselligkeit bei Kaffee, selbstgebackenen Keksen ließ man noch lange die eine oder andere Erinnerung wach werden.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (0421) 510603, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr.

Bremen – Am guten Besuch der Lesung von Andreas Kossert aus seinem viel beachteten Buch „Kalte Heimat“ in der Buchhandlung Geist (mehr als 60 Besucher waren zu dieser Veranstaltung erschienen) konnte man feststellen, daß die Neubewertung der Aufnahme der Vertriebenen auch bei den Mitgliedern und in der hiesigen Öffentlichkeit ein großes Interesse erfährt. Ähnlich war es auch bei den Reaktionen auf die Festschrift der Gruppe. Deshalb möchte die Gruppe ein Forschungsprojekt der Uni Bielefeld unterstützen, über das vor einigen Wochen in der „Frankfurter Allgemeinen“ berichtet wurde. Gesucht werden Belege über „Deutschen Humor in der Epoche der Weltkriege“. Dazu werden erzählte und erinnerte Witze aus der NS-Zeit und der Nachkriegszeit gesammelt. Sicherlich können sich viele von Ihnen erinnern, mit welchen Redensarten und „Witzen“ auf die Ankunft der Vertriebenen und Flüchtlinge reagiert wurde. Bitte schreiben Sie diese auf oder teilen Sie diese mündlich mit, damit man eine Erstfassung vornehmen und diese an die Fakultät für Geschichtswissenschaften der Uni Bielefeld weiterleiten kann. Die Geschäftsstelle ist zu erreichen in Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – Freitag, 30. Januar, 12 Uhr (13 Uhr wird aufgetischt), Kohlwanderung und Grünkohlessen. Kohlkönig Klaus Eichholz ist für die Organisation zuständig. Die Kosten betragen 12 Euro pro Person. Verbindliche Anmeldungen bis zum 15. Januar unter Telefon 86176. Wanderfreudige treffen sich um 12 Uhr an der Kirche Am Jedutenberg zu einem kleinen Rundgang. Bitte bei der Anmeldung mit angeben. – Auf dem nordwestdeutschen Treffen der Elbinger wurde bekannt, daß das Bundestreffen der früheren Einwohner der westpreußischen Stadt Elbing und des gleichnamigen Landkreises am 9. und 10. Oktober 2009 in Bremerhaven stattfinden wird. Mit dieser Ankündigung wartete der neue Heimatkreisvertreter Elbing-Stadt und -Land, Günther Kuhn, auf. Nach Gesprächen mit dem Oberbürgermeister Jörg Schulz und der Repräsentations-Vertreterin des Magistrats Bremerhavens, Sabine Ollech-Zietelmann, ist es ihm gelungen, die Stadt von der Belebung der seit 1954 bestehenden Patenschaft / Partnerschaft mit der Schichau-Werft–Stadt Elbing zu überzeugen. Dazu solle die Zusammenkunft möglichst vieler in ganz Deutschland wohnender Elbinger beitragen. Das zweitägige Bundestreffen wird voraussichtlich in der Aula der Volkshochschule an der Lloydstraße stattfinden. Marita Jachens-Paul, die Vorsitzende der Gruppe der Ostpreußen und des Heimatkreises Elbing in Bremerhaven, hatte die Gäste im Barlach-Haus begrüßt und hieß sie willkommen. Die Tagung der Elbinger beinhaltete auch Vorstandswahlen. Um einen neuen Start für beide Heimatkreise zu gewährleisten, wurde Günther Kuhn einstimmig zum Vorsitzenden der gemeinsamen Heimatkreisvertretung Elbing Stadt und Land gewählt. Seine Stellvertreter sind Günter Mauter und Karin Uffmann. Sie wollen Ansprechpartner für alle über ganz Deutschland verstreuten und in der Heimat verbliebenen Elbinger sein. Kuhn hat in sechsjähriger Arbeit die heutigen Anschriften von früheren Einwohnern der beiden Städte Elbing und Tolkemit sowie von 74 Dörfern zusammengestellt. Er ist dabei auf 3403 Eintragungen gekommen. Allein aus der Stadt Elbing sind es 2100. Zusätzlich hat er Stadtteile, Schulen, Vereinigungen und Clubs aufgelistet und somit dem Vergessen entrissen. Mauter widmet sich der Familienforschung. Er kann über 47 000 Personen aus Elbing Stadt und Land Auskunft geben! Die Angaben stammen aus 18 alten Adreßbüchern Elbings und vielen Kirchenbüchern, die er bis 1689 zurückverfolgt hat. Sogar in Danzigs Kirchenaufzeichnungen ist er fündig geworden und hat dort Menschen aus Elbing gefunden. Beide hatten ihre Arbeiten als Ausstellung im Barlach-Haus zur Besichtigung ausgebreitet, und viele der Tagungsteilnehmer forschten darin nach ihren Vorfahren und Familienangehörigen. Am Schluß der Tagung las Willi Kuhn, der ein Buch über den Ort Lenzen im Landkreis Elbing herausgegeben hat, zwei Geschichten in Elbinger Platt: „De Zoagel“ (Der Kuhschwanz) und „De Ganter“ (Der Gänserich“. Der neue Vorsitzende Günther Kuhn schloß die Versammlung, davor dankte er der Gruppe Bremerhaven für die gelungene Ausrichtung des Nachmittags und lud die Elbinger Deutschlands zum Bundestreffen im Oktober 2009 nach Bremerhaven ein.

HAMBURG

Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. Stellvertreter: Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 25. Januar, 11 Uhr, Neujahrsempfang des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen im Haus der Heimat, Teilfeld 1, gegenüber der U-Bahnstation Stadthausbrücke. Hamburgs Zweite Bürgermeisterin hat ihr Erscheinen zugesagt.

HEIMATKREISGRUPPEN

Heiligenbeil – Vom 25. April bis 2. Mai 2009 fährt die Gruppe in die Heimat, in den nördlichen Teil des Kreises Heiligenbeil. Geplant sind fünf Übernachtungen in Königsberg, zwei Zwischenübernachtungen im südlichen Teil des Kreises. Auch wenn Sie nicht aus dem Kreis Heiligenbeil stammen: Es gibt die Möglichkeit, an zwei Tagen, Ihren Heimatort zu besuchen. Interessenten melden sich bis zum 10. Januar 2009, bei K. Wien, Telefon (040) 30067092, ab 18 Uhr.



Insterburg – Mittwoch, 4. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Jahreshauptversammlung und Einstimmen auf den Karneval mit lustigen Vorträgen und Liedern steht auf dem Programm. Mehr Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Sensburg – Sonntag, 18. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 3. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant im Ärztehaus Billstedt, Möllner Landstraße 27, 22111 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 26. Januar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Diavortrag: „Winter in Ostpreußen“ von Ernst Korth.



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Darmstadt – Sonnabend, 17. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ). Nach der Kaffeetafel hält Hannelore Neumann einen Vortrag über ihre Familienforschung.

Wiesbaden – Sonnabend, 17. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden, veranstaltet die Frauengruppe einen Hermann-Löns-Nachmittag: „Alle Birken grünen in Moor und Heid“. Zuvor gibt es Kaffee und Kuchen. Gäste und Freunde sind herzlich willkommen. – Es ist schon lobenswert, wenn Landsleute und Freunde 25 Jahre und länger treu zur Gruppe halten. Als sichtbares Zeichen des Danks überreichte der Ehrenvorsitzende der Landesgruppe, Anneliese Franz, und der Vorsitzende der Gruppe, Dieter Schetat, das „Treuezeichen in Gold“ den Mitgliedern Margarete Eichner, Irma Fricke, Hannelore Hinz, Erdmute Klein, Irmgard Kories, Irmgard Radermacher, Hedwig Voss, Irena Zoch, Peter Görlitz, Reinhold Preuß und Heinrich Preylowski. Helga Schneider erhielt das „Treuezeichen in Silber“ für 20 Jahre Mitgliedschaft. Mit der Verleihung des Ehrenzeichens in Silber“ wurde Schatzmeister Christian Wnuck für seine langjährige Mitarbeit im Vorstand ausgezeichnet. Die rund 160 Besucher erlebten eine Feierstunde mit Gesang des Frauenchors (Leitung Ehrentraud Gerlach) und des lyrischen Baritons Helmut Domes sowie Gedichten, vorgetragen von Helga Kukwa und Lieselotte Paul. Zu Herzen gingen wieder die besinnlichen Worte von Pfarrer Karl Schikora. Als Ehrengäste konnte der Vorsitzende neben der Stadtverordnetenvorsteherin Angelika Thiels und Oberbürgermeister Dr. Helmut Müller, die beide in Grußworten ihre Verbundenheit bekundeten, auch Stadtrat Manfred Laubmeyer, den Vorstandsvorsitzenden der Marktkirchengemeinde, Eberhard Krause und die Stadtverordnete Astrid Wallmann begrüßen. Bei der spontanen Sammlung für die „Stiftung Bärenherz“ kamen rund 450 Euro zusammen. Diese Spende – aufgerundet auf 500 Euro aus der Vereinskasse – wurde einem Kinderhospiz übergeben, welches schwerstkranke und unheilbare Kinder auf ihrem schweren Weg begleitet und betreut. Dieter Schetat dankte allen Spendern, Mitwirkenden und Helfern, besonders den Gruppen um Irmgard Steffen und Helmut Zoch für ihre Mithilfe bei der Vorbereitung, und Albert Berkau, der zum wiederholten Male für alle den Kaffee spendierte.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

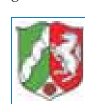
Braunschweig – Mittwoch, 28. Januar, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant. Es ist noch die Zeit des Karnevals, da will man auch vergnügt sein. Heitere Beiträge sind erbeten.

Buxtehude – Eine zehntägige Winterreise vom 19. bis 28. Februar 2009 in die verschneite Landschaft Masurens hat die Gruppe vorbereitet. Der Reisebus startet in Stade. Standquartier ist das Hotel Habenda in Krutinnen (Krutyn), im Herzen Masurens. Auf dem Programm stehen unter anderem der Besuch einer Eissegelveranstaltung in Lötzen (Gizycko) und eines Orgelkonzertes in der Wallfahrtskirche Heilige Linde und in Rastenburg (Ketrzyn) eine Führung durch die Burg und einer Glasbläserei. Die Pferdeschlittenfahrt durch die Johannesburger Heide und eine Waldwanderung mit Wintergrillen am vereisten Muckersee werden weitere Höhepunkte sein. Auch die neue Skipiste in Sensburg (Mragowo) wird bei Abendbeleuchtung besucht, ebenso die Döhnhoff-Stube in Galkowen (Galkowo). Das abendliche Kaminfeuer im Hotel lädt zu Spiel, Musik und literarischen Kostproben ein. Der Preis für Busfahrt, neun Hotelübernachtungen mit HP und Nebenkosten beträgt 535 Euro / DZ, und 590 Euro / EZ. Für die Einreise nach Polen ist ein gültiger Personalausweis erforderlich. Weitere Auskünfte und Anmeldung unter Telefon (04161) 3406.

Delmenhorst – Mittwoch, 21. Januar, veranstaltet die Männergruppe ein Kohl- und Pinkelessen im „Zum Burggrafen“. Anmeldungen bei Georg Jakubeit, Telefon 17618.

Oldenburg – Sonnabend, 14. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadthotel Eversten. Jahreshauptversammlung und Plachandern stehen auf dem Programm. Thema: „Erfahrungen aus den Reisen in die Heimat“. Mitglieder, Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Freitag, 16. Januar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Freitag, 30. Januar, 15 Uhr, Literaturkreis in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 15. Januar, 15 Uhr, Ostpreußisch Platt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Sonnabend, 17. Januar, 15 Uhr, Schabberstunde in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 29. Januar, 15 Uhr, Literaturkreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Dortmund – Montag, 19. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den Ostdeutschen Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße.

Düren – Freitag, 16. Januar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube.

Düsseldorf – Dienstag, 20. Januar, 11 Uhr, Dr. Winfried Halder hält einen Vortrag: „Der historische Hintergrund zu ‚Die Weber‘ von Gerhart Hauptmann“, Konferenzraum, GHH. – Dienstag, 20. Januar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Agnes Neumann / Ursula Schubert, Ostpreußenzimmer 412, GHH. – Sonnabend, 31. Januar, 16 Uhr, Projektpräsentation des IKZ Mettmann: „Altes bewahren, Neues entdecken“, Eichendorff-Saal, GHH.

Essen – Freitag, 16. Januar, 15 Uhr, Diavortrag über eine Hüttenwanderung in den Ostalpen von Bernhard Kehren.

Haltern – Sonntag, 18. Januar, 16 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im „Kolpingtreff“. Als Abendessen sind Gänsekeulen vorgesehen. Bitte tragen Sie sich in die Teilnehmerliste ein, oder melden Sie sich an, Telefon 7131.

Witten – Donnerstag, 22. Januar, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit Festessen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 17. Januar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum Matjesessen im „Bürgerstübel“, Freiherr-vom-Stein-Straße 34. Informationen bei Manfred Schusziara, Telefon (06321) 13368. – Gut besucht war die letzte Zusammenkunft der Gruppe. Unter den Gästen konnte Manfred Schusziara die Kreisvorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Inge Paetzold, begrüßen. Mit großer Aufmerksamkeit lauschten die Anwesenden den herrlichen Liedern, die von dem Tenor Erich Lemke gekonnt vorgetragen und von der Klavierspielerin Christel Ochsenreither gefühlvoll begleitet wurden. Der Erste Vorsitzende unterstrich, daß Ostpreußen für die Vertriebenen kein Traum, sondern erlebte Wirklichkeit ist. Es ist das Land der Vorfahren und Eltern, die dieses Land besiedelten, bebauten und der Erde reiche Ernte abgerungen hatten. Ostpreußen wurde so eine Kornkammer des Deutschen Reiches. Man verbrachte unbeschwerte Kinder- und Jugendjahre in der Ge-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Dr. Albrecht Valentini

∗ 17. Juni 1929 † 1. Januar 2009
Henriettenhof/Pr. Eylau Dahlem

Es bleiben Liebe, Dank und viele schöne Erinnerungen.

Barbara Prescher-Valentini
Diane Valentini und Holger Mauer
Frauke Valentini und Peter Oenning
Susanne Minne

Kondolenzanschriften:
Barbara Prescher-Valentini, 53757 St. Augustin, Lilienthalstraße 11
Diane Valentini, 53842 Troisdorf, Kochenholzstraße 17
Frauke Valentini, 50999 Köln, Silkestraße 3

Auf Wunsch des Verstorbenen hat die Trauerfeier im engsten Kreis stattgefunden.



Wir alle fallen. Diese Hand da fällt.
Und sieh dir andre an: es ist in allen.
Und doch ist Einer, welcher dieses Fallen
unendlich sanft in seinen Händen hält.
Rainer Maria Rilke

Es war eine Gnade, dass mein geliebter Mann so friedlich, ruhig und ohne Schmerzen, geborgen in unserem Zuhause, hinüberschlafen konnte.

Heinz Holborn

∗ 10. Februar 1907 † 25. Dezember 2008
Gr. Partenschin Hamburg-Lohbrügge
Westpreussen

Wir trauern um einen liebenswerten Menschen, dessen Lebensweg von Warmherzigkeit und Disziplin geprägt war. Seine Liebe und die Erinnerungen galten bis zuletzt seiner unvergessenen Heimat, deren Verlust er nie verwinden konnte.

In Liebe
Renate Holborn, geb. Schönrock
Horst, Brigitte und Sebastian Alberti
Dr. med. Wolfdietrich Schönrock
Dr. med. Klaus Schönrock

Immer ist „Er" über dir, die leuchtende Kraft.

In Liebe, Dankbarkeit und tiefer Traurigkeit haben wir Abschied genommen von meiner geliebten Mami, Schwiegermama, Tante und Freundin Deachen

Dea Stammel

geb. in Königsberg am 16. 8. 1913
gest. in Köln am 18. 12. 2008

Der Tod ist das Tor zum Licht eines mühsam gewordenen Weges.
Franz von Assisi

Marianne Borchardt
Götz-Ingo Borchardt

Fam. Borchardt, Vordersten Büchel 39, 51503 Rösrath



Und die Meere rauschen
den Choral der Zeit.
Elche steh'n und lauschen
in die Ewigkeit.

Heinz-Ernst Ruddigkeit

∗ 30. September 1928 † 7. Juli 2008
in Elchniederung, Kastaunen
zuletzt Silute (Heydekrug), Litauen

In stiller Trauer
Kirchspiel Russ



Meine Kräfte sind am Ende,
Herr, nimm mich in Deine Hände.

Traurig müssen wir Abschied nehmen von unserer lieben Schwester, Schwägerin und Tante

Christel Lenherr-Schudeleit

geb. 19. 1. 1925 gest. 12. 12. 2008
Wiesenhausen Gossau
Kr. Angerapp Kt. St. Gallen/Schweiz

Wir gedenken ihrer
in Liebe und Dankbarkeit
Alfred Schudeleit
und Familie, Taufkirchen/Vils
Herbert Schudeleit
und Familie, Canada

9200 Gossau, 12. Dezember 2008

Die Urnenbeisetzung fand zu einem späteren Zeitpunkt statt.

Jesus spricht:
In der Welt habt ihr Angst;
aber seid getrost,
ich habe die Welt überwunden.
(Johannes 16,33)

Kriegerwitwe

Frieda Holl

geb. Paukstat
*** 28. 1. 1912 zu Grodzisko, Kr. Angerburg**
† 24. 12. 2008 in der Diaspora Herten in Westfalen

Letzte Wohnung in Ostpreußen:
Dubeningken, Kr. Goldap

In stillem Gedenken an den
Ehemann Fritz Holl, gefallen im Februar 1945 in Elbing
die Tochter Waltraud, gestorben 2002
die Tochter Margot, gestorben bei einem Unfall 1957

Im Namen aller Angehörigen:
Alfred Fritz Holl



Erlöst!

Nach einem erfüllten Leben entschlief am 27. November 2008 unsere liebe Mutter, Oma, Uroma und Tante

Frieda Haarich

geb. Podufal
∗ 27. Februar 1919 † 27. November 2008
in Schwiddern, Kr. Treuburg 23611 Sereetz, Dresdner Str. 5

In Liebe und Dankbarkeit
im Namen aller Angehörigen
Fam. Haarich

Der Trauergottesdienst zur Einäscherung fand am Freitag, dem 5. Dezember 2008, um 14.00 Uhr in der Schifflein-Christi-Kirche zu Sereetz statt.

Meine Zeit steht in Deinen Händen

Nach einem erfüllten Leben wurde mein lieber Lebensgefährte, unser lieber Vater und Schwiegervater, unser lieber Opa und Uropa, Bruder, Schwager, Onkel und Cousin in die Ewigkeit gerufen

Harry Janetzko

∗ 8. 1. 1921 † 20. 12. 2008
Pötschendorf/Ostpr. Drebber

In Liebe und dankbarer Erinnerung
Ruth Niemeyer
Renate und Werner Stief
Rita und Harry Scheibe
Sabine und Manfred Gerding
mit Stefan
Katrin und Bernd
mit Marvin, Bjarne und Lennart
Kerstin und Klaus
mit Nele und Lale
Tobias und Inga

Drebber, den 20. 12. 2008
Hauptstraße 48

Die Trauerfeier fand am Dienstag, 23. Dezember 2008, in der Kirche zu Jacobidrebber statt.

Im stillen Gedenken an meinen geliebten Kuschelbär

Frank Daniel

∗ 7. 11. 1936 † 29. 4. 2002

Du bist nicht mehr und dennoch bist du da,
denn ins Herz gesenkt hast du mir dein Heimweh nach einer Welt,
die einmal deine Heimat war.

Deine traurige, liebe Inge

Es schüttelt die welken Blätter der Wald,
mich friert, ich bin schon alt,
bald kommt der Winter und fällt der Schnee,
bedeckt den Garten und mich
und alles, alles Weh.
J. Frhr. v. Eichendorff

Nach kurzer, unheilbarer Krankheit ist unser Vater, Ehemann und Bruder zu Hause ganz friedlich eingeschlafen.

Herbert Krumm

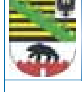
∗ 17. Mai 1920 † 18. Dezember 2008
Leegen, Kr. Ebenrode Osterwald, Kr. Hameln
Ostpreußen

In stiller Trauer
Dr. Beate Krumm
Anni-Marie Krumm
Ursula Krumm

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis stattgefunden.
Osterwald, den 23. Dezember 2008

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

burtsheimat. Aus diesem kleinen Paradies wurden die Menschen durch Krieg, Flucht und Vertreibung herausgerissen. Da die Heimatvertriebenen die einzigen Fürsprecher für die heimatverbliebenen Landsleute sind, rief Manfred Schusziara zu einer Treuespende für Ostpreußen auf. Das gesammelte Geld wurde inzwischen an die Bundesgeschäftsführung überwiesen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 28. Januar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben.

Dessau – Montag, 19. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14.

Magdeburg – Dienstag, 20. Januar, 15 Uhr, Bowling im Lemsdorfer Weg. – Freitag, 23. Januar, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt.

Stendal – Vom 6. bis 16. Juli plant Dr. Lange eine Reise in die Heimat (von Masuren bis ins Baltikum). Der Reisepreis beträgt rund 1100 Euro pro Person bei HP/DZ. Anmeldungen und nähere Informationen bei Dr. Lange, Telefon (039322) 3760.



SACHSEN

Vorsitzender: Erwin Kühnappel, Gahlenzer Straße 19, 09569 Oederan, Telefon (037292) 22035, Fax (037292) 21826. (Geschäftsstelle: Telefon und Fax (0371) 5212483, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Diens-tag, 9 bis 15 Uhr.

Landesgruppe – Dienstag, 27. Januar, 10 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube. Dazu sind alle Landsleute ganz herzlich ein. – Zum Basteln, typisch ostpreußisch trafen sich nicht nur die Landsleute. Nein, auch viele Frauen aus der Region nahmen gerne an diesem Termin teil. Frau Kedzierski begrüßte alle Teilnehmer aufs herzlichste und bedankte sich für ihr zahlreiches Erscheinen. Mit Gedichten und Geschichten wurde die Veranstaltung eröffnet. Irmgard Gläser von der Frauengruppe Limbach-Oberfrohna gab allen zum Basteln exakte Anweisungen und Hilfeleistungen. Mit großer Begeisterung wurden die Arbeiten durchgeführt und Erinnerungen aus der Heimat wurden ausgetauscht. Frau Gläser hat das Bastelmaterial besorgt und so entstand aus einem Glas und rotem Transparentpapier die schönste Adventsrose. Durch ein Licht im Glas leuchteten die roten Blütenblätter und man wurde an die Heimat erinnert, wo diese Rose entstand. Von CD erklangen Lieder aus der Heimat, und die Anwesenden wurden nachdenklich. Jeder, der in Ostpreußen geboren wurde, kann auf ein stolzes und erfülltes Leben zurückschauen. Irmgard Gläser nimmt regelmäßig an den Werkwochen in Bad Pyrmont teil und gibt das Erlernte an die Landsleute weiter. Dafür sind ihr alle sehr dankbar. – Der Landesvorsitzende Erwin Kühnappel hatte alle Gruppenvorsitzenden Sachsens zur Jahreshauptversammlung eingeladen. Er begrüßte alle Teilnehmer ganz herzlich und brachte seine Freude zum Ausdruck, daß so viele seiner Einladung gefolgt waren. Kühnappel berichtete über die geleistete Arbeit der Landesgruppe und zog Schlußfolgerungen für die bevorstehenden Aufgaben dieses Jahres. Er bedankte sich für die hilfreiche Unterstützung und sehr gute Zusammenarbeit bei den Anwesenden. Die Vorsitzenden der örtlichen Gruppen berichteten über die jeweils geleistete landsmannschaftliche Arbeit. Gute Beispiele wurden aufgezeigt und Schwierigkeiten angesprochen über die dann gemeinsam beraten wurde. Man tauschte viele gute Ideen aus, und für die angesprochenen Probleme wurde gemeinsam nach Lösungen gesucht. Nach dem Abschluß der Arbeitstagung ging man zum kulturellen Teil über. Alle beteiligten sich und brachten besinnliches aber auch lustiges aus der Heimat zu Gehör. Bei Musik und Tanz fand sich viel Zeit zum Plachandern. Mit der Heimat im Herzen und freundschaftlich verbunden wird es stets ein Wiedersehen geben.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

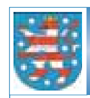
Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe –Die Zweite Vorsitzende begrüßte die Mitglieder und Gäste zur letzten Zusammenkunft. Gisela Brauer, Ursula Riegel und Katharina Makarowski und Inge Reichel lasen heimatliche Texte zur Winterzeit, zum Teil aus eigener Feder. – Ende Dezember waren Ursula Riegel und Gisela Brauer im St.-Jürgen-Hospital, um Therese Baltrusch, dem ältesten Mitglied, zum 102. Geburtstag zu gratulieren. Die Jubilarin freute sich über die zahlreichen Gratulanten, zu denen auch Bad Oldesloes Bürgermeister von Bary gehörte.

Kiel – Sonnabend, 17. Januar, 15 Uhr, Treffen der Aussiedler im Haus der Heimat. – Donnerstag, 22. Januar, 10 Uhr, Mitarbeitersitzung im Haus der Heimat.

Malente – Dienstag, 27. Januar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe im Gasthaus Neue Börse, Rosenstraße, Bad Malente-Gremsmühlen. Tagesordnung: Eröffnung und Begrüßung, Totenehrung, Jahresbericht des Vorsitzenden, Kassenbericht, Bericht des Kassenprüfers, Entlastung des Vorstandes, Wahlen (Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender, Schriftführer, Kassenführer, stellvertretender Kassenführer, Beisitzer, zwei Kassenprüfer), Anfragen und Verschiedenes.

Pinneberg – Sonnabend, 17. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im VfL-Heim, Fahltskamp 53. Ernst Korth hält einen Diavortrag: „Prag und Böhmen“.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Sömmerda – „Kriegskinder“ war das Thema der Suhler Frauentagung. Die Teilnehmer waren alle annähernd gleichaltrig, alles Kriegskinder. Bei Kriegskindern spielt es keine Rolle ob Opfer oder Täter – Kinder sind immer Opfer eines Krieges. Die einen, auf die das Kriegsgeschehen unmittelbar einwirkte und Kinder, die das Entsetzliche unbewußt aufnahmen. Im Vordergrund stand die Frage: „Was gehen uns Krieg, Flucht und Vertreibung heute noch an? – Das war einmal!“ Margarete Ritter machte deutlich, wie prägend ihr elfter Geburtstag am 1. September 1939 unmittelbar nach dem Aufwachen war. Die Mutter übertrug ihre Ängste auf ihre älteste Tochter, der Vater war Soldat. Auch der Lehrer, der die Verdunklung der Fenster erklärte, ahnte nicht die Panik, die dadurch entstand, daß nur weiße Vorhänge zu Hause vorhanden waren. Es traf kein Glückwunsch des Vaters ein. Solche kleinen Mosaiksteinchen: wie den Heldentod sterben, in Kriegsgefangenschaft geraten, ausgebombt sein, verschüttet werden und andere Ereignisse, betrafen zwar nicht die Familie, erreichten aber die Seele der damaligen Kinder. Sie wirkten prägend. Der



Krieg hatte außer Flucht und Vertreibung viele Gesichter! Selbst die sogenannte „Kinderlandverschickung“ wirkte sich negativ aus, wie damals Begünstigte heute berichten. Vergessen sind nicht die Strapazen, Schmerzen, Hunger, Durst und fehlender Schlaf während der Flucht. Aber weitaus tiefer wurden die kindlichen Seelen durch die Arbeit in den Trümmern geprägt, wo die Suche nach Lebensmitteln mit dem Auffinden von Toten verbunden war. Dieser Nachmittag war mehr als eine Rückschau. Die Gesichter der Zuhörer waren gezeichnet von Erinnerungen, einige wischten sich Tränen weg. Viel Schlimmes ist geschehen in diesem Krieg und der Nachkriegszeit und geschieht heute noch auf der Welt. Abschließend erfuhren die Zuhörer über die therapeutische Arbeit des britischen Arztes Dr. Peter Heinl mit Kriegstraumatisierten Patienten.

Von der Erlebnisgeneration

Das Kirchspiel Marienfelde – Ein zweibändiges Standardwerk

Dank finanzieller Unterstützung der Landsmannschaft Ostpreußen besitzen wir nun mit „Das Kirchspiel Marienfelde“ ein zweibändiges Standardwerk über die Geschichte des Kirchspiels, das in der ostpreußischen Region Oberland liegt und zum 1818 geschaffenen Kreis Preußisch Holland gehört.

Dieses Werk ist um so wertvoller, als die Materiallage schwierig ist. Als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges sind in Marienfelde selbst weder Gemeinde- noch Kirchenakten erhalten. So wurden für die Monographie Quellen aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin, der Bibliothek des Herder-Instituts in Marburg, der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne, der Nord-Ost-Bibliothek in Lüneburg, des Bundes-Lastenausgleichs-Archivs in Bayreuth, der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung in Berlin, vom Archivum Panstwowe w Elblagu z siesziba w Malborku/Zamek, der Bibliothek der Franckeschen Stiftungen und der Universitätsbibliothek in Halle an der Saale ausgewertet.

Möglicherweise hätten sich die beiden Autoren aus der Erlebnisgeneration zu dieser Fleißarbeit nicht motivieren können, wenn sie nicht selber aus dem Kirchspiel Marienfelde stammen würden. Fritz Folger (Jahrgang 1936) stammt aus Bunden und Ulrich Liedtke (Jahrgang 1935) aus Marienfelde selber.

Im ersten Band werden in alphabetischer Reihenfolge die Geschichte Briensdorfs, Bundens, Davids', Giebittens, Hasselbuschs, Luxethens, Guhrenwaldes, Kokens, Rapendorfs, Rogaus, Steegens, Siebenhufens und Wickeraus erzählt. Das Kirchdorf Marienfelde bildet eine Ausnahme. Hier wird nur die Entstehungsgeschichte geschildert, da sich der zweite Band des Werkes der Geschichte des Kirchdorfes widmet, das dem Kirchspiel seinen Namen gibt.

> Der Heimat ein Denkmal gesetzt

Der Geschichte der einzelnen Dörfer sind einige Informationen von grundsätzlicherer Bedeutung vorgeschaltet. Es beginnt mit einer Landschaftsbeschreibung des ostpreußischen Oberlandes im allgemeinen und des Kirchspiels Marienfelde im besonderen. Sodann werden in einem Überblick die Geschichte Ostpreußens im allgemeinen und des ostpreußischen Oberlandes im besonderen geschildert. Es folgen die Behandlung der Geschichte des Gebietes Pazlok und der Gründung der Stadt Preußisch Holland. Die Thematisierung der Vorgeschichte und Geschichte des Kreises Preußisch Holland und der Besiedlungsgeschichte des Territoriums des Kirchspiels Marienfelde schließen den einführenden geschichtlichen Überblick ab.

Kurze Abhandlungen über die Urbevölkerung, die Herkunft der Siedler, welche der Deutsche Orden ins Land holte, und die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung sowie über die Wirtschaft, das Bildungswesen, das Postwesen und das Verkehrswesen runden die Arbeit ab. Der Anhang enthält neben dem obligatorischen Abkürzungs- sowie Quellen- und Literaturverzeichnis Hilfen zur Umrechnung der im Text enthaltenen Flächen-, Gewichts- und finanziellen Angaben.

Mehr Detailwissen über ein Kirchspiel kann man der nächsten Generation kaum in Buchform hinterlassen. Insoweit kann man das Werk nur als vorbildlich bezeichnen. Mögen sich noch aus vielen anderen Kirchspielen Autoren finden, die sich der Fleißarbeit unterziehen, ihrer Heimat ein solches Denkmal zu setzen.

***Fritz Folger und Ulrich Liedtke:** „Das Kirchspiel Marienfelde“, Band 1, SOL, Königslutter 2007, 630 Seiten, 42 Euro. Bezugsadresse: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig.*

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Bärbel Lehmann, Telefon (04261) 8014, Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme).

51. heimatpolitische Tagung am 28. Februar / 1. März 2009 in Rotenburg (Wümme) – Auch 2009 beginnen wir das Jahr mit dieser traditionellen Veranstaltung für alle an der Geschichte und Kultur Ostpreußens Interessierte. Das Besondere daran ist, es ist nun bereits die 51. Tagung in Rotenburg (Wümme) und dürfte die erfolgreichste Veranstaltung aller ostpreußischen Kreisgemeinschaften sein. Dazu laden der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger und die Kreisgemeinschaft Angerburg wieder gemeinsam recht herzlich ein. Ein Tagungsbeitrag wird nach wie vor nicht erhoben. Auch für diese Veranstaltung konnten wieder kompetente Persönlichkeiten als Referenten gewonnen werden. Am 28. Februar ist der Bürgersaal, Am Pferdemarkt 3, 27356 Rotenburg (Wümme), bereits ab 14 Uhr geöffnet und es wird Kaffee, Tee und Kuchen angeboten. Nach der Eröffnung der Tagung um 15 Uhr wird Arno Surminski mit seiner Buchpräsentation „Das alte Ostpreußen“ beginnen. Nach einer kurzen Pause wird dann Dr. Kay v. Wedel, Forstamtsdirektor a. D. seinen Vortrag: „Einen Streifzug durch Landschaft, Geschichte und Kultur Ostpreußens“ halten. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr sowie angeregten Gesprächen mit interessanten Gästen geht der Tag zu Ende. Am Sonntag, 1. März, 9.30 Uhr wird die Tagung mit einem Vortrag von Bernd Kahnert von der Preußischen Genossenschaft des Johanniterordens fortgesetzt. Der Referent wird über die Arbeit der Preußischen Genossenschaft des Johanniterordens – Ostpreußenhilfe – sprechen. Bekanntlich hat sich Johanniter Unfallhilfe e. V. in Eutin nach 13 Jahren aus der humanitären Arbeit im südlichen Ostpreußen verabschiedet. Es dürfte für alle Heimatkreise im südlichen Ostpreußen interessant sein zu erfahren, wie und mit welchen Mitteln die Preußische Genossenschaft des Johanniterordens in Dortmund nun im Ermland und Masuren humanitäre Hilfe zu leisten beabsichtigt. Gegen 12 Uhr wird die Jahrestagung beendet sein. Eine gute Gelegenheit, in angenehmer Atmosphäre auf der Tagung alte Freunde wieder zu treffen und neu Bekanntschaften zu schließen. Für heimattreue Ostpreußen und deren Nachkommen sollte eine Teilnahme an der Veranstaltung selbstverständlich sein. Anmeldung, auch für das Elchbratenessen zum Preis von 23 Euro pro Person einschließlich Dessert und eventuelle Übernachtungswünsche werden bis zum 18. Februar 2009 (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, erbeten. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstraße 9, 42369 Wuppertal, Telefon (0202) 4600234, Fax (0202) 4966981. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz.

Regionaltreffen in Magdeburg – Sonnabend, 25. April, 9 Uhr, AMO-Haus, Erich-Weinert-Straße 27, 39104 Magdeburg, Regionaltreffen der ostpreußischen Heimatkreise Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit-Stadt. Einlaß erfolgt ab 9 Uhr, Kostenbeitrag 5 Euro pro Person. Parkplätze stehen kostenfrei gegenüber dem Veranstaltungsort zur Verfügung.

Kirchspiel Trappen – Der Trappener Patenort Schönberg begeht vom 5.-7. Juni 2009 sein 750jähriges Ortsjubiläum. Bürgermeister Zurstraßen hat alle Trappener zu den Feierlichkeiten herzlich eingeladen. Es wäre schön, wenn sich die Trappener möglichst zahlreich im schönen Ostseebad Schönberg treffen würden. Zusagen sind bis zum 15. Mai an den Kirchspielvertreter Erich Dowidat, Heimstraße 14, 86825 Bad Wörrishofen, Telefon (08247) 334367, zu richten.

Ostpreußenfahrten 2009 – Auch für dieses Jahr bietet die Kreisgemeinschaft wieder zwei ihrer beliebten Busreisen in die Heimat an. Die erste Fahrt ist eine neuntägige Reise und geht vom 18. bis 26. Juni. Reiseleiterin ist Eva Lüders. 1. Tag: Fahrt ab Hannover über Berlin mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Thorn. 2. Tag: Nach dem Frühstück unternehmen Sie eine Führung durch die restaurierte Altstadt von Thorn. So werden unter anderem das Rathaus mit dem Nicolaus-Copernicus-Denkmal davor, die Marien- und Johanneskirche und Weiterreise an der Weichsel entlang und über Marienburg (Fotostopp) an der imposanten Burganlage. Anschließend erreichen Sie den polnisch-russischen Grenzübergang, wo Sie bereits Ihr deutschsprachiger Betreuer erwartet. Weiterfahrt nach Ragnit. 3. Tag: Heute steht eine ganztägige Rundfahrt durch den Kreis Tilsit-Ragnit mit Besuch der Hauptkirchspielorte auf dem Programm. Die genaue Route zu den einzelnen Kirchspielen wird je nach Zusammensetzung der Gruppe festgelegt. Zum Abschluß des Aufenthaltstages erreichen Sie Tilsit. Bei einer Stadtführung kann man die einstige Schönheit dieser Stadt an der Memel erahnen. 4. Tag: Zur freien Verfügung mit Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen. Dazu steht Ihnen vor Ort unserer bewährter Taxiservice zur Verfügung. 5. Tag: Heute geht es über die Grenze (Luisenbrücke) in das Memelland, wo Sie in Heydekrug die Kirche besichtigen. Anschließend Fahrt Richtung Kuvertsort / Minge, wo bereits ein Schiff für einen Ausflug durch das Memeldelta Richtung Kurisches Haff wartet. Unterwegs gibt es ein zünftiges rustikales Picknick. Anschließend Weiterfahrt bis nach Memel. Bei der Führung sehen Sie die restaurierte Altstadt, deren Zentrum der Theaterplatz mit dem Simon-Dach-Brunnen mit der Figur vom Ännchen von Tharau bildet. Anschließend Fährüberfahrt zur Kurischen Nehrung und Weiterfahrt bis Nidden, wo Sie Ihr Hotel für die

kommenden zwei Nächte beziehen. 6. Tag: Nach dem Frühstück stehen eine Ortsbesichtigung zu Fuß und Nidden auf dem Programm. Das ehemalige Fischerdorf am Kurischen Haff ist heute der schönste Ferienort Litauens. Die einzigartige Natur zog in der Vergangenheit viele Künstler an. Einer der prominentesten Besucher war Thomas Mann, der sich hier ein Ferienhaus errichten ließ. Am Nachmittag bleibt Zeit zur freien Verfügung. Auf der Kurischen Nehrung wird in dieser Zeit die Johannesnacht mit zahlreichen Veranstaltungen gefeiert. Erleben Sie gemeinsam mit den Einheimischen und Gästen diese stimmungsvolle Zeit. Übernachtung in Nidden. 7. Tag: Rückreise in den russisch verwalteten Teil der Nehrung. Weiterfahrt vorbei an Königsberg und über die russisch-polnische Grenze nach Frauenburg. Hier werden Sie an der imposanten Burganlage des Frauenburger Domes zu einer Führung durch die einstige Wirkungsstätte von Copernicus erwartet. Anschließend Schiffsfahrt von Frauenburg über das Frische Haff bis nach Kahlberg auf der Frischen Nehrung. Gegen Abend erreichen Sie Elbing zur Übernachtung. 8. Tag: Nach dem Frühstück Fahrt nach Danzig, Bei einem Rundgang durch die Altstadt erleben Sie den Langen Markt mit dem Artushof, die einzigartige Mariengasse und die Marienkirche, eine der größten Backsteinkirchen Europas. Anschließend führt Sie die heutige Etappe in die schöne Landschaft Kaschubiens. Sie besuchen unter anderem Karthaus mit der sehenswerten Klosterkirche, die vielen nicht zuletzt aus der Verfilmung des Romans „Die Blechtrommel“ bekannt ist. Bei der geführten Rundfahrt durch das noch weitgehend vom Massentourismus verschonte Kaschubien erleben Sie eine ursprüngliche Landschaft wie in längst vergangener Zeit. Anschließend letzte Zwischenübernachtung in einem pommerschen Schloßhotel. 9. Tag: Rückreise nach Deutschland, Weitere Anfragen für diese Reise an Eva Lüders, Telefon und Fax (04342) 5335, E-Mail: eva.lueders@arcor.de

Zweite Ostpreußenreise – Die zweite Fahrt ist eine zehntägige Reise vom 6. bis 15. Juli 2009. Die Reiseleitung hat Klaus-Dieter Metschulat. Neben dem Besuch Ihrer Heimatdörfer erwarten Sie vielfältige Sehenswürdigkeiten und einmalige Naturlandschaften. Die erlebnisreiche und informative Reise geht in Mönchengladbach-Rheydt los und führt über Neuss, Bochum, Hannover, Berlin zur Hotelübernachtung nach Schneidemühl. Weitere Zustiegsmöglichkeiten sind an den Raststätten entlang der Autobahnstrecke möglich. Am nächsten Tag werden wir die Marienburg anfahren. Über Elbing und den Grenzübergang Braunsberg / Heiligenbeil fahren wir in das Königsberger Gebiet. Wir werden uns in dem erst vor kurzem hervorragend renovierten Hotel Rossia in Tilsit einquartieren oder, falls gewünscht, im Hotel Kronos in Ragnit. An den nächsten beiden Tagen haben Sie Gelegenheit, Ihre Heimatdörfer aufzusuchen. Taxen können vermittel werden. Alternativ bieten wir Tagesausflüge an. Vorgesehen sind: eine Stadtführung durch Tilsit, Fahrt nach Breitenstein (ostpreußisches Heimatmuseum), Besichtigung des Pferdegestüts Georgenburg, Stadtrundfahrt Insterburg, Weiterreise nach Gumbinnen (Salzburger Kirche) und Pillkallen / Schloßberg. Am anderen Tag geht die Fahrt durch die Elchniederung zu einer ausführlichen Stadtbesichtigung nach Königsberg. Am 5. Tag fahren wir über die Königin-Luisen-Brücke – durch das Memelland – über Heydekrug nach Memel. Im Anschluß einer Stadtbesichtigung setzt der Bus mit einer Fähre auf die Kurische Nehrung über. Abendessen und Übernachtung in Nidden. Zwei Tage bleiben wir in Nidden. Der Aufenthalt hier, inmitten eines überwältigenden Naturschutzgebiets ist einer der Höhepunkte der Reise. Wir werden die „Hohe Düne“ kennenlernen, die höchste Wanderdüne Europas, mit einem einzigartigen Ausblick über die Landschaft der Kurischen Nehrung. Zu Fuß werden wir zu einer Ortsbesichtigung durch Nidden gehen und dabei so manches Schöne und Reizvolle entdecken. Vorgesehen sind auch eine Schiffsfahrt übers Kurische Haff sowie ein Ausflug nach Schwarzort zum berühmten „Hexenberg“ mit seinen Holzskulpturen aus der litauischen Märchen- und Sagenwelt. Ebenso bietet sich in diesen Tagen Gelegenheit, am Strand der Ostsee nach Bernstein Ausschau zu halten. Am 8. Tag beginnt die Rückreise, sie geht heute bis Danzig, unterwegs besuchen wir die Vogelwarte Rossitten, und wenn es die Zeit erlaubt, das Ostseebad Rauschen. In Frauenburg wird ein Fotostopp eingelegt. Am nächsten Morgen steht eine Besichtigung der Altstadt Danzigs auf dem Programm, anschließend fahren wir zur Übernachtung nach Stettin. Am 10. Tag ist die letzte Etappe angebrochen, dabei werden wieder alle Einstieghaltestellen der Hinreise angefahren. Ausführliches Programm erhalten Sie bei Klaus-Dieter Metschulat, Telefon (02166) 340029, Fax (02166) 391766.

Ein Lachen, von Gott geliehen

Die Großmutter war nach Kriegende der Familien-Schutzengel

Nur über meine Leiche!" Großmutter stand in der Tür des Hauses, die Arme weit ausgebreitet, als könne sie ihr Eigentum auf diese Weise beschützen, und warf ihrem Gegenüber einen Blick zu, der nach meinem kindlichen Urteilsvermögen ein Heer Soldaten hätte in die Flucht schlagen können.

Zierlich von Gestalt – hart im Charakter

Wir schrieben das Jahr 1945. Ein russischer Hauptmann war es, der uns Worte entgegenbrüllte, die für uns unverständlich waren. Großmutter änderte ihre Taktik, indem sie ein naives Lächeln aufsetzte und sich ein bißchen schwerhörig stellte. Sie war ein Vorbild für mich, und mit ihrer Haltung beeindruckte sie viele Menschen. Sie schien mir trotz ihrer zierlichen Gestalt so stark, als könne sie nichts umwerfen.

Der Hauptmann war wohl genau so beeindruckt von ihr, denn er wiederholte seine Worte jetzt mit leiser, höflicher Stimme. Am Ende aber mußte sie ihm doch nachgeben.

Nach eingehender Besichtigung aller Räume erklärte uns der Hauptmann, daß er das Wohnzimmer mit dem großen Kachelofen belegen wolle, mit Matka, kapisko! Heute Abend Punkt Sechs, er zeigte auf seine Taschenuhr, werde er einziehen. Großmutter fügte sich in ihr Schicksal. Der Russe tätschelte ihre Wangen. „Du sehrrr scheenes Frau, Mütterchän!"

„Warum dürfen die das einfach so?" wollte ich wissen. Großmutter hob die Schultern. „Sie dürfen alles tun, weil sie die Sieger sind." Sie stand am Herd und briet eine Gans, die man ihr gebracht hatte; leider war das Festmahl nicht für uns, sondern für den Russen und seine Begleiter. Der Bratenduft der sich allmählich bräunenden Gans umschmeichelte verführerisch unsere Nasen. Mein Magen fing an zu knurren.

Um Sechs polterte eine lärmende Gesellschaft in unser Haus: der russische Hauptmann mit Gefolge. Heimlich beobachtete ich die Frau, die ihm am Halse hing. Durch die offene Tür des Wohnzimmers sah ich dann, wie sie sich behaglich in Großmutters Plüschsofa hineinkuschelte. Ihr rotes gelocktes Haar fiel wirkungsvoll über die Lehne des alten Möbels, was mir sehr gefiel. Mit spitzen Fingern griff sie in einen Karton und warf sich eine Zuckerpraline nach der anderen in den rot geschminkten Mund, der wie eine fleischfressende Pflanze aufund zuklappte. Die Frau sah sehr hübsch aus, aber ich haßte

Alle hatten Angst vor den betrunkenen Soldaten

sie, weil sie sich auf Großmutters geliebtem Sofa so selbstverständlich rekelte. Oma nahm das Unvermeidliche achselzuck - end hin. „Für uns bleibt das Gänseschmalz!" Ihre Stimme klang zuversichtlich. „Der Hauptmann hat es mir versprochen."

Im Wohnzimmer ging es den ganzen Abend laut und lebhaft zu. Mehrere Male wurden Weinflaschen nachgeliefert, und es dauerte nicht lange, da begann man nebenan zu gröhlen. Mutter bekam ihren angstvollen Blick, aber Großmutter klopfte laut an die Tür des Zimmers und forderte energisch Ruhe. Tatsächlich ging es danach leiser zu.

Später kam der Russe herausgetorkelt und stellte uns einen Karton mit Pralinen ohne Überzug hin; schon im voraus schmeckte ich die Süße der Fondants auf der Zunge, aber als der Mann mich derb, aber doch liebevoll an seine breite Brust

»Sie dürfen alles tun, weil sie die Sieger sind«

drückte, machte ich mich widerwillig los, weil er unangenehme Gerüche ausströmte. Wir ließen uns das Brot mit dem duftenden Gänseschmalz und danach die Fondants schmecken und fühlten uns so gut wie lange nicht mehr. Wenn nur nicht die Angst vor den angetrunkenen Soldaten gewesen wäre.

Es war schon spät, als Oma meine Schwester und mich zu Bett brachte. Im Wohnzimmer war Ruhe eingekehrt. Wir hörten nur lautes Schnarchen, was uns lieber war als betrunkenes Singen. Im schwach einfallenden Mondlicht sah ich nur die Umrisse meiner Großmutter. Ich stelle sie mir als meinen Schutzengel vor, der mit weichem Silberhaar an meinem Bett saß und mit mir betete.

Ich liebte sie und auch ihre Sprüche, die sie uns Kindern immer wieder zitierte; besonders ein Spruch ist mir bis heute in Erinnerung geblieben: „Auch in schlechten Zeiten bleiben uns immer noch drei Dinge: die Hoffnung, der Schlaf und das Lachen."

Geschlafen hat sie in ihrem Leben nicht sehr viel, aber gehofft bis zuletzt; und ihr Lachen hat sie wohl direkt von Gott geliehen, dem sie es mit 83 Jahren zurückgab.

Gabriele Lins

»Geschichte zum Mitnehmen«

Was man sah, soll man auch lesen – Bücher zu den Ausstellungen

Geschichte zum Mitnehmen – unter diesem Motto stehen fünf Druckwerke, die das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen als Begleitbücher zu verschiedenen Ausstellungen aufgelegt hat.

Fünf Druckwerke wurden in den letzten Jahren in Eigenregie des Kulturzentrums Ostpreußen erarbeitet, graphisch gestaltet und im Eigenverlag hergestellt. Als Trilogie erschienen sind die Geschichtsbeschreibungen der ostpreußischen Städte Stuhm, Saalfeld und Preußisch Holland. Sie sind Begleitkataloge zu durch das Kulturzentrum Ellingen erstellten Ausstellungen, die, heute in den jeweiligen Städten in öffentlichen Gebäuden zu sehen sind.

30 Geschichtstafeln hängen heute in den Sälen des Schlosses von Stuhm, das vor dem Ersten Weltkrieg zur Provinz Westpreußen gehörte, 26 Tafeln sind in der inmitten des Ruinenfeldes des Zweiten Weltkrieges erhalten gebliebenen Kirche von Saalfeld zu sehen, und 43 Tafeln lassen die Vergangenheit von Preußisch Holland im dortigen Schloß nicht in Vergessenheit geraten. Diese vierfarbig gehaltenen, stark bebilderten und zweisprachig gehaltenen Tafeln sind seit mehreren Jahren erfolgreich in genannten Orten ausgestellt und bildeten die Grundlage für die Druckwerke.



„Tempelhüter": Dieser Name steht wie kaum kein ein anderer für die besonderen Qualitäten und Merkmale des Trakehner-Pferdes. Bild: Trakehner Verband

60 Seiten umfaßt der Landkartenkatalog, der zur Sonderschau „Entlang der Weichsel und der Memel" erschienen ist. Diese Ausstellung ist derzeit nach den Stationen in Münster, Marienburg, Elbing und Graudenz in Preußisch Stargard zu sehen. 25 historische Karten und Stadtansichten, von italienischen, englischen, französischen und deutschen Künstlern in den Jahren zwischen 1550 und 1871 geschaffen, bilden den Grundstock des Buches. Zahlreiche Hintergrundinformationen in deutscher und polnischer Sprache über die Geschichte der Kartographie, Erläuterungen zum historischen Umfeld und den Ereignissen in den gezeigten Landstrichen und Städten umrahmen die auf qualitativ hochwertigem Papier nachgedruckten Kartenbilder, die meist als Kupferstich ausgeführt sind.

Jüngstes Kind des Eigenverlages des Ellinger Kulturzentrums ist 26 Seiten umfassende Ausstellungsbeschreibung „Trakehnen – ein Pferdeparadies. Das Heft, dessen Texte von Dr. Roman Gogan und deren Gestaltung von Bernhard Denga stammen, beschreibt die Geschichte des Gestüts seit seinem Ursprung im 18. Jahrhundert, als Friedrich II. erkannte, daß Preußen seine Kavalleriepferde selbst heranziehen müsse. So entstand durch über 200 Jahre gezielte Züchtung das „Ostpreußische Pferd Trakehner Abstammung", das man wegen seiner Kraft, Belastbarkeit und Ausdauer schätzte.

Die Druckwerke sind nicht im Buchhandel erhältlich und können nur über das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen bezogen werden. Zum Preis der Hefte: Stuhm und Saalfeld je 2,50 Euro, Pr. Holland 4 Euro, Landkarten 7,50 Euro und Trakehnen 4 Euro, kommen jeweils Porto und Verpakkung hinzu. Interessenten finden weitere Infos unter: www. kulturzentrum- ostpreussen.de. Bestellungen und Anfragen: Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440, Fax (09141) 8644-14, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de.

mef

Welt-religion · Harmonie · Musiker (Saiten-instrument) · Gala-diner · Schulter-tuch · Herr, Herrscher · eine Baltin · griechische Siegesgöttin · zweite Frau des letzten Schahs · ungläubig, misstrauisch · Gemüsepflanze · Futterpflanze · frühere schwed. Popgruppe · Staat in Nahost · ernsthaft; anständig · Vorname Presleys · kleiner amerikanischer Vogel · Zimmer · kleinste russ. Münzeinheit · Gewichtseinheit (Kzw.) · Gipfel der Berner Alpen · Feuerstein · diktatorisch · heikel, bedenklich · kleine Metallschlinge · Heerführer im 30-Jährigen Krieg · Flachsfaser; Gewebeart · student. Organisation (Abk.) · fleischiger Pflanzenteil · Widerstand, Verteidigung · Bienenzüchter · Ziegenleder · blassroter Farbton · Ureinwohner Neuseelands · Nadelloch · Beschwerde bei Gericht · Zahnerkrankung · Sagenkönig von Sparta · vornehm; großzügig · sehnig, kräftig · Unterstützung beim Lernen · französisches Physikerehepaar · Widerhall · weit weg gelegene Gegend · in frohe Stimmung versetzen · Beiboot von Kriegsschiffen · jap. Herrschertitel · Zeichen für Seemeile · Band, Tonband (engl.) · nicht innen · Beste, Siegerin · Fluss zum Rhein (NRW) · Einspruchsrecht, Einspruch · österr.-ungar. Komponist · außerordentlich · schlechter Leumund · früher: Oberstufenschüler · Tabakgift · zugemessene Arzneimenge · Gesichtsausdruck · sich äußern, sprechen · spanischer Likörwein · aber; inzwischen · Besatzstreifen · altnordischer Gott des Donners · aufgebrühtes Heißgetränk · Holzblasinstrument · trockenes Gras (Viehfutter) · Aufgeld · afrikanische Wüste · Stadt an der Ems, in NRW · Schreibart; Kunstrichtung · Sandanhäufung, -hügel · Abendgesellschaft · echt; ehrlich · Ölbaumfrucht · Warnung bei Gefahr · Gasthaus für Autofahrer · Teil des Plattenspielers · Missgunst · Senator · Senke im Gelände · Lebensbund · Verbannung; Verbannungsort · französische Großstadt · Spiel-, Wettkampfklasse · chemisches Zeichen für Tellur · Gewinnbeteiligung · früheres Land des Dt. Reiches · vergangen, passé · von Bäumen gesäumte Straße · locker, wacklig · zart, sanft

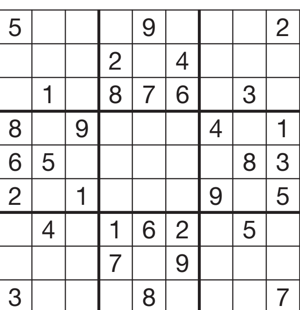
So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Besitz, 2. Dasein, 3. Talent, 4. Angkor, 5. Henkel, 6. Lumpen – Balken, Ziegel

Kreiskette: 1. Arkona, 2. Antrag, 3. Parole, 4. Heller, 5. Brühe – Kontrolleur

Sudoku:

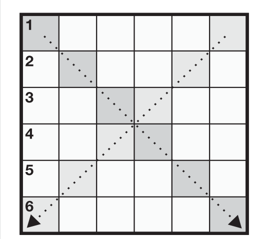
Sudoku



5				9				2
			2		4			
	1		8	7	6		3	
8		9				4		1
6	5						8	3
2		1				9		5
	4		1	6	2		5	
			7		9			
3				8				7

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



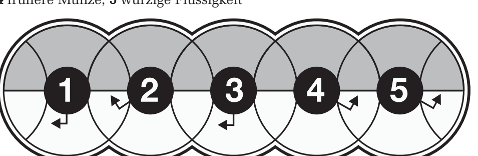
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Baumaterialien.

1 Eigentum, Habe
2 Realität, Leben
3 Begabung
4 Ruinenstätte in Kambodscha
5 Topfgriff
6 alter Lappen, Stofffetzen

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Aufsichtsperson.

1 Kap der Insel Rügen, **2** Gesuch, schriftliche Bitte, **3** Erkennungswort, **4** frühere Münze, **5** würzige Flüssigkeit



Das Charakteristische herausdestilliert

Eine Ausstellung zeigt Porträt- und Theaterfotografien von Liselotte Strelow

Liselotte Strelow gehört zu den bedeutendsten Porträt- und Theaterfotografen des 20. Jahrhunderts in Deutschland. Ihre Aufnahmen von einflußreichen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kultur haben die Sicht auf diese Menschen geprägt. Mit ihrer Kamera hielt sie ein Stück Zeitgeschichte fest. Die Bildergalerie ist jetzt auf einer Wanderausstellung zu sehen.

Vom 22. Januar an wird die Ausstellung, die zum 100. Geburtstag der Fotografin von der Gesellschaft Photoarchiv e.V. mit dem Rheinischen Landesmuseum Bonn konzipiert wurde, im Historischen Museum Frankfurt gezeigt. Die Retrospektive würdigt die 1908 im pommerschen Redel geborene Liselotte Strelow als eine herausragende Repräsentantin der Fotografie in Deutschland. Die Ausstellung gliedert sich in einen Porträtteil sowie in einen Theaterteil und wird durch weitere Fotografien und Leihgaben aus dem Theatermuseum Düsseldorf wirkungsvoll ergänzt. Begleitet wird die Werkschau von einer repräsentativen Monographie aus dem Hatje Cantz Verlag (320 Seiten, 282 Abbildungen in Duplex, gebunden mit Schutzumschlag, 39,80 Euro). Porträt- und Theaterfotografien in 220 Originalabzügen lassen die deutsche Nachkriegszeit bis in die 1960er Jahre wieder lebendig werden. Schauspieler, Schriftsteller und bildende Künstler wie Gustaf Gründgens oder Marlene Dietrich, Thomas Mann oder Willi Baumeister sind ebenso in der Galerie der Prominenten vertreten wie Politiker, Wirtschaftsmanager oder internationale Künstler, so Jean Cocteau und Henry Moore. Dokumente, Bücher, Zeitschriften und Auftragsbücher, aber auch eine von Liselotte Strelow entwickelte Filmreihe ergänzen die Präsentation.

Beim Blättern durch den opulent daherkommenden Begleitband begegnet der Betrachter zahlreichen wichtigen Persönlichkeiten der damals noch jungen Bundesrepublik: Gottfried Benn, Jean Cocteau, Ernst von Salomon, Hermann Hesse, Oscar Fritz Schuh, Gustaf Gründgens, Oskar Kokoschka, Gerhard Marcks, Salvador Dali, Hans Scharoun, Hildegard Knef, Helene Weigel, Elisabeth Flickenschildt, Ingeborg Bachmann. Die junge Antje Weisgerber aus Königsberg ist als „Gretchen“ neben der schon damals legendären Maria Callas zu sehen. In einer Galerie der Prominenz findet sich der Pommer Heinrich George neben der Ostpreußin Agnes Miegel ebenso wie der aus dem ostpreußischen Hohenstein stammende Schauspieler Albert Lieven sowie der in Königsberg geborene und als Bilderfälscher bekannt gewordene Lothar Malskat. Der erste Bundeskanzler der neuen Republik, Konrad Adenauer, wurde ebenso von „der Strelow“ abgelichtet wie der erste Bundespräsident Theodor Heuss. Das Strelow-Porträt diente schließlich als Vorlage für die in Millionenauflage gedruckte Heuss-Briefmarke.

Doch nicht nur Prominente fotografierte Liselotte Strelow. Mitte der 30er Jahre reiste sie zum Beispiel auf die Kurische Nehrung und lichtete dort Land und Leute ab. In einem Artikel in der Zeitschrift „Photo-Graphik“ (Heft 10) schrieb sie 1936: „... aber nur derjenige kann unbefangen solch farbenprächtiges Bild für die Erinnerung festhalten, der über eine unauffällige, schnellarbeitende Kleinkamera verfügt, denn scheu sind die Memelländer vor der Kamera und wenden sich ab, wenn sie merken, daß sie photographiert werden.“



Charakterköpfe: Ostpreußischer Fischer 1936 und Bundespräsident Theodor Heuss 1957 — Bild: Strelow

Der Betrachter sollte bei ihren Bildern Psyche, Charakter und Anlagen der Dargestellten erkennen. „Nicht objektiv, subjektiv! Ich finde subjektive Porträts interessanter als objektive.“ „Ihre Stärke ist die intensive Beschäftigung mit dem Gegenüber, auf das sie sich konsequent einstellt, das sie gegebenenfalls zum Widerspruch herausfordert, um zu profilieren und es aus den störenden Sujets herauszulösen“, beschreibt Johanna Wolf-Breede im Begleitband die Arbeitsweise der Fotografin. „In den etwa zweistündigen Sitzungen destilliert sie das Charakteristische, die Physiognomie ihrer Modelle heraus.“

Silke Osman

Die Ausstellung „Liselotte Strelow – Retrospektive 1908–1981“ ist im Historischen Museum Frankfurt am Main, Römerberg, dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, mittwochs bis 21 Uhr zu sehen, 22. Januar bis 13. April.

Vom Herzen in die Feder

Vor 150 Jahren starb die Schriftstellerin Bettine von Arnim – Grenzenlose Bewunderung für Goethe

Eine der herausragenden Frauen ihrer Zeit war Bettine (Elisabeth) von Arnim geborene Brentano (1785–1859). Ihr Todestag jährt sich am 20. Januar zum 150. Mal. Das Werk der Schriftstellerin umfaßt Gedichte, Märchen und andere epische Kleinformen sowie gesellschaftskritische Schriften. Viele ihrer Briefe sind ebenfalls im Nachlaß zu finden. Als 50jährige wurde sie schlagartig berühmt, nachdem sie ihr erstes Briefbuch „Goethe's Briefwechsel mit einem Kinde“ herausgegeben hatte, das heute als einer der Haupttexte der Spätromantik gilt. Bei seiner Veröffentlichung im Jahre 1835, drei Jahre nach Goethes Tod, unterblieb jedoch der Hinweis, daß es sich bei den Briefen Bettine von Arnims und Johann Wolfgang von Goethes nicht um Originalquellen handelte.

Die Herausgeberin hatte die Texte stark überarbeitet und um fiktive Briefe vermehrt. Auch der Titel selbst erscheint irreführend, war doch Bettine Brentano, als sie 1807 mit Goethe in Kontakt trat, bereits 22 Jahre alt, also längst kein Kind mehr.

Die bisweilen kindhaft anmutende Spontaneität ihrer Sprache, ferner der Altersunterschied zu dem seinerzeit fast 60jährigen rechtfertigten jedoch aus ihrer Sicht die Selbstbezeichnung „Kind“. Auch hatte sich Goethe mehrmals mit der Anrede „mein liebstes Kind“ an sie gewandt.

Geboren als siebentes von zwölf Kindern des aus Italien stammenden Frankfurter Kaufmanns Peter Anton Brentano und der Mutter Maximiliane geboren von La Roche, wurde Bettine Brentano nach dem frühen Tod der Eltern einige Jahre von ihrer Großmutter Sophie von La Roche (1731–1807) in Offenbach erzogen. Diese, Verfasserin empfindsamer Frauenromane, pflegte in ihrem Salon eine Geselligkeit, in der die Ideale der Aufklärung sehr geschätzt wurden. Ihre vorurteilsfreie Haltung prägte die als eigenwillig und exzentrisch geltende Enkelin.

Während ihrer Frankfurter Jahre war Bettine Brentano mit der Dichterin Karoline von Günderode (1780–1806) befreundet, der sie 1840 mit dem Briefroman „Die Günderode“ ein Denkmal setzte.

Zu ihrem berühmten Dichter-Bruder Clemens Brentano (1778–1842) hatte sie ein besonders enges Verhältnis, wenn sie auch dessen Hinwendung zum Katholizismus distanziert gegenüberstand. Ihm widmete sie 1844 ebenfalls ein Briefbuch.

Schicksalhaft wurde für die junge Bettine ihre grenzenlose Bewunderung für Goethe, dessen Briefe an ihre Großmutter ihr bekannt waren. Dem von ihr abgöttisch verehrten Dichter fühlte sie sich seelenverwandt, suchte und fand den Kontakt mit ihm über seine in Frankfurt lebende Mutter. 1807 besuchte sie Goethe inWeimar und nahm die Begegnungen zum Anlaß, schriftlichen Kontakt mit ihm aufzunehmen. Ihre poetischen, oft ausschweifenden Briefe wurden allerdings nur unregelmäßig und meist knapp beantwortet. Am 10. Mai 1810 schrieb Goethe ihr bewundernd zurück: „Eigentlich kann man Dir nichts geben, weil Du Dir alles entweder schaffst oder nimmst.“ Seinerzeit stand er im Begriff, nach Karlsbad aufzubrechen, um dort sein Werk „Dichtung und Wahrheit“ vorzubereiten. Für die Darstellung seiner Kindheit und Jugend benötigte er Informationen von Bettine, die auf Erzählungen seiner 1808 verstorbenen Mutter zurückgreifen konnte.



Bettine von Arnim — Bild: Wikipedia

Im September 1811 besuchte die mittlerweile verheiratete Bettine Goethe gemeinsam mit ihrem Ehemann Achim von Arnim in Weimar.

Es kam jedoch zum Streit zwischen ihr und Christiane von Goethe, worauf sich Goethe von den von Arnims abwandte. Bettines Briefe blieben unbeantwortet, und der Briefwechsel mündete in eine monologische Tagebuchform. Während der Zeit ihrer Ehe, in der sie sieben Kinder zur Welt brachte, lebte Bettine von Arnim bis 1817 mit ihrem Mann auf Gut Wiepersdorf und später meist allein in Berlin.

Als sozial und politisch engagierte Autorin trat sie erstmals 1843 mit ihrer Schrift „Dies Buch gehört dem König“ hervor, die sie an den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. richtete. 1859 starb Bettine von Arnim nach einjähriger schwerer Krankheit.

Aus gegebenem Anlaß hat nun Wolfgang Bunzel, Leiter der Brentano-Redaktion im Freien Deutschen Hochstift, Bettine von Arnims Hauptwerk bei dtv neu herausgegeben. Dabei wurde die originale Textgestalt der Ausgabe von 1835 beibehalten. Gleichzeitig erschien, ebenfalls bei dtv, eine Auswahl von 22 chronologisch geordneten Briefpaaren unter dem Titel „Bettine von Arnim – Vom Herzen in die Feder“.

Dagmar Jestrzemski

***Bettine von Arnim: „Goethe's Briefwechsel mit einem Kinde“**, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2008, 665 Seiten, 11,90 Euro*

***Bettine von Arnim: „Vom Herzen in die Feder – Lebensspuren im Briefwechsel“**, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2008, 175 Seiten, 8,90 Euro*

Für Sie gelesen

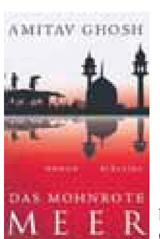
Der Vogel sang nicht nur für sie

Gegenseitiges Verstehen und Abgeben- beziehungsweise Loslassen-Können gehören zum Erwachsenwerden dazu, sie sind zwar anstrengend, können aber im Ergebnis auch beglückend sein“, sagt der Psychologe und Theaterwissenschaftler Axel Dahm. Einfühlsam erzählt der Vater von fünf Kindern die Geschichte eines kleinen Mädchens, das sich nach Freundschaft und Anerkennung sehnt. Eines Tages begegnet es einem außergewöhnlichen Vogel,



dessen Gesang sie fasziniert. Doch der Vogel verschwindet stets nach kurzer Zeit und taucht erst nach Tagen wieder auf. Da erfährt das kleine Mädchen, daß „ihr“ Vogel auch noch eine zweite kleine Freundin hat und sperrt ihn kurzerhand in einen Käfig. Doch natürlich gibt es auch in diesem Märchen ein glückliches Ende. Aber verraten wird nichts. *os*

***Axel Dahm: „Das Singen der Vögel“**, Illustrationen Katharina Maga, Walter Tschirren-Verlag, Düsseldorf 2008, gebunden, 60 Seiten, 14,80 Euro*



Im Land des Opiums

Bestseller über Indien 1838

Ungläubig blickt der Leser auf die weißen Seiten, nein, das kann es doch nicht gewesen sein? Was wird mit Diti und was ist mit ihrem geheimnisvollen Schrein? Was wird aus Paulette, Zachary, Kalua, Jodu und Nil? Nur wer im Internet nach Antworten sucht, erfährt, daß der indische Bestseller-Autor Amitav Ghosh seinen Roman „Das mohnrote Meer“ als ersten Teil einer Trilogie vorgesehen hat, die allerdings noch nicht über den ersten Band herausgekommen ist. Trotz aller Enttäuschung lohnt sich die Lektüre, da der Autor einmalig die gesellschaftlichen Spannungen im Indien der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts schildert.

Das indische Kastensystem, die heimischen Religionen, die bestimmenden Briten, die sozialen Gefälle und über allem steht die Opiumindustrie; Amitav Ghosh vereint Historie mit spannenden Einzelschicksalen. Menschen, die auf den ersten Blick nichts miteinander verbindet, werden vom Schicksal auf das einstige Sklavenschiff „Ibis“ Richtung Mauritius verschlagen. Zwar enden ihre Geschichten vorerst mitten auf dem Meer, doch der bisher vorhandene Weg, den der Leser die Charaktere begleiten kann, ist prall angefüllt mit Farben, Gerüchen, einer fremdartigen, wilden Natur und einer Gesellschaft, die ihr natürliches Umfeld an Vielseitigkeit noch übertrifft.

So entscheidet sich die junge Mutter Diti, nach dem Tod ihres opiumsüchtigen Mannes, für die in Indien übliche Witwenverbrennung, da ihr die Alternative, die Geliebte ihres Schwagers zu werden, zutiefst widerstrebt. Doch der dunkle Riese Kalua reißt die junge Witwe vom Scheiterhaufen und flüchtet mit ihr vor ihrer sich entehrt fühlenden Familie gen Kalkutta. Dort treffen sie auf andere aus ihrem Lebensalltag Gerissene, wie den von dem reichen Opium-Händler Burnham aus seiner Position gedrängten Raja Nil, das vor den Sado-Maso-Spielen ihres Vormundes Burnham fliehende Mündel Paulette und den aus den USA stammenden zweiten Steuermann der „Ibis“ Zachary Reid, der in Asien versucht, seine Sklavenherkunft abzustreifen.

Trilogie, bisher noch ohne Band 2 und 3

Ghosh läßt alle seine Figuren in ihrem alten Leben scheitern, um sie danach zu der Erkenntnis kommen zu lassen, daß dieses Scheitern auch eine Chance in sich birgt. Doch aller Neuanfang ist schwer: „Sein Alltag war für ihn ein Schauspiel gewesen ... Nichts davon war Wirklichkeit, es war nur Illusion ... Dennoch hatte die Übelkeit, die ihn nun überkommen hatte, nichts Irreales; es war keine Illusion, daß sein Körper sich gekrümmt, sein Magen sich zusammengekrampft hatte vor Ekel ...“ *Rebecca Bellano*

***Amitav Ghosh: „Das mohnrote Meer“**, Blessing, München 2008, gebunden, 619 Seiten, 21,95 Euro*



Ungeliebtes »Kaliningrad«

Königsberg in den Jahren 1945 bis 1971 – Viele Russen wollten wieder weg

Am 4. April 1945 hatte die deutsche Wehrmacht in der „Festung Königsberg“ vor der anstürmenden Roten Armee kapituliert. Die Stadt glich zu diesem Zeitpunkt mehr einem riesigen Trümmerhaufen als einer bewohnbaren Stadt. Was danach geschah, ist hinlänglich bekannt: Für die deutsche Bevölkerung begann eine Schreckens- und Leidenszeit kaum vorstellbaren Ausmaßes; es war zunächst ein Schrecken ohne Ende, denn anders als in den von Polen und Tschechen besetzten deutschen Ostgebieten wurde im sowjetisch besetzten Teil Ostpreußens die Bevölkerung nicht sofort vertrieben, sondern mußte – weil sie von den Sowjets zum Wiederaufbau herangezogen wurde – unter elenden Bedingungen weiter vegetieren. Erst ab Oktober 1947 begann eine halbwegs planmäßige Verbringung von mehreren zehntausend noch lebenden Deutschen Richtung Westen.

Von der sowjetischen Propaganda wurde die Eroberung der Königsberger Region, die „Kaliningradskaja oblast“ (im ersten Jahr noch „Kenigsberger oblast“) als Rückführung „urslawischen Gebiets“ in die russische Heimat gefeiert. Fast alles, was an das Deutschtum erinnerte, wurde getilgt. Am 4. Juli 1946 wurde die Stadt in „Kaliningrad“ umbenannt.

Und doch ging der tatsächliche Umbau der Oblast unendlich mühsam und langsam voran. Bislang wußte man über das tatsächliche Geschehen vor Ort nicht allzu viel. Jetzt aber liegt eine ausgezeichnete Arbeit vor, die das erste Vierteljahrhundert unter sowjetischer Herrschaft anschaulich illustriert, bis in kleinste Details nachzeichnet und sich dabei auf bislang nicht zugängliche Quellen in russischen Archiven stützen kann. Die Arbeit des jungen Osteuropahistorikers Per Brodersen „Die Stadt im Westen – Wie Königsberg Kaliningrad wurde“ ist aus einer Dissertation an der Universität Düsseldorf hervorgegangen und reicht von 1945 bis 1971 (die international übliche Aktensperrfrist von 30 Jahren verhinderte eine Ausweitung in die 80er und 90er Jahre).

Brodersen konzentriert sich auf die Bereiche Wirtschaft, Soziales und Geschichte. Er konnte dabei auf eine Fülle bislang unbekannter Texte zurückgreifen, die bis dato einem westlichen Forscher überhaupt nicht zugänglich gewesen waren.

Der Autor weist nach, daß Moskau entgegen landläufiger Meinung keine fertigen Pläne für sein neues Territorium im Westen hatte. „Kaliningrad war Moskaus ungeliebtes Kind“, äußert er und untermauert dies mit einer Fülle überzeugender Thesen. Zuallererst war Moskau an der militärischen Absicherung und am Aufbau einer starken Marinegarnison interessiert; dem waren alle Entscheidungen über zivile Vorhaben untergeordnet. Man mag es kaum glauben, aber Brodersen zeigt anhand von Quellen und drängenden Bitten aus der Stadt an die sowjetische Führung im Kreml, daß man regelrecht um Zuwendung betteln mußte. Die Schwerfälligkeit der sowjetischen Bürokratie wurde selbst angesichts eines neuen Landesteils kaum einmal aus der Ruhe gebracht. Die Lage wurde schon zwei Jahre nach Kriegsende für die örtliche Parteiführung so katastrophal, daß der Parteichef im Sommer 1947 angesichts der Misere in der Region Selbstmord beging.

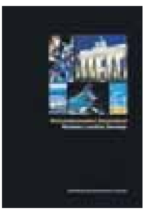
Parteichef in der Stadt verübte Selbstmord

So kann es nicht verwundern, daß das gleichermaßen von der Moskauer wie von der regionalen Parteiführung forcierte Projekt einer „Kaliningrader Identität“ kaum vorankam. Zwar wurden mit großen Versprechungen Siedler aus der ganzen Sowjetunion in die Oblast gelockt, aber viele hielten es angesichts der katastrophalen äußeren Bedingungen einfach nicht aus und zogen zum Ärger der Partei schon bald wieder zurück (wohl auch ein Grund, weshalb die verbliebenen Deutschen noch mehrere Jahre im Land gehalten wurden). Die ständigen Versprechungen auf eine glückliche Zukunft vermochten nicht über die traurige Gegenwart hinwegzutäuschen.

Nur wenige Ereignisse galten den Sowjets aus der Zeit vor 1945 als erinnerungswert: Zum einen die russische Besetzung der Stadt im Siebenjährigen Krieg (1756–1763), die übrigens auch im deutschen Königsberg in durchaus freundlicher Erinnerung geblieben ist; der gemeinsame Kampf gegen Napoleon, die Kämpfe im Ersten Weltkrieg und dann natürlich der „Große Vaterländische Krieg“ 1941 bis 1945.

Brodersens Buch, obwohl eine höchst wissenschaftliche Arbeit (allein 90 Seiten Anmerkungen mit genauen Angaben über Fundorte in russischen Archiven), liest sich gleichwohl leicht und flüssig, ja wegen des Themas ist es ein wirklich spannendes Buch. Natürlich auch ein schmerzliches Buch! Wer sich der Stadt verbunden fühlt oder vielleicht noch das alte Königsberg persönlich gekannt hat, kann dieses Buch nur mit Trauer und Wehmut lesen, zum einen, weil es wirklich das „alte Königsberg“ nicht mehr gibt, zum anderen, weil an seine Stelle eigentlich bis heute nichts annähernd Gleichwertiges getreten ist. *Dirk Klose*

***Per Brodersen: „Die Stadt im Westen – Wie Königsberg Kaliningrad wurde“**, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2008, gebunden, 367 Seiten, 39,90 Euro*



Deutschlands Stärken

Werbung für die Wirtschaft hierzulande

Der Europäische Wirtschafts Verlag, ein Tochterunternehmen der Medien Gruppe Kirk AG, hat sich das Standortmarketing auf die Fahnen geschrieben. Seine Produkte sind Marketingprojekte wie Bücher, CDs und Filme, die die Leistungsprofile von Ländern und Regionen darstellen. Deutschland ist ein Spitzenstandort mit Zukunft, Deutschland hat Weltniveau; so lautet die Botschaft seines neuesten, zweisprachigen Buches mit dem Titel „Wirtschaftsstandort Deutschland – Business Location Germany“. Fast versteht es sich von selbst, daß ein Projekt wie das vorliegende zweisprachig (deutsch-englisch) und multimedial veröffentlicht wird: Parallel zum Buch, das auch als CD erhältlich ist und auf der Internetseite des European Business Network präsentiert wird, erschien ein Image-Film. Das Projekt zielt darauf ab, potentielle Investoren zu interessieren, und wird im In- und Ausland über ein vielschichtiges Vertriebssystem verbreitet. Nicht zuletzt enthält es viel Wissenswertes für Journalisten und Lehrpersonal, aber auch für jeden, der die rasch voranschreitende Entwicklung auf allen Feldern des öffentlichen Lebens mit Interesse verfolgt.

In Zeiten des fortschreitenden internationalen Wettbewerbs ist es wichtig, die Stärken der Regionen wie auch des Landes insgesamt herauszustellen: „Wir sind ein Land der Köpfe, ein Land der Ideen. Hier läßt es sich gut arbeiten und leben“, so ist in der Pressemitteilung zu lesen. Die in dem Werk vorgestellten Unternehmen, Forschungsinstitute und Netzwerke, die fast alle international ausgerichtet sind, werden als Garanten für Beschäftigung und Wohlstand bezeichnet; ihre Auswahl ist sicher nicht dem Zufall anheimgefallen. In- und ausländische Unternehmen und Investoren profitieren in Deutschland von einem hohem Maß an politischer Stabilität, einer verläßlichen Administration sowie großer Rechtssicherheit, gestützt auf die soziale Marktwirtschaft, so heißt es weiter.

Hervorzuheben aus vielen Bereichen sind die Informations- und

Deutsche Kultur wird als Standortvorteil der weichen Art angeführt

Kommunikationstechnologien in einer zunehmend wissensorientierten Wirtschaft sowie die regenerativen Energien. Sie leisten einen überaus wichtigen Beitrag zur Stärkung Deutschlands im internationalen Wettbewerb. Doch es gibt viele andere leistungsstarke Sparten und Unternehmen, die teilweise unter der Rubrik „Company Profile“ einzeln vorgestellt werden. Die ein bis drei Doppelseiten umfassenden Texte sind weiteren Rubriken zugeordnet wie Wirtschaftsstandort, Industrie-, Finanz- und Innovationsstandort, Soziale Marktwirtschaft, Forschung, Telekommunikation, Medizin und Pharma, Messe, Tourismus, Mittelstand, Automobilindustrie, Logistik und Bundeshauptstadt Berlin. Als sogenannter weicher Standortfaktor wird zuletzt auch die Kultur berücksichtigt, für die man zwei Doppelseiten erübrigt hat. Die Autoren der Textbeiträge sind Kompetenzträger aus Wirtschaft und Forschung sowie Bundes- und Landespolitiker. In seiner Einleitung nimmt Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Bezug auf den wirtschaftlichen Aufschwung, der in Deutschland von 2005 bis 2007 zu verzeichnen war; dieser habe sich deutlich auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ausgewirkt. Da dennoch viele Menschen den Eindruck hätten, „trotz einer nie dagewesenen Erholung am Arbeitsmarkt ... nicht vom wirtschaftlichen Aufschwung zu profitieren“, müsse man „dafür Sorge tragen, daß die Menschen im Lande bereit“ seien, die erforderlichen weiteren Reformen mitzutragen. Dazu gehöre eine noch „weitergehende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“. Für derartige Maßnahmen plädieren außer Glos auch andere Autoren. Von Hinweisen auf die jüngste weltweite Finanzkrise, die sich zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Projektes bereits ausgewirkt hatte, wurde in dem Marketingprojekt aus verständlichen Gründen abgesehen.

In seinem kurzen Vorwort erinnert auch José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, an die Notwendigkeit, in Deutschland weitere Reformen durchzuführen. Gleichzeitig erinnert er die Verantwortlichen an die europäischen Ziele der Nachhaltigkeit und an die Aufgabe, ein gerechteres Europa mitzugestalten. *Dagmar Jestrzemski*

***Christian Kirk (Hrsg.): „Wirtschaftsstandort Deutschland – Business Location Germany“**, Europäischer Wirtschaftsverlag, Darmstadt 2008, 216 Seiten, 17,99 Euro*



Alles Hirngespinste

Kaiserlicher Flottenrüstung galt nicht Englands Sorge

Diese Biographie über Alfred von Tirpitz dokumentiert die Entwicklung des Kaiserreiches zur Seemacht und zugleich deren Zerrbild in der Geschichtsschreibung: Das in allen Bereichen, nicht zuletzt wirtschaftlich zur Vormacht in Europa aufsteigende Reich war in einem möglichen Krieg an Nord- und Ostsee praktisch schutzlos der übermächtigen britischen Seemacht und den Flotten Frankreichs und Rußlands ausgeliefert. Tirpitz setzte dagegen eine deutsche Schlachtflotte von nur knapp 60 Prozent der Großbritanniens, ohne in Konkurrenz mit deren übriger weltweiter Flotte zu treten, und ohne Berücksichtigung der anderen potentiell feindlichen Flotten. Es war, für alle Welt erkennbar, eine Abschreckungsflotte, so der Autor Franz Uhle-Wettler, die genausowenig auf einen „Rüstungswettlauf“ angelegt war, wie in unserer Zeit der Nato-Doppelbeschluß gegen sowjetische Raketen. 1916 schlug die Flotte in der Skagerrak-Schlacht die weit überlegene britische Grand Fleet zurück und bewies damit, wie richtig Tirpitz die Lage rund 20 Jahre vorher beurteilt hatte. Dennoch wird seine Flottenpolitik in unserer Zeit meist verdammt: als Mittel zum Machterhalt des politischen Systems des Reiches, als finanziell ruinös und vor allem als Hauptgrund für die Feindschaft Großbritanniens und damit der Entstehung des Ersten Weltkriegs.

Franz Uhle-Wettler läßt die Quellen sprechen. Sie verweisen einige Beschuldigungen ins Reich der Phantasie. Sie zeigen auch, daß trotz innenpolitisch motivierter Angstmache die britische Führung zwar Deutschlands rasant wachsende Wirtschaftsmacht, nicht aber dessen begrenzte Flottenrüstung als ernsthafte Bedrohung beurteilte. Die Beschuldigung, die Tirpitzflotte habe die britische „von den Weltmeeren fegen“ sollen, führt ein Kräftevergleich ad absurdum; er stellt nämlich 29, höchstens auf 58 anwachsende deutsche Großkampfschiffe den, ungünstig gerechnet, 101 britischen gegenüber.

Der vor seiner Bundeswehrkarriere in Geschichte promovierte

Trotz der Reformen von Tirpitz war die deutsche Flotte kleiner

Generalleutnant a. D. Uhle-Wettler schafft in der überarbeiteten Neuauflage von „Alfred von Tirpitz in seiner Zeit“ ein mit sprechenden Details gewürztes, plastisches Bild des Werdens der Kaiserlichen Marine in ihrem außen- und innenpolitischen sowie gesellschaftlichen Umfeld. So wurden die anfänglich als Entwicklungshelfer gerufenen englischen Marineoffiziere und Seeleute bald wieder verabschiedet, weil erstere für die deutschen Seeleute zu anmaßend und letztere nicht gut genug waren.

Alfred von Tirpitz steht mit seinem Erfolg, wie andere zivile und militärische Führungspersönlichkeiten der Zeit für etwas heute Unglaubliches: Die Verantwortlichen bis zur Spitze entdeckten Männer von überlegener Fach- und Führungsqualität, die gut begründeten Widerspruch mit Zivilcourage vorbrachten, förderten sie und ertrugen sie schließlich auch. So berief der Kaiser den Konteradmiral (unterster Admiralsdienstgrad) Tirpitz 1897 in seine Aufgabe, obschon er wissen konnte, daß dieser seine schon ausgearbeitete Konzeption einer weltweit operierenden Kreuzerflotte ablehnte. Tirpitz setzte sich auf das Risiko, eine einmalige Karrierechance zu verwirken, in aller Ruhe durch. Als „Primus inter pares“ berief er sich dazu mit seinen „Helfern“ über das gemeinsame Ziel und bewies wieder seine in Beurteilungen gelobte Fähigkeit, Untergebene für die Sache „mit Lust und Liebe“ arbeiten zu lassen.

So ist auch das Buch geschrieben. Der Autor setzt sich mit anderen Auffassungen offen anhand der Quellen auseinander. Er spart nicht mit Kritik an der Politik des Kaiserreiches. Seine Darbietung gut belegter Tatsachen und zeitgenössischer Urteile ermöglicht dem Leser ein eigenes Urteil.

Der Rezensent wundert sich deshalb, daß der Autor den Ausgang der Skagerrakschlacht nur als ein „vorteilhaftes Unentschieden“ bezeichnet: Die kaiserliche Flotte, die „bei allem, was sich zählen, wiegen und messen läßt – den Engländern fast hoffnungslos unterlegen“ ist, fügt der Grand Fleet „fast doppelt so hohe Verluste zu, wie sie selbst erlitten“ hat und schlägt sie von ihrem Ziel, dem Durchbruch zur Ostsee zurück – wieso ist das kein eindeutiger Sieg?

Die Lektüre des Buches ist für jeden, der die Entwicklung zum Ersten Weltkrieg verstehen will, ein Muß. *Manfred Backerra*

***Franz Uhle-Wettler: „Alfred von Tirpitz in seiner Zeit“**, Ares, Graz 2008 (überarbeitete Neuauflage), gebunden, 559 Seiten, 29,90 Euro*

MELDUNGEN

Bevölkerung schrumpft

Wiesbaden – Die Einwohnerzahl Deutschlands ist 2008 vermutlich noch etwas stärker gefallen als in den Jahren zuvor. Nach den vorläufigen Daten des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden lebten Ende Dezember etwa 82,06 Millionen Menschen im Bundesgebiet gegenüber 82,22 Millionen Ende 2007. 680 000 bis 690 000 Geburten standen 835 000 bis 845 000 Todesfälle gegenüber. Der Saldo aus Aus- und Zuwanderern war in etwa ausgeglichen.

Der Steinigung entkommen

Teheran – Im Iran wurden zwei Männer wegen Ehebruchs zu Tode gesteinigt. Ein dritter konnte sich retten, indem er sich aus dem Erdloch selbst ausgegraben hat. Bei Steinigungen nach islamischem Recht werden Männer bis zur Hüfte eingegraben und dann mit Steinen beworfen, bis sie tot sind. Gelingt es ihnen, sich eigenhändig auszugraben, werden sie jedoch freigesprochen. Frauen werden bis zum Hals vergraben.

ZUR PERSON

Der Mann auf dem Sprung



Israels Oppositionsführer und „Regierungschef im Wartestand“ wittert Morgenluft im Angesicht der jüngsten Eskalation des Nahostkonfliktes. **Benjamin Netanjahu** gehört zur ersten Politikergeneration Israels, die bereits im Lande geboren ist. 1949 kam er in Tel Aviv zur Welt. Sein Vater war der Historiker und Judaist Benzion Netanjahu, der für einen jüdischen Staat in biblischen Grenzen zu beiden Seiten des Jordan eintrat und den laizistischen Eliten der Arbeiterpartei vorwarf, ihm eine Universitätslaufbahn verwehrt zu haben. Sein Bruder Jonathan leitete die „Operation Entebbe“, bei der er fiel und die ihn in den Augen seiner Landsleuten zum Nationalhelden werden ließ, wovon auch Benjamin profitierte.

Moshe Arens holte Netanjahu 1982 in die Diplomatie. Nach einer Tätigkeit an der israelischen Botschaft in Washington ernannte ihn Yitzhak Shamir 1984 zum jüngsten UN-Botschafter Israels. 1988 kehrte Netanjahu nach Israel zurück und zog für den Likud-Block in die Knesset ein. Von 1996 bis 1999 war er Ministerpräsident seines Landes. 2002 bis 2003 stand er abermals an der Spitze des Außenministeriums. 2003 wurde er Finanzminister, legte jedoch 2005 aus Protest gegen die Siedlungspolitik des damaligen Regierungschefs Ariel Scharon dieses Amt nieder. 2006 übernahm er sein jetziges Amt des Oppositionsführers, nachdem er 2005 bereits den Parteivorsitz im Likud übernommen hatte.

Beobachter vermuten, daß die eher gemäßigte derzeitige Regierung auch deshalb so heftig im Gaza-Streifen vorgeht, weil sie sich von Netanjahu in die Enge gedrängt fühlt und ihm den Wind aus den Segeln nehmen will. In diesem Licht erscheint Netanjahu als die eigentliche Triebkraft der israelischen Politik. *M. R.*



Nochmal zum Mitdenken Zeichnung: Mohr

Feiern tröstet

Was das »Dschungel-Camp« über die Wahrheit verrät, warum die SPD Merkel den Spaß nicht gönnt, und was wir gegen Germanen haben / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Wir hatten uns eigentlich vorgenommen, dieses penetrante Spektakel mit Nichtachtung zu strafen. „Dschungel-Camp“ ist kein Thema für eine seriöse Zeitung. Ende!

So der gute Vorsatz. Es geht aber nicht, die Propaganda-Woge des ausstrahlenden TV-Kanals, die er mit Hilfe seiner zu diesem Zweck zwangsprostituierten „Partnersender“ entfesselt hat, spülte unsere Prinzipien hinweg. Zeitung ist nunmal Zeitung, da muß auch das Schlechte hinein, selbst wenn es den pikierten Redakteur ekelt.

Der Nepp ist einfach frech. Von wegen „Dschungel“: Der Drehort befindet sich in der lieblich mediterranen Landschaft des australischen Neu-Süd-Wales, ganz in der Nähe der dicht besiedelt Ostküste. Dort haben die Macher ein kleines Waldstück mit Hilfe von Teichfolien und Topfpflanzen auf „grüne Hölle“ geschminkt und ziehen da nun ihre grenzwertigen Aufführungen ab, um unsere geile Schaulust zu bedienen.

Dann der Anspruch „Promi-Show“. Gut: Die Frage, was jemanden überhaupt zum Promi qualifiziert, die stellen wir uns sowieso nicht mehr. Prominente sind dafür bekannt, daß sie bekannt sind, mehr nicht. Aber wer kannte diese Leute denn, bevor sie mit dem Würmerfressen angefangen haben?

Was für ein Blech, das ganze. Die blühende Pracht ist bloß Fassade, die Stars sind gar keine, echt ist nur das Ungeziefer. Darüber dröhnendes Endlosgeschwätz, das uns ablenken soll. Indes: Kommt uns diese Szenerie nicht ziemlich vertraut vor? Ist die Dschungel-Show gar nur ein etwas überzüchtetes Abbild unserer realen Gegenwart?

Klar doch freuen wir uns über die Pracht, die der neueste Berliner Milliarden-Segen blühen läßt. Natürlich sind die Politiker, die solch „gewaltige Anstrengungen“ nur uns zuliebe unternehmen, unsere Stars. Erst wenn uns die Frage sticht, wo das alles herkommt, wer es wann zu begleichen hat, dann beginnt die Kulisse zu bröckeln. Dahinter jedoch wartet nicht allein die Ernüchterung, daß alles nur Show ist, dahinter rasseln die Ketten künftiger Schuldsklaverei. Vor allem die heute ein- bis 18jährigen sollten sich an das Eisen gewöhnen, in das wir sie heute legen.

Ach was, kontert die Koalition: Sobald die jetzige Krise vorüber ist, quietscht die „Schuldenbremse“, so gegen 2015 wird alles wieder ganz solide im Staatsschiff. Ja, sicher doch: „Morgen sind wir in New York“, sagte der Kapitän der „Titanic“, bevor die Gläser zu wackeln begannen.

Der erfahrene Seemann ließ damals die Bordkapelle fröhliche Weisen anstimmen, um die etwas nervöse Stimmung der Passagiere zu stabilisieren. Angela Merkel möchte 2009 auch schön feiern. Es ist glücklicherweise ein Jubiläumsjahr für eine Reihe von Ereignissen, mit denen man die Deutschen aufrichten könnte.

> 2000 Jahre Hermannschlacht? Da bejubeln wir doch lieber den Westfälischen Frieden

Das Grundgesetz wird 60, die Bundesrepublik auch, und Revolution und Mauerfall sind genau 20 Jahre her. So weit, so erbaulich. Doch die fröhlichste Hausfrau kann nicht in Ruhe feiern, wenn's dem neidischen Partner nicht gefällt. Und dem gefällt die Sause überhaupt nicht: Die SPD fühlt sich ausgebootet.

Das Grundgesetz wird um den 23. Mai herum gleich drei Tage lang begossen werden, wenn es nach Merkel geht. Es gibt Feuerwerk und Reden – und wer hält die? Na die Kanzlerin, Bundespräsident Horst Köhler und Bundestagspräsident Norbert Lammert natürlich. Zu Merkels Gaudi sind diese drei höchsten Repräsentanten des Staates allesamt CDU-Mitglieder, daher der Groll der Sozialdemokraten.

Als Rache wollen die Sozis mit dem 50. Jahrestag ihres Godesberger Programms gegenfeiern. (Das sollen die mal machen, wird Merkel kichern, und dann jemanden in Greifswald oder Bautzen fragen, wo Godesberg liegt.)

Dem Gemoser könnte die CDU kühl entgegnen, daß es ja nicht die Schuld der Christdemokraten ist, wenn die SPD bei den wirklich großen Ereignissen der jüngeren deutschen Geschichte immer gerade nicht so viel zu sagen hatte. Ganz gemein wäre es von der CDU, wenn sie ein paar Zitate einwürfe, die führende SPD-Politiker 1989 zur deutschen Einheit in die Atmosphäre entließen. In Erinnerung ist das feine Diktum des SPD-Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl 1990, daß ihm die Mailänder viel näher seien als die Leipziger. Der Mann hieß Oskar Lafontaine.

Da hat die CDU mal wieder Glück gehabt. Dabei kommt ihr entgegen, daß sich das historische Gedächtnis der meisten Deutschen irgendwo in den 1920er Jahren totläuft. Was davor war, ist vergessen, was danach kam, ist entweder düster Nazi oder blutrot oder hat irgendwie mit CDU zu tun.

Das größte Jubeldatum dieses Jahres liegt indes viel, viel weiter zurück, als jeder Parteihistoriker blikken kann. Im Spätsommer jährt sich zum 2000. Male die Schlacht im Teutoburger Wald, die den Beginn der deutschen Geschichte überhaupt markiert.

Das Datum war lange verpöhnt. Kam es trotzdem zur Sprache, war der Abend jedoch gerettet, es gab allerbeste Unterhaltung. Da konnte man nämlich ganz erstaunliche ideologische Polsprünge erleben: Ausgewiesene Linke schimpften, daß die tumben Germanen sich damals dem „Fortschritt“ verweigert hätten. Außerdem hätten die blonden Feiglinge die offene Feldschlacht verweigert.

Die so fabulierten, merkten gar nicht, daß sie genauso argumentierten wie die borniertesten Kolonialisten des 18. oder 19. Jahrhunderts: Wir wollten den Wilden die Zivilisation bringen! Und wie haben es uns diese Bestien gedankt? Sie haben sich nicht einmal an die von uns vorgegebene Kampfordnung (in der wir sie problemlos hätten niedermachen können) gehalten. Aufschlußreich, wie umstandslos manche Leute die Fronten wechseln, wenn es nur irgendwie gegen Deutschland geht.

Fest steht, daß der Sieg über das römische Heer gewaltige Folgen hatte. Wären die Germanen römisch geworden, hätten sie sich wohl zu dem entwickelt, was der römische Chronist Tacitus knapp ein Jahrhundert nach der Schlacht mäßig taktvoll als „gallisches Gesocks“ abkanzelte. Stattdessen gebar das freie Germanien Generationen nach den Römerkriegen unter anderem das Frankenreich, an dem im 8. Jahrhundert die bis dahin ungebremste mohammedanische Expansion brechen sollte. Und aus dem das heutige Deutschland hervorging.

Staatsfeiern sind trotz alledem keine vorgesehen. Warum? Diese Leute haben einen Krieg gewonnen, aber nicht gegen unser Land, sondern für uns. Das ist uns unheimlich. Das letzte militärschwangere Datum vor dem 20. Jahrhundert, das in jüngerer Zeit offiziell zelebriert wurde, war 1998 der 350. Jahrestag des Westfälischen Friedens. Bei dem wurden die geschundenen Reste des Römisch-Deutschen Reiches in Fetzen gerissen. Nie wieder lag Deutschland so lange und so gründlich am Boden. Die deutschen Honoratioren würdigten jenen Frieden 1998 als großen Tag der europäischen Geschichte.

Auch macht die Widerborstigkeit, die Unbelehrbarkeit unserer germanischen Ahnen bange. Die hatten so etwas Plebiszitäres mit ihren Thing-Versammlungen, auf denen alles beschlossen wurde, statt sich von weisen Gremien leiten zu lassen.

Gerade erst hat Staatssekretär Peter Hintze (CDU) wieder klargestellt, was er von Volksabstimmungen hält. CSU-Chef Horst Seehofer hatte vorgeschlagen, die Deutschen wie die Iren oder Franzosen über wichtige EU-Reformen abstimmen zu lassen. Laut Hintze aber haben gerade die Beispiele anderer EU-Länder gezeigt, „daß Volksabstimmungen über Europa sehr häufig an der eigentlich gestellten Frage vorbeigehen“. Eine reizende Formulierung: Wenn das Volk nicht so entscheidet, wie es die Mächtigen verlangen, dann sind die Leute eben „an der Fragestellung vorbeigegangen“ und haben sich damit für weiteres Mitbestimmen disqualifiziert. Wie die Germanen, die Roms Frage „Wann werdet auch ihr endlich römische Provinz“ mit dem Schwert beantworteten.

ZITATE

*Der Philosoph **Peter Sloterdijk** sieht in der Krisenbekämpfung durch Regierungen und Notenbanken nur ein **Weiterwursteln auf abschüssigen Pfaden**. So würde bereits das **nächste Desaster** produziert, das er in der „Süddeutschen Zeitung“ (3. Januar) **vorhersagt**:*

„Sie sind nicht ohnmächtig, sondern sie sind ... Schlafwandler, die nichts aufweckt. In ihrem Weitermachen auf dem falschen Kurs liegen die Quellen aller Demoralisierung. Auch unsere Regierung ersetzt, wie fast alle anderen, fehlendes Geld durch Scheingeld. Sie versucht, mit einer energisch kaschierten Inflationsstrategie die Turbulenz zu meistern, die bereits eine Inflationskrise ist. Fällt ihnen auf, daß nie das Wort Inflation fiel?“

*Der Chefredakteur der Zeitschrift „Cicero“, **Wolfram Weimer**, warnt im „Handelsblatt“ (9. Januar) vor der **Schuldenlawine**, welche die derzeitigen Hilfsprogramme auslösen würden:*

„Deutschland hat seit vier Jahrzehnten keinen einzigen ausgeglichenen Haushalt mehr zustandegebracht. Die Schuldenlast des deutschen Staates erreicht 1,6 Billionen Euro. Die jetzt diskutierten Konjunkturprogramme sind daher wie neue Drogen für einen Drogensüchtigen ... Die Schulden ... erreichen die unfaßbaren Dimensionen kafkaesker Schlösser – eine gigantomane Fiktion gewesenen Geldes und doch so mächtig, daß wir alle zu Höflingen künftiger Forderungen degradiert sind.“

*Schon der schottische Nationalökonom und Philosoph **Adam Smith** (1723–1790) stellte nüchtern fest:*

„Wenn die öffentliche Schuld eine bestimmte Höhe überschritten hat, so gibt es, glaube ich, kein einziges Beispiel, wo es je gelungen wäre, sie auf gerechte Weise und vollständig zurückzuzahlen.“

Der neue Macher

Alle zählen jetzt die Stunden,
bis er kommt, der neue Mann,
und man fragt sich unumwunden,
was er machen will und kann.

Ami-Sender und Gazetten
streichen eins dabei heraus,
ja man schließt sogar drauf Wetten:
Macht er's auch im Weißen Haus?

Öfter hat er schon versprochen,
daß er's künftig nimmer macht,
jedesmal jedoch gebrochen,
von Begierde angefacht.

Vor den Wahlen hat er's heilig
nochmals seiner Frau gelobt –
macht er's wieder gegenteilig,
wär's plausibel, daß sie tobt!

Aber wenn, wo wird er's machen –
im ovalem Staats-Büro?
Oder – ist beinah zum Lachen –
macht er's still und leis im Klo?

Macht er's in der Gartenlaube,
hinter Rosen gut versteckt,
wo ihn dank Gebet und Glaube
keiner hoffentlich entdeckt?

Wird er Clinton konsultieren,
der was von Genuß versteht? –
Nun, ihr sollt nicht spekulieren,
eh' ihr wißt, um was es geht:

Denn es rätseln dieser Tage
Neo-Moralisten schlicht
ob der schicksalsschweren Frage
– wird er rauchen oder nicht?

Pannonicus